

# **Klimaskeptizismus und Rechtspopulismus: Erklärungsansätze zum Zusammenhang beider Phänomene**

Masterarbeit  
in der Studienrichtung Umwelt- und Bioressourcenmanagement  
Universität für Bodenkultur Wien

eingereicht von Mag. Jürgen Lanegger  
M-Nr.: 09331970  
September 2019

Betreuung: Assoc. Prof. Mag. Dr. Reinhard Steurer

### **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe, andere als die angegebenen Quellen nicht verwendet habe und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Jürgen Lanegger  
Wien, September 2019

## **Kurzfassung**

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Zusammenhang von Klimaskeptizismus und Rechtspopulismus in Westeuropa (EU-15). Klimaskeptizismus ist ein häufig zu beobachtendes Merkmal rechtspopulistischer Parteien. Er tritt in unterschiedlichen Formen auf: Trend-, Ursachen-, Folgen- und Konsensskeptizismus. Trendskeptiker bestreiten den Erwärmungstrend des Klimas, Ursachenskeptiker sehen natürliche Ursachen dafür, Folgenskeptiker halten die globale Erwärmung für ungefährlich, Konsensskeptiker bezweifeln den wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel.

Die Arbeit besteht aus einem Theorieteil und einem empirischen Teil. Im Theorieteil wird unter anderem auf die value-beliefs-norms Theory und die Anti-Reflexivitätsthese rekurriert. Erstere erklärt die Bedeutung von Werten, Einstellungen und Überzeugungen für die Anerkennung des Klimawandels. Zweitere besagt, dass politisch rechts orientierte Gruppen das vorherrschende Wirtschaftssystem stärker unterstützen als andere. Auf Basis der betrachteten Theorien werden Erklärungen für den Zusammenhang von Klimaskeptizismus und Rechtspopulismus erarbeitet. Diese thematisieren ideologische Ursachen für die Ablehnung der Klimapolitik und die Leugnung des Klimawandels.

Der empirische Teil der Arbeit gibt zunächst einen Überblick über die rechtspopulistischen Parteien in den EU-15. Sie sind beinahe alle in den nationalen Parlamenten sowie im Europäischen Parlament vertreten. Etwa die Hälfte der Parteien, darunter die FPÖ und die AfD, leugnet den Klimawandel. Danach folgen Fallstudien zur FPÖ und zur AfD. Ihre Ergebnisse stützen die im Theorieteil aufgeworfenen Erklärungen für den Zusammenhang von Klimaskeptizismus und Rechtspopulismus. Die Leugnung des Klimawandels, vor allem aber die abweisende Haltung beider Parteien gegenüber der Klimapolitik, ist in erster Linie ideologisch bedingt. Im Allgemeinen wird die Leugnung des Klimawandels durch die Ideologie des Rechtspopulismus begünstigt, geht aber nicht zwingend mit ihr einher.

## **Abstract**

This thesis deals with the relation between climate scepticism and right-wing populism in Western Europe (EU-15). Climate scepticism is a frequently observed feature of right-wing populist parties. It occurs in different forms: Trend-, attribution-, impact- and consensus scepticism. Trend sceptics deny the warming trend of the climate, attribution sceptics see natural causes, impact sceptics consider global warming to be harmless, consensus sceptics doubt the scientific consensus on climate change.

The thesis consists of a theoretical part and an empirical part. Among others, the theoretical part refers back to the value-beliefs-norms theory and the anti-reflexivity thesis. The value-beliefs-norms theory explains the importance of values, attitudes and beliefs for the recognition of climate change. The anti-reflexivity thesis states that groups on the political Right are more supportive of the prevailing economic system than others. On the basis of the considered theories explanations for the connection between climate scepticism and right-wing populism are elaborated. These address ideological causes for the rejection of climate policy and the denial of climate change.

The empirical part of the paper first gives an overview of the right-wing populist parties in the EU-15. Almost all of them are represented in the national parliaments as well as in the European Parliament. About half of these parties, including the FPÖ and the AfD, deny climate change. This is followed by case studies on the FPÖ and the AfD. The results support the explanations of the relationship between climate scepticism and right-wing populism elaborated in the theoretical part. The denial of climate change and, above all, the dismissive attitude of both parties towards climate policy, is primarily conditioned by ideology. In general, the denial of climate change is favoured by the ideology of right-wing populism, but it is not necessarily associated with it.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1	Forschungsfragen.....	2
1.2	Methodische Vorgehensweise.....	2
1.3	Aufbau der Arbeit.....	5
<b>2</b>	<b>Konzeptueller Rahmen</b> .....	<b>6</b>
2.1	Populismus und Rechtspopulismus.....	6
2.2	Klimaskeptizismus.....	11
2.3	Neoliberalismus.....	21
2.4	Mögliche Erklärungen zur Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus.....	26
<b>3</b>	<b>Rechtspopulistische Parteien in Westeuropa und Klimaskeptizismus</b> .....	<b>30</b>
<b>4</b>	<b>Fallstudien</b> .....	<b>39</b>
4.1	FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs.....	39
4.1.1	Parteiprogrammatik der FPÖ zum Klimawandel.....	40
4.1.2	Tagespolitische Positionierung der FPÖ zum Klimawandel.....	43
4.1.3	Fallanalyse FPÖ.....	49
4.2	AfD – Alternative für Deutschland.....	52
4.2.1	Parteiprogrammatik der AfD zum Klimawandel.....	53
4.2.2	Tagespolitische Positionierung der AfD zum Klimawandel.....	57
4.2.3	Fallanalyse AfD.....	61
<b>5</b>	<b>Vergleich der Fälle</b> .....	<b>65</b>
<b>6</b>	<b>Diskussion</b> .....	<b>68</b>
	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b> .....	<b>73</b>

## 1 Einleitung

Die globale Erwärmung wird seit Jahrzehnten als eine der größten Bedrohungen erkannt. Nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch in ihrer ökonomischen und sicherheitspolitischen Dimension. Entsprechende Studien und Analysen sorgen auch immer wieder für mediales Aufsehen (z.B. Stern 2006; Podesta und Ogden 2008). Ebenso besteht wissenschaftlicher Konsens über die globale Erwärmung sowie den anthropogenen Beitrag dazu (IPCC 2013). Dennoch ist die klimapolitische Agenda auch nach der politischen Einigung auf der Klimakonferenz von Paris 2015, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, wenn möglich 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau beschränken zu wollen (UNFCCC 2015), durch nur zähes Vorankommen und Rückschläge geprägt. Dies zeigen auch die mäßigen Ergebnisse des Klimagipfels 2018 in Katowice wieder. Der Wahlsieg Jair Bolsonaro in Brasilien im Oktober 2018, der in seinem Wahlkampf ankündigte, aus dem Paris Agreement aussteigen zu wollen (Keating 2018) ist nur ein weiterer Rückschlag nach dem Wahlsieg des Klimawandel-Leugners Donald Trump in den USA 2016.

Der Klimawandel ist ein „super wicked problem“ (Levin et al. 2012), die Ursachen für das zähe Vorankommen der Klimapolitik vielfältig. Unter anderem ist sie durch unterschiedlichste Interessenslagen geprägt und steht vor der beinahe unlösbar erscheinenden Aufgabe, die Kosten der Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, wie sie etwa die EU Roadmap 2050 (EK 2011) vorsieht, zu verteilen. Dazu tritt die Dringlichkeit des Handelns – „time is not on our side“ hielt Michel Jarraud, Secretary-General der World Meteorological Organization, fest (WMO 2014). Dies 35 Jahre nach dem Hinweis „A wait-and-see policy may mean waiting until it is too late“ (Oreskes und Conway 2011:174) im Charney-Report an das Weiße Haus.

Interessenslagen erschweren nicht nur die Klimapolitik und zeichnen für diese „Trägheit trotz Dringlichkeit“ verantwortlich, sie sind auch eine Hauptursache für Klimaskeptizismus und die Leugnung des Klimawandels. Insbesondere die organisierte Leugnung des Klimawandels und das gezielte Erzeugen von Zweifeln und Unsicherheiten haben, wie Oreskes und Conway (2011) eindrucksvoll zeigen, jahrzehntelange Tradition und sind auf Akteure, die ihre Interessen durchsetzen wollen, zurückzuführen.

Klimaskeptizismus und die Leugnung des Klimawandels sind häufig zu beobachtende Merkmale rechtspopulistischer Parteien (Schaller und Carius 2019; Lockwood 2018). Durch das Erstarken dieser Parteien und rechtspopulistischer Einzelakteure in und außerhalb Europas werden Akteure, die die Klimapolitik vorantreiben wollen, vor eine weitere Herausforderung gestellt und die klimapolitische Agenda gerät unter zusätzlichen Druck. Für Fortschritte in der Klimapolitik wird es daher von zunehmender Bedeutung sein, eine Strategie im Umgang mit Klimaskeptizismus im Allgemeinen, insbesondere aber mit rechtspopulistischen und gleichzeitig klimaskeptischen oder den Klimawandel leugnenden Parteien zu finden. Dazu ist es erforderlich sich mit der Natur und den Ursachen der Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus auseinanderzusetzen.

## 1.1 Forschungsfragen

Während sowohl Populismus als auch Klimaskeptizismus umfassend beforscht wurden und werden, konstatiert Lockwood (2018) einen überraschenden Mangel wissenschaftlicher Forschung zur Verbindung beider Phänomene. Im Sommer 2018 wurde nicht zuletzt deshalb an der Chalmers University of Technology in Göteborg das erste globale Netzwerk zur Erforschung von Klimaskeptizismus – das Centre for Studies of Climate Change Denialism (CEFORCED<sup>1</sup>) – ins Leben gerufen.

Auch vorliegende Arbeit setzt an dieser Forschungslücke an und soll einen Beitrag zum Verständnis der Verbindung der beiden Phänomene leisten.

Die der Arbeit mit Fokus auf Westeuropa (EU-15) zugrundeliegenden Leitfragen sind:

- Wie stark ist aktuell der Zusammenhang von Rechtspopulismus einerseits und Klimaskeptizismus andererseits in Westeuropa?
  - In welchen Ländern der EU-15 sind rechtspopulistische Parteien in nationalen Parlamenten vertreten?
  - Wie positionieren sich diese zum Klimawandel?
  - Wie übereinstimmend ist der Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und Klimawandelskepsis in Westeuropa?
- Wie hat sich dieser Zusammenhang im Laufe der Zeit entwickelt/verändert und wie kann er erklärt werden (Art des Zusammenhangs, Wirkmechanismen, Kausalitäten)?

## 1.2 Methodische Vorgehensweise

Zur Beantwortung der Forschungsfragen erfolgen zweierlei methodische Vorgehensweisen. Der Forschungsfrage nach dem Zusammenhang von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus in Westeuropa wird mittels einer systematischen Internet- und Literaturrecherche nachgegangen. Die Forschungsfrage nach der Erklärung des Zusammenhangs von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus sowie nach der Entwicklung dieses Zusammenhangs im Laufe der Zeit leitet die zwei Fallstudien zu den Parteien FPÖ und AfD an. Die Methode der Fallstudie und die diesbezügliche Vorgehensweise im Zuge dieser Arbeit werden im Folgenden genauer dargelegt.

Die Methode wird aufgrund der explanativen Fragestellung und des Umstandes der Aktualität des Themas gewählt. Yin charakterisiert eine Fallstudie in einem Zweischritt. Zunächst legt er den Kern einer Fallstudie und unter welchen Umständen sie zur Anwendung kommt, dar:

„A case study is an empirical inquiry that investigates a contemporary phenomenon in depth and within its real-life context, especially when the boundaries between phenomenon and context are not clearly evident“ (Yin 2009:18).

Der zweite Teil der Definition beinhaltet bereits technische Charakteristika einer Fallstudie:

"The case study inquiry

- copes with the technically distinctive situation in which there will be many more variables of interest than data points, and as one result

---

<sup>1</sup> <https://www.chalmers.se/en/departments/tme/centres/ceforced/Pages/default.aspx>, abgerufen am 11.6.2019.

- relies on multiple sources of evidence, with data needing to converge in a triangulating fashion, and as another result
- benefits from the prior development of theoretical propositions to guide data collection and analysis" (Yin 2009:18).

Die technischen Charakteristika seiner Definition werden für die Vorgehensweise aufgegriffen.

### **Fallstudiendesign**

Es werden zwei Fallstudien durchgeführt, um durch Replikation im eigentlichen Sinne die Ergebnisse der Studien abzusichern (Yin 2009). Analyseeinheit der Fälle sind jeweils eine rechtspopulistische Partei, wobei ein holistisches Design gewählt wird. Das bedeutet, dass keine weiteren Subeinheiten der Analyseeinheit gebildet werden.

Auf der Suche nach empirischer Evidenz für die zuvor im analytischen Rahmen aufgeworfenen Erklärungsansätze zur Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus ist zu ergründen, in welchem inhaltlichen Kontext der Klimawandel angesprochen wird und welches „framing“ das Thema Klimawandel sowie dessen Leugnung erfahren. Dabei werden auch der übergeordnete Themenkomplex Umwelt und das Themenfeld Energie von Relevanz sein.

### **Auswahl der Fälle**

Die Auswahl der Fälle erfolgt aus den sechs Parteien, die im Zuge der Übersicht zu Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus in Westeuropa in die Gruppe der "Leugner und Skeptiker" fielen. Das sind die "Dänische Volkspartei" (DF), die "Alternative für Deutschland" (AfD), die niederländische "Partei für die Freiheit" (PVV), die "Freiheitliche Partei Österreichs" (FPÖ), die "Schwedendemokraten" (SD) und die "UK Independence Party" (UKIP).

Zunächst sind UKIP und die AfD als die beiden der sechs Parteien, die Klimaskeptizismus zu einem Hauptmerkmal im Profil ihrer Parteien gemacht haben (Schaller und Carius 2019), naheliegende Fallauswahlen. UKIP ist allerdings weder im britischen Unterhaus noch im Europäischen Parlament vertreten.

Auf Grundlage der Stärke der Parteien in den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament ist die FPÖ die bedeutendste der sechs Parteien. Im nationalen Parlament ist sie die mit Abstand stärkste der Parteien. Im Europäischen Parlament ist sie mit vier Sitzen aktuell (März 2019) gleichauf mit der niederländischen PVV die zweitstärkste der Parteien nach UKIP. Aktuelle Prognosen (Mitte März 2019) zu den Europawahlen sehen die FPÖ nach der AfD als zweitstärkste der sechs Parteien (Föederalist 2019)<sup>2</sup>.

Die AfD ist mit 13% der Sitze auf nationaler Ebene schwächer als die Dänische Volkspartei (21%<sup>3</sup>) und die Schwedendemokraten (18%). Im Europäischen Parlament ist sie allerdings von größerem Gewicht. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sie (wie die FPÖ) im Unterschied zur Dänischen Volkspartei und den Schwedendemokraten auf europäischer Ebene gegen alle von Schaller und Carius (2019) ausgewerteten klimapolitischen Entscheidungen (z.B. die EU-Ratifizierung des Klimaschutzabkommens von Paris) gestimmt hat. Die niederländischen PVV

---

<sup>2</sup> Zu den Ergebnissen der Europawahlen 2019 vgl. Kapitel 3, Tabelle 2.

<sup>3</sup> Stand März 2019. Bei den dänischen Parlamentswahlen am 5.6.2019 verlor die Dänische Volkspartei massiv und ist auf nationaler Ebene mit unter 9% der Sitze in der kommenden Legislaturperiode schwächer als die AfD aktuell.



ist auf nationaler Ebene gleich stark wie die deutsche AfD, auf europäischer Ebene hat die AfD aufgrund der Bedeutung Deutschlands größeres Gewicht<sup>4</sup>.

Die FPÖ ist nicht nur, wie bereits ausgeführt, die national stärkste der sechs Parteien. Nebst aller Gemeinsamkeiten mit UKIP und AfD gibt es einen bemerkenswerten Unterschied: Sie thematisiert den Klimawandel nicht in ihrer Programmatik. In diesem Punkt ergibt sich unter Umständen eine theoretische Replikation, also "ein unterschiedliches Ergebnis, jedoch aus vorhersehbaren Gründen" (Yin 2009:54, eigene Übersetzung), zwischen FPÖ und einer der anderen beiden Parteien.

Vor dem Hintergrund obiger Erwägungen werden die FPÖ und die AfD als Fälle ausgewählt.

### **Datenmaterial und Auswahl**

Grundsätzlich sollen die Fälle in zwei Schritten erarbeitet werden. Zunächst wird die Parteiprogrammatik auf Basis von Dokumenten der Parteien aber auch relevanter Literatur analysiert. Einbezogene Dokumente der Parteien sind deren aktuelle und ältere Parteiprogramme, deren Wahlprogramme und themenspezifische Dokumente wie z.B. Wirtschaftsprogramme. Dem Grundsatz der Verwendung multipler Datenquellen folgend (Yin 2009), werden die so gewonnen Erkenntnisse in einem zweiten Schritt auf Grundlage „tagespolitischer Positionierungen“ (systematische Internetrecherche von Medienbeiträgen, Pressemeldungen, Interviews, Parlamentsreden) ergänzt. Dies auch aufgrund der Annahme, dass sich in der „Tagespolitik“ möglicherweise ein anderes Bild ergibt, als es auf Grundlage der analysierten Dokumente der Fall ist. Im Zuge der Fallanalyse werden die Ergebnisse schließlich zusammengeführt.

### **Analyse des Materials und Ergebnisdarstellung**

Der Methode des "Explanation Building" nach Yin (2009) folgend, wird das Material der Fälle analysiert, indem versucht wird eine Erklärung in narrativer Form aufzubauen. Dazu werden die gesammelten Materialien interpretiert. In Abhängigkeit von Umfang und Inhalt der einzelnen Quellen, wird dabei eine thematische Zusammenfassung (Themenanalyse) oder eine tiefergehende Analyse bzw. Interpretation von besonders bedeutsamen Textausschnitten (Systemanalyse) gemacht (Froschauer und Lueger 2003). Die Systemanalyse erlaubt es, neben manifesten Inhalten auch latente Sinnstrukturen aufzuzeigen.

Die Erklärungsbildung erfolgt zunächst für beide Fälle gesondert. Die im konzeptuellen Rahmen erarbeiteten Ansätze (Kapitel 2.4) sind dabei die theoretischen Annahmen die, mithilfe der Beantwortung eingangs formulierter Fragestellungen, reflektiert werden sollen.

Im auf die Fallstudie folgenden Kapitel 5 werden die Fälle systematisch verglichen und die Erkenntnisse aggregiert ("Cross-Case Synthesis"). In Kapitel 6 (Diskussion) werden die Fälle im Lichte der Erklärungsansätze aus dem konzeptuellen Rahmen reflektiert.

---

<sup>4</sup> Die PVV konnte bei den Europawahlen 2019 kein Mandat erlangen (EP 2019b).

### 1.3 Aufbau der Arbeit

Im theoretischen Teil der Arbeit (Kapitel 2) wird ein analytischer Rahmen erarbeitet, der die folgende empirische Untersuchung zur Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus anleitet. Er basiert auf wissenschaftlicher Literatur zu den Themenkomplexen (Rechts-)Populismus, Klimaskeptizismus und Neoliberalismus. Diese werden im Hinblick auf die Themenstellung diskutiert, das Sichtbarmachen von Gemeinsamkeiten und Parallelen ist ein wesentlicher Bestandteil der Aufbereitung.

Dabei wird zunächst ein Verständnis von Populismus und Rechtspopulismus für diese Arbeit hergestellt. Ausgehend vom Begriff des Klimaskeptizismus, dessen Merkmalen und Erscheinungsformen, werden anschließend wichtige Ergebnisse bisheriger Erhebungen dargestellt. Es wird dabei auf die Verbreitung des Klimaskeptizismus in Europa und Merkmale von Klimaskeptikern eingegangen. Schließlich werden verschiedene allgemeine Modelle und theoretische Erklärungsansätze für Klimaskeptizismus vorgestellt. Weiters werden im konzeptuellen Rahmen Zusammenhänge zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus sowie Neoliberalismus und organisierter Klimawandelleugnung thematisiert.

Der Rahmen schließt mit dem Aufwerfen von Erklärungsansätzen zur Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus. Diese fokussieren auf die den Rechtspopulismus charakterisierenden Ideologien und Merkmale. Sie werden im Folgenden anhand zweier Fallstudien empirisch untersucht.

Im empirischen Teil der Arbeit wird in Kapitel 3 zunächst ein Überblick über die in nationalen Parlamenten vertretenen rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa (EU-15) und deren Sitze im Europäischen Parlament gegeben. Ihre Positionierung zum Klimawandel wird umrissen, die Parteien diesbezüglich kategorisiert. Die Inhalte werden in einer tabellenförmigen Gesamtübersicht dargestellt und abschließend knapp zusammengefasst.

Kapitel 4 beinhaltet die Fallstudien zu den beiden Parteien FPÖ und AfD. Darin werden sowohl die Parteiprogrammatiken als auch die tagespolitische Positionierung der Parteien untersucht und die Fälle zunächst gesondert analysiert (zur Methodik vgl. oben). Im anschließenden Kapitel 5 werden die beiden Fälle systematisch verglichen.

In der abschließenden Diskussion (Kapitel 6) werden wesentliche Ergebnisse des empirischen Teils der Arbeit zusammengefasst und Schlussfolgerungen gezogen. Dazu werden die Forschungsfragen nochmals aufgegriffen und kurz beantwortet. Die Erkenntnisse aus den Fallstudien werden im Lichte der im konzeptuellen Rahmen (Kapitel 2.4) aufgeworfenen Erklärungen zur Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus reflektiert.

## 2 Konzeptueller Rahmen

Der erste Teil des konzeptuellen Rahmens setzt sich zunächst mit dem nur schwer zu fassenden Konzept von Populismus und Rechtspopulismus auseinander. Verschiedene Wesenszüge und Merkmale, die dem Populismus in der wissenschaftlichen Literatur zugeschrieben werden, werden aufgegriffen und diskutiert. Im ersten Schritt wird das für den Kontext dieser Arbeit relevante Verständnis von Populismus festgehalten, in einem zweiten Schritt jenes von Rechtspopulismus.

Der zweite Teil befasst sich mit Klimaskeptizismus, wobei er notwendigerweise in den breiteren Kontext von Umweltskeptizismus gesetzt wird. Zu Beginn wird der Begriff gefasst, anschließend ein Überblick zur Verbreitung von Klimaskeptizismus in Europa gegeben<sup>5</sup>. Zahlreiche Erhebungen befassen sich mit Merkmalen von Klimaskeptikern auf individueller Ebene. Auch diese werden im Überblick dargestellt, wobei im Anschluss theoretische Erklärungsansätze für Klimaskeptizismus auf individueller Ebene diskutiert werden. Diese Diskussion weist bereits „gezwungenermaßen“ auf politisch rechte Orientierungen hin.

Mit Liberalismus und Neoliberalismus werden im dritten Teil des konzeptuellen Rahmens Gestalter zentraler Werte unserer Gesellschaft aufgegriffen. Diese werden in Verbindung mit dem Rechtspopulismus als auch dem organisierten Klimaskeptizismus, dessen Hauptakteure „Conservative Think Tanks“ (CTTs) sind, gesetzt. Dabei werden Gemeinsamkeiten, die hinsichtlich der Haltung gegenüber der Klimapolitik relevant sein könnten, betont.

Vor dem Hintergrund der Frage nach dem „Warum“ der Verbindung zwischen Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus schließt der konzeptuelle Rahmen mit dem Aufwerfen möglicher Erklärungen. Dabei wird insbesondere auf die Ideologie des Rechtspopulismus Bezug genommen.

### 2.1 Populismus und Rechtspopulismus

Der Begriff „Populismus“ wird im Alltagssprachgebrauch meist verwendet, um darauf hinzuweisen, dass jemand aus einer der Stimmung der Wählerschaft nachlaufenden und nachgebenden Politik Nutzen ziehen möchte (Decker und Lewandowsky 2009). Es wird also „dem Volk nach dem Munde“ geredet (Winkler 2015) und dabei häufig inhaltlich verkürzt und vereinfacht. Die Bewertung im Alltagssprachgebrauch ist in der Regel negativ.

In den Wissenschaften hat sich „Populismus“ als verwirrend vielfältiges und hochgradig elastisches analytisches Konzept erwiesen (Jäger 2016). Zur Frage nach der Definition von Populismus ist in der aktuelleren sozialwissenschaftlichen Literatur kein Kanon erkennbar (Abromeit 2017). Aufmerksamkeit wird zur Zeit der Frage nach der Bedeutung des Populismus für die Demokratie gewidmet (Müller 2018), Fragen nach der Bedeutung der Führungspersönlichkeit für populistische Parteien (Moffit 2016) oder der Frage ob Populisten bzw. populistische Parteien in der Lage sind, an der Macht zu bleiben, wenn sie gewählt wurden.

---

<sup>5</sup> Dieser kurze empirische Teil wird im Zuge des konzeptuellen Rahmens dargestellt, da er die hier stattfindende Befassung mit Klimaskeptizismus „vervollständigt“. Der spätere empirische Teil der Arbeit bleibt auf rechtspopulistische Parteien fokussiert.

Für den Kontext der Fragestellung nach den Erklärungszusammenhängen zwischen Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus ist es zweckmäßig, zunächst charakteristische Merkmale des Populismus als Idealtypus herauszuarbeiten und in einem weiteren Schritt jene Merkmale, die das Präfix „Rechts“ determinieren. Die Identifizierung dieser Merkmale ermöglicht eine fokussiertere Auseinandersetzung. Mudde (2004) definiert Populismus als „an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“ (2004:543). Taggart (2000, 2004) identifiziert fünf charakteristische Merkmale des Populismus die hier im Kontext von Muddes Definition aufgegriffen werden.

Erstes Merkmal ist, dass Populismus eine feindselige Haltung gegenüber repräsentativer Politik einnimmt. Repräsentative politische Systeme sind keine Voraussetzung für Populismus, aber erst durch sie kann sich Populismus als vollwertige politische Bewegung oder politische Ideologie herausbilden. Populisten sehen die Notwendigkeit eines besseren „vertikalen“ Zugangs der Massen zu den Eliten bzw. einer stärkeren Verbindung der beiden Gruppen. Dies kann sowohl durch Prozesse direkter Demokratie als auch mittels repräsentativer Politik erreicht werden. Die Komplexität von Prozessen repräsentativer Politik ist für Populisten häufig allerdings frustrierend (Taggart 2004). Hier finden sich bereits die drei Kernkonzepte des Populismus nach Mudde und Kaltwasser (2017): Das Volk, die Eliten und der Wille des Volkes. Aus dem wie auch immer konstruierten Antagonismus zwischen dem Volk und den Eliten erklären sich die Feindseligkeit gegenüber repräsentativer Politik und der Ruf nach mehr direkter Demokratie. Insofern mag die Feindseligkeit gegenüber repräsentativer Politik ein verallgemeinerbares Merkmal des Populismus sein, ist aber „nur“ Ergebnis der antagonistischen Beziehung zwischen dem Volk und den Eliten.

Zweites allgemeines Merkmal des Populismus ist die Identifikation mit einem „heartland“<sup>6</sup>. Taggart (2004) greift in Anlehnung an Canovan (1984) „das Volk“ als das den Populismus bestimmende Konzept zu kurz, da es zu breit und zu diffus sei. Die Verpflichtung der Populisten gegenüber dem Volk ist tatsächlich aus einer Verpflichtung gegenüber einem „heartland“ abgeleitet. Es steht für eine idealisierte Vorstellung der Gemeinschaft der die Populisten dienen und ist eine aus der Vergangenheit abgeleitete Vorstellung einer idealen Welt. Anders als andere Ideologien, die ihre Vorstellungen der Zukunft aus ihren Werten ableiten, leitet der Populismus seine Werte vom Konzept des „heartlands“ ab (Taggart 2004:274). Dabei ist das „heartland“ eher etwas Gefühltes als Durchdachtes. Der Begriff des „heartlands“ ist ebenso breit und diffus wie Taggart es beim Begriff des Volkes kritisiert und insofern wenig nützlich: Während bei Mudde und Kaltwasser (2017) das Volk und die Eliten zwei kontextspezifisch zu befüllende leere Bedeutungsträger sind, ist es bei Taggart das „heartland“. Für diese Arbeit ist am Konzept der „heartlands“ allerdings interessant, dass dieses keine Utopie ist, sondern eher als etwas „Rückwärtsgewandtes“ interpretiert werden kann. Priester (2011) spricht hier von einer rückwärtsgewandten Utopie.

---

<sup>6</sup> Eine sinnvolle Übersetzung des Begriffes „heartland“ ist nicht möglich. Weder „Kernland“ noch „Herzland“ treffen dessen Bedeutung.

Das Fehlen von Grundwerten als drittes Merkmal des Populismus führt zu seinem wechselhaften Erscheinungsbild. Populismus hängt sich an sehr unterschiedliche Wirtsideo logien an und wird damit rechts, links, libertär, neoliberal, autoritär und vieles andere. Das „empty heart of populism“ (Taggart 2004:275) bzw. die Qualifizierung als „thin-centred ideology“ (Mudde 2004:544) machen ihn flexibel, hochgradig kontextspezifisch und potentiell allgegenwärtig. Populismus ist aufgrund dieser „thin ideology“ daher in Kombination mit „vollwertigen“ Ideologien, wie beim Rechtspopulismus klar der Fall (siehe unten), vorzufinden (Stanley 2008).

„Krise ist ein Phänomen, ohne dass Populismus nicht zu begreifen ist“ (Falkenberg 1997:25). Dieses Zitat trifft Taggarts (2004) viertes Merkmal des Populismus wonach dieser eine Reaktion auf das Gefühl einer Krise und die Unfähigkeit der „hergebrachten“ Politik damit umzugehen, ist. Für Mudde ist der Begriff „Krise“ etwas zu harsch gewählt. Er nennt jedoch bestimmte Voraussetzungen für Populismus: dauerhafter politischer Unmut, kombiniert mit einer (wahrgenommenen) Herausforderung „unserer Lebensweise“ und der Präsenz eines attraktiven Führers (Mudde 2004). Krise bleibt aber jedenfalls fruchtbarer Boden für Populismus. Erklärungsansätze, die als Ursache für den Erfolg des Populismus in erster Linie ökonomische Entwicklungen und Verhältnisse (Globalisierung, Neoliberalismus, Verteilungsfragen etc.) ansehen, führen diesen in der einen oder anderen Form auf Krisen zurück. Ebenso jene Erklärungsansätze, die eine Gegenbewegung in Bezug auf den Postmaterialismus verorten (Inglehart und Norris 2017) und in diesem Kontext auch die Geschwindigkeit der Veränderung von Lebenswelten der Menschen thematisieren.

Als fünftes Merkmal führt Taggart (2004) die Selbstlimitierung des Populismus an. Er lebt von der Kritik am Status Quo und der Forderung nach Veränderung. Sobald aber eine Institutionalisierung populistischer Parteien oder Bewegungen stattfindet, verlieren diese ihr Moment. Zusätzlich limitierend wirkt das häufige Vertrauen auf eine charismatische Führungspersönlichkeit wegen der Nachfolgeproblematik.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Populismus stehen sich mit dem Volk und den Eliten zwei Antagonisten gegenüber. Ostiguy und Casullo argumentieren, dass der populistische Diskurs tatsächlich aber eine weitere Gruppe, nämlich „the social Other“ (2017:6) umfasst. Diese dritte Gruppe sind jene, gegen die sich der Zorn tatsächlich richtet. Zwischen ihnen und den politischen Eliten besteht eine Form von Bündnis. „The social Other“ bzw. deren Interessen werden von den Eliten auf Kosten des Volkes – welches dadurch vernachlässigt wird – geschützt. Das Narrativ des Populismus ist stets das gleiche: „...there was a hero (the people) who was betrayed/preyed upon by an evil Other, who needs to be vanquished with the help of the redeemer“ (Ostiguy und Casullo 2017:25).

Es lassen sich auch für den Populismus typische Argumentationsstrukturen und Stilmittel identifizieren. Dazu gehören der Rückgriff auf den common sense, die Moralisierung und Emotionalisierung des Diskurses, Verschwörungstheorien und Denken in Feindbildern, die Beschwörung von Krise und Niedergang, Provokation und kalkulierte Entgleisungen sowie die Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern (Decker und Lewandowsky 2009; Priester 2012).

Für diese Arbeit möchte ich die folgenden Beschreibungsmerkmale von Populismus in Zusammenschau der diskutierten Literatur festhalten:

- Populismus konstatiert ein Dreieck aus Volk (der Bevölkerung des heartlands), Elite und „the social Other“ wobei immer das gleiche Narrativ zur Anwendung kommt.
- Er richtet sich unter Berufung auf den Volkswillen gegen das vorherrschende politische System und/oder seine Eliten.
- Aufgrund fehlender eigener Werte bedient er sich Wirtsideo logien wodurch er chameleonhaft und flexibel ist.
- Krise oder das Gefühl von Krise sind fruchtbarer Boden des Populismus. Ebenso (politischer) Unmut und die Herausforderung „unserer Lebensweise“.
- Populismus bedient sich typischer Argumentationsmuster und Stilmittel wie Feindbildern, Verschwörungstheorien, Emotionalisierung, Provokation und kalkulierter Entgleisung.

Eine der gängigsten Unterscheidungen bei der Typologisierung von Populismus ist die zwischen Linkspopulismus und Rechtspopulismus, wobei die Begriffe „links“ und „rechts“ terminologisch unklar sind. Die Unterscheidung von Mudde und Kaltwasser (2013), wonach Linkspopulismus inklusiv, Rechtspopulismus hingegen exklusiv ist, hat sich durchgesetzt. Ostiguy und Casullo kritisieren diese als deplatziert, theoretisch falsch als auch normativ selbstgefällig „who on the center-left would in their right-mind normatively disagree with it?“ (2017:7)<sup>7</sup>. Populismus kann darüber hinaus auch nach Muddes eigener Definition (2004:543) niemals vollständig inklusiv sein, da ja sonst dem Volk sein Antagonist abhanden käme. Ostiguy und Casullo (2017) argumentieren für eine Abgrenzung zwischen Links- und Rechtspopulismus auf Grundlage einer soziologischen Perspektive, nämlich der Frage, wer „the social Other“ ist. Für den Linkspopulismus sind das „die Reichen, das eine Prozent, das Finanzkapital etc.“, während es für den Rechtspopulismus „die Immigranten, die Muslime, die Illegalen etc.“ sind. Die Feindseligkeit richtet sich beim Linkspopulismus „nach oben“, beim Rechtspopulismus „nach unten“, die Inklusivität ist dann nicht eine Frage des Ausmaßes, sondern der Richtung. Der Grad der Exklusion ist folglich ein Maß für die Radikalität einer populistischen Bewegung. Dass sich der Grad der Exklusion nicht dafür eignet, zwischen Links- und Rechtspopulismus zu unterscheiden, argumentieren die beiden Autoren nachvollziehbar. Naheliegend ist aber der Einwand, dass wohl auch Rechtspopulismus eine gewisse Feindseligkeit „nach oben“ innewohnen muss, da er ansonsten auch unter der Sichtweise von Populismus als „Dreiecksbeziehung“ zwischen Volk, Eliten und „the social Other“ per definitionem kein Populismus mehr wäre. Diesem Einwand kommen die Autoren zuvor, indem sie ihr Konzept „der Richtung der Feindseligkeit“ selbst aufweichen: „Populism, in other words, is discursively and politically

---

<sup>7</sup> Yannis Stavrakakis, Professor an der Aristoteles Universität Thessaloniki, greift diese Unterscheidung in einem Interview mit dem Magazin „prager frühling – Magazin für Freiheit und Sozialismus“ auf und formuliert als Herausforderung für die Linke die Konstruktion eines transnationalen demokratischen Populismus, der in der Lage ist, das postdemokratische Gleichgewicht der Macht zu verschieben und Europa in eine positive Richtung umzuorientieren (prager frühling, Ausgabe Juni 2016).

a combat between social groups, and not just against political representatives who have stopped being representative of the people“ (Ostiguy und Casullo 2017:9).

Die Rechte zielt nicht so sehr auf eine ökonomische und politische Elite (Stavrakakis 2016). Wie auch in der Parteifamilie der Grünen stehen soziokulturelle Themen im Fokus und nicht, wie im klassischen rechts-links Spektrum, soziökonomische (Mudde 2010). Allerdings greift Mudde selbst in einem anderen Text zur Unterscheidung zwischen „Links und Rechts“ auf deren jeweilige Betrachtungsweise von gesellschaftlicher (Un-)Gleichheit zurück: „Die Linke hält die entscheidenden Ungleichheiten zwischen Menschen für künstlich und negativ und fordert, diese durch einen aktiven Staat zu überwinden; die Rechte dagegen betrachtet die ausschlaggebenden Differenzen zwischen Menschen als natürlich und positiv und verlangt vom Staat ihre Verteidigung“ (2008:14). Inglehart und Norris (2016) sehen Populismus auf dem Ende eines Kontinuums, an dessen anderen Ende kosmopolitische und liberale Werte stehen. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung (rechts-links) verorten sie orthogonal dazu. Lockwood (2018) bezeichnet die wirtschaftspolitische Ausrichtung rechtspopulistischer Parteien als häufig interventionistisch, also ökonomisch linksorientiert. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen einer Auswertung des Chapel Hill Expert Survey (Inglehart und Norris 2016) wieder, die etwa die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti), den Front National (heute Rassemblement National) und die Schwedendemokraten als ökonomisch linksorientiert klassifizieren. Wirtschaftspolitischer Interventionismus und Wohlfahrtsstaatliche Ideen sind bei Rechtspopulisten auf das Wohl des „eigenen Volkes“ bezogen und insofern ausschließend. Resümierend kann dem Rechtspopulismus keine klare wirtschaftspolitische Ausrichtung zugeordnet werden.

Betz und Johnson (2004) beschreiben die Ideologie des Rechtspopulismus als anti-elitär, ausschließend und offen diskriminierend. Die Ideologie spricht Emotionen und Gefühle der Menschen, das Recht auf kulturelle Identität sowie das Recht auf „nationale Präferenzen“ an. Als übergeordnetes Ziel der Rechtspopulisten benennen sie das Aufrechterhalten etablierter Muster ethnischer und kultureller Dominanz. Diese Beschreibung greift den Fokus der Rechtspopulisten auf soziokulturelle Themen auf und ist auch mit dem bei Taggart (2004) angesprochenen Ansatz der rückwärtsgewandten Utopie im Einklang. Vor allem aber, betont sie eines der bei Mudde zentralen Elemente des ideologischen Kerns des Rechtspopulismus – den Nativismus. Er ist eine Haltung, wonach Staaten nur von „Einheimischen“ bewohnt werden sollten und sowohl Personen als auch Ideen, die nicht nativ sind, den Nationalstaat grundlegend bedrohen. In „The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy“ greift Mudde (2010) auf eine frühere Definition zurück, wobei er den ideologischen Kern der radikal-rechtspopulistischen Parteien als eine Kombination aus Nativismus, Autoritarismus und Populismus identifiziert (2007). Er zeigt auf, dass sowohl Nativismus als auch Autoritarismus in den westlichen Gesellschaften tief verankert sind und die Werte des Rechtspopulismus nicht nur von einer Minderheit der Bevölkerungen dieser Länder geteilt werden. Nur eben mit einem geringeren Ausmaß an Radikalität. Der radikale Rechtspopulismus ist daher keine „Normal Pathology“ sondern eine „Pathological Normalcy“ (2010). Mit dem Pathological Normalcy-Ansatz lassen sich auch die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien, erklären. Der „Rechtsruck“ in vielen (nicht nur) westeuropäischen Staaten ist demzufolge eine Radikalisierung bereits vorhandener

Werte in breiten Teilen des Wahlvolkes und nicht ausschließlich auf Protest gegenüber den vorherrschenden politischen und ökonomischen Verhältnissen oder auf die erlebte Bedrohung der eigenen Lebensweise<sup>8</sup> zurückzuführen.

Mudde (2008) unterscheidet innerhalb der radikalen Rechten je nach Kernideologie zwischen neoliberalen Populismus und radikalem Rechtspopulismus. Der eine mit einer neoliberalen Kernideologie, der andere mit einer nationalistischen. Oft trifft man (auch in der öffentlichen Debatte) auf den Begriff des autoritären Populismus. Dieser streicht, aktuell in Zusammenhang mit der Europawahl 2019<sup>9</sup>, die Feindseligkeit gegenüber der liberalen Demokratie hervor, die etwa Müller (2016) ins Zentrum seiner Auseinandersetzung mit dem Phänomen Populismus stellt.

In dieser Arbeit umfasst der Begriff Rechtspopulismus die populistische radikale Rechte, die sich zunächst durch einen ideologischen Kern (Mudde 2007) charakterisieren lässt:

- Nativismus als eine Haltung, wonach Staaten nur von „Einheimischen“ bewohnt werden sollten und sowohl Personen als auch Ideen, die nicht nativ sind, den Nationalstaat grundlegend bedrohen.
- Autoritarismus als der Glaube an eine strenge Gesellschaftsordnung in welcher Verstöße gegen die Autorität hart zu bestrafen sind.
- Populismus als (dünne) Ideologie, welche die Gesellschaft in zwei antagonistische Gruppen, „das reine Volk“ und die „korrupte Elite“, teilt.

Zusätzlich zu diesem ideologischen Kern sind folgende Beschreibungsmerkmale zur radikalen Rechten festzuhalten:

- Ihre Feindseligkeit richtet sich auch „nach unten“. Damit in Verbindung zu sehen ist die Auswechselbarkeit des Feindbildes („the social Other“), der dritten Gruppe im populistischen Diskurs (Casullo und Ostiguy 2017).
- Sie ist rückwärtsgewandt im Sinne der Verteidigung etablierter Muster ethnischer und kultureller Dominanz (Betz und Johnson 2004).
- Ihr Schwerpunkt liegt eher auf soziokulturellen als soziökonomischen Themen.
- Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der radikalen Rechten ist nicht einheitlich und reicht von „interventionistisch bis neoliberal“.

## 2.2 Klimaskeptizismus

### Klima- und Umweltskeptizismus

Klimaskeptizismus kann als eine Erscheinungsform des Umweltskeptizismus, dessen zentrales Merkmal das Bestreiten der Authentizität von Umweltproblemen wie dem Klimawandel, der Abnahme von Biodiversität, dem Ozonloch, dem sauren Regen oder der Erschöpfung natürlicher Ressourcen ist, betrachtet werden (Jacques, Dunlap und Freeman 2008). Trantner und

---

<sup>8</sup> Insbesondere dieses Wahlmotiv ist ja eben auch mit den etablierten Mustern von Macht verwoben und gibt zumindest einen Hinweis auf so etwas wie eine „latente Wertegemeinschaft“ zwischen Rechtspopulisten und Wahlvolk.

<sup>9</sup> Vgl. dazu exemplarisch den Beitrag „EU-Parlamentswahlen 2019 im Zeichen des autoritären Populismus“, A&Wblog.



Booth (2015) stellen in einer 14 Industrieländer vergleichenden Studie fest, dass die (negative) Korrelation zwischen Sorge um die Umwelt und Klimaskeptizismus nicht stark ist und Klimaskeptiker folglich nicht ausschließlich unter jenen zu finden sind, die sich wenig um die Umwelt sorgen. Der Klimawandel unterscheidet sich also von anderen Umweltproblemen. McCright et al. konstatieren in diesem Zusammenhang „Compared to other environmental problems, climate change poses the most fundamental threat to continued economic growth in industrial capitalism, which has been built upon decades of fossil fuels consumption“ (2016:186).

### **Typologie und Erscheinungsformen**

„Skeptizismus“ ist ein unpräziser Ausdruck der in der komplexen und facettenreichen Klimadebatte unterschiedliche Bedeutungen hat. Dazu kommt, dass verschiedene Begriffe wie Skeptizismus, Leugnung, Ambivalenz, Zynismus und Unsicherheit, die allesamt öffentliche Haltungen in der aktuellen Klimadebatte charakterisieren, häufig synonym verwendet werden (Poortinga 2011). Die Heterogenität der als Skeptiker erfassten Gruppe und die Komplexität des Klimaskeptizismus könnten nach Hobson und Niemeyer (2013) zu einer Untererfassung führen.

In dieser Arbeit wird, der Typologie von Rahmstorf (siehe unten) entsprechend, im Allgemeinen der Begriff „Skeptizismus“ verwendet. Bei entsprechend „radikalen“ Aussagen oder Positionen wird der Begriff „Leugnung“ benutzt. In Anlehnung an Dunlap (2013) wird Skeptizismus dabei als auf einem Kontinuum zwischen Leugnung, als der direkten Zurückweisung der Feststellung anthropogen verursachter globaler Erwärmung, und einem „gewissen Maß“ an Ambivalenz liegend, verstanden. Die notwendige Ausdifferenzierung der beiden Begriffe Skeptizismus und Leugnung erfolgt insofern fortlaufend, als dass die verschiedenen zugrundeliegenden Motive, Einstellungen und Werte sowie Auslöser – wie etwa Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen Gefühlen, Einstellungen und Werten – diskutiert werden.

Rahmstorf (2004) unterscheidet Trendskeptiker, Ursachenskeptiker und Folgenskeptiker die unterschiedliche Positionen vertreten. Trendskeptiker bestreiten den Erwärmungstrend des Klimas, Ursachenskeptiker akzeptieren die Erwärmung, sehen dafür aber natürliche Ursachen, Folgenskeptiker schließlich halten die globale Erwärmung für harmlos oder sogar günstig. Dabei sind die Trendskeptiker die kleinste, die Folgenskeptiker die größte Gruppe. Die Typologie von Rahmstorf wird durch eine vierte Gruppe – die Konsensskeptiker – ergänzt (Engels et al. 2013). Wie auch die anderen Typen des Klimaskeptizismus beeinflusst die Wahrnehmung in Bezug auf den wissenschaftlichen Konsens über den Erwärmungstrend, dessen Ursachen und Folgen die Unterstützung von Klimapolitik sowie den Willen zu klimaschonendem Verhalten (McCright et al. 2016). Seitens organisierter Klimawandelleugner wird insbesondere auch das Vorhandensein des wissenschaftlichen Konsenses bestritten (Oreskes und Conway 2010). Alle vier Typen des Skeptizismus können unterschiedlich stark ausgeprägt sein, einzeln oder kombiniert vorliegen.

Das Centre for Studies of Climate Change Denialism, ein globales Netzwerk zur Erforschung von Klimaskeptizismus, unterscheidet hinsichtlich der Akteure organisierte Klimawandelleugnung, Klimawandelleugnung durch politische Parteien sowie „response denial“ und „everyday

denial“ (Centre for Studies of Climate Change Denialism, Chalmers Universität Göteborg<sup>10</sup>). Die beiden letztgenannten Formen der Klimawandelleugnung schließen den Kreis zu den später diskutierten Ursachen des Klimaskeptizismus und sind daher an dieser Stelle angesprochen, auch wenn beide auf konkretes Handeln abstellen, dem keine klimaskeptische Haltung zugrunde liegen muss: „Response denial“ bezeichnet den Umstand, wenn Menschen in machtvollen Positionen Entscheidungen treffen, die der Klimapolitik die sie zu unterstützen behaupten, zuwiderlaufen. „Everyday denial“ bezeichnet Handlungen von Menschen, als ob sich diese des Klimawandels nicht bewusst wären.

### **Verbreitung des Klimaskeptizismus in Europa**

Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsdesigns und Bedingungen (Zeitpunkt, aktuelle Medienpräsenz des Themas und aktuelle politische Agenda im Erhebungszeitraum etc.), sind quantitative Ergebnisse zur Verbreitung des Klimaskeptizismus verschiedener Erhebungen nur sehr eingeschränkt vergleichbar und weisen deutlich unterschiedliche Anteile an Klimaskeptikern auf. Im Folgenden sind ausgewählte Ergebnisse des European Social Survey (ESS) wiedergegeben. Dieser deckt vergleichsweise aktuell (Erhebungszeitraum 2016/2017) mit dem Modul „European Attitudes to Climate Change and Energy“ einen Großteil Europas<sup>11</sup> ab.

Bei seiner Typologisierung des Klimaskeptizismus merkt Rahmstorf (2004) an, dass Trendskeptiker aufgrund des Umstandes, dass die Erwärmung heute auch für Laien evident ist, eine langsam verschwindende Gruppe sind. Ergebnisse des European Social Survey (Poortinga et al. 2018) für 23 Länder bestätigen diese qualitative Aussage nur eingeschränkt. Während in Island mit 97,7% der vergleichsweise größte Anteil der Bevölkerung der Aussage „climate is probably or definitively changing“ zustimmen, sind dies in Deutschland 95,4%, in Großbritannien 93,6 % und in Österreich 92,5%. In Osteuropa stimmt dieser Aussage ein noch geringerer Anteil der Bevölkerung zu (in Polen 92,6%, in der Tschechischen Republik 88,9%, in Litauen 88,7%), in Russland nur 82,2%. Zum Vergleich hat die 4-Länderstudie European Perceptions of Climate Change (EPCC) 2016 für Deutschland einen Anteil von 16% Trendskeptikern erhoben, für Großbritannien 12%, für Frankreich 6% und für Norwegen 4% (Steentjes et al. 2017).

Ursachenskeptizismus ist in 19 von 23 Ländern des ESS etwas verbreiteter als Trendskeptizismus, wobei der Ländervergleich ein ähnliches Bild ergibt. Der Anteil jener, die glauben, dass der Klimawandel zumindest teilweise durch menschliche Aktivitäten verursacht wird, liegt zwischen 82,7% in Litauen und 95,7% in Spanien (Abbildung 1). In 15 Ländern liegt der Anteil der Ursachenskeptiker zwischen 5% und 10% (Poortinga et al. 2018).

<sup>10</sup> <https://www.chalmers.se/en/departments/tme/centres/ceforced/Pages/default.aspx>, abgerufen am 15.5.2019.

<sup>11</sup> Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Israel, Italien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Russland, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechische Republik, Ungarn.

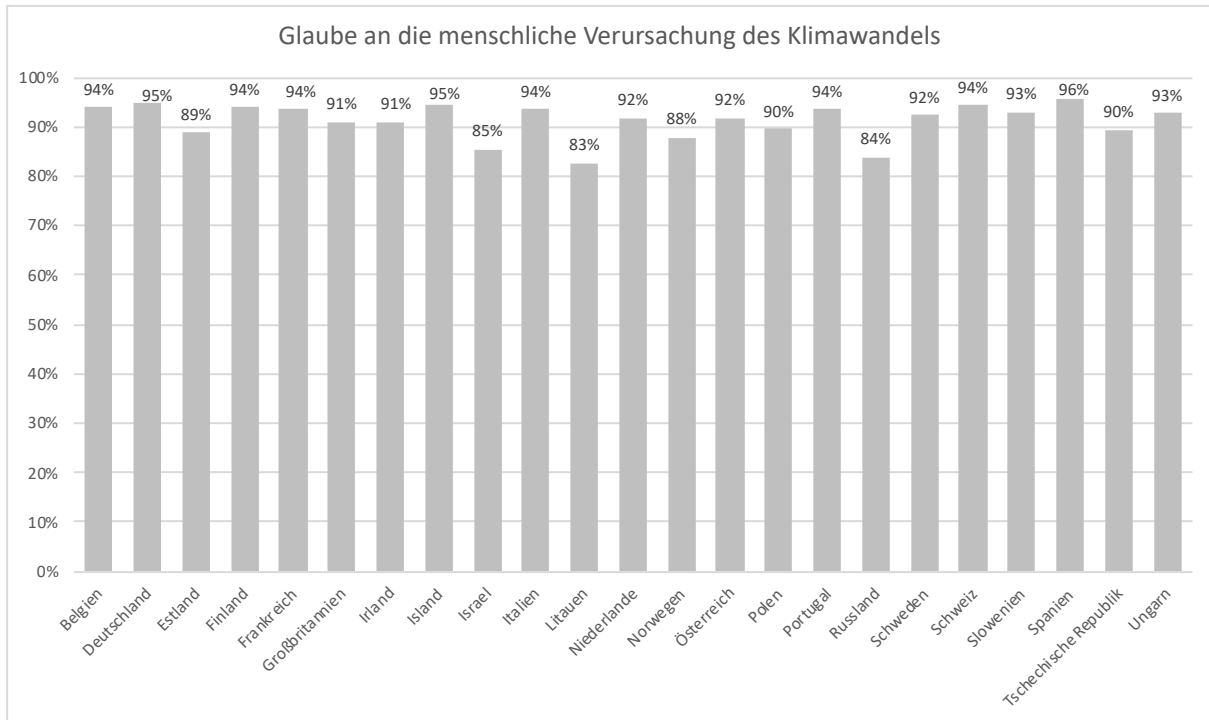


Abbildung 1: Anteil der Befragten die anerkennen, dass der Klimawandel zumindest teilweise durch den Menschen verursacht wird (Poortinga et al. 2018, eigene Darstellung).

Deutlich höher ist im Rahmen des ESS in allen Ländern der beobachtete Anteil der Folgenskeptiker. Lediglich in vier Ländern (Spanien, Island, Schweden und Portugal) schätzen mehr als 80% der Bevölkerung die Folgen des Klimawandels als negativ ein<sup>12</sup>. In neun Ländern liegt dieser Wert zwischen 70% und 80%, in acht Ländern nur noch zwischen 60% und 70%, in zwei Ländern (Israel und Estland) sogar unter 60%.

Die Einschätzung des wissenschaftlichen Konsenses wurde in der EPCC-Studie (Steentjes et al. 2017) erhoben. In Deutschland schätzen nur 24% der Befragten, dass unter mehr als 80% der Wissenschaftler Konsens über das Stattfinden des Klimawandels und einen wesentlichen Beitrag des Menschen dazu, herrscht. Dieser Wert liegt für die anderen drei Länder (Frankreich, Norwegen und Großbritannien) der Erhebung mit 30% bis 35% etwas höher. Zwischen 54% und 66% der Befragten schätzen, dass unter mehr als der Hälfte aller Wissenschaftler Konsens herrscht. In allen vier Ländern glaubt rund ein Fünftel der Befragten, dass sich etwa die Hälfte der Wissenschaftler einig sind. Konsensskeptizismus ist diesen Ergebnissen zufolge relativ weit verbreitet (Abbildung 2).

<sup>12</sup> Die Befragten konnten auf einer Skala von 0 „extremely bad“ bis 10 „extremely good“ ihre Einschätzung abgeben. Werte von 0 bis 4 wurden als negative Beurteilung der Folgen ausgewiesen.

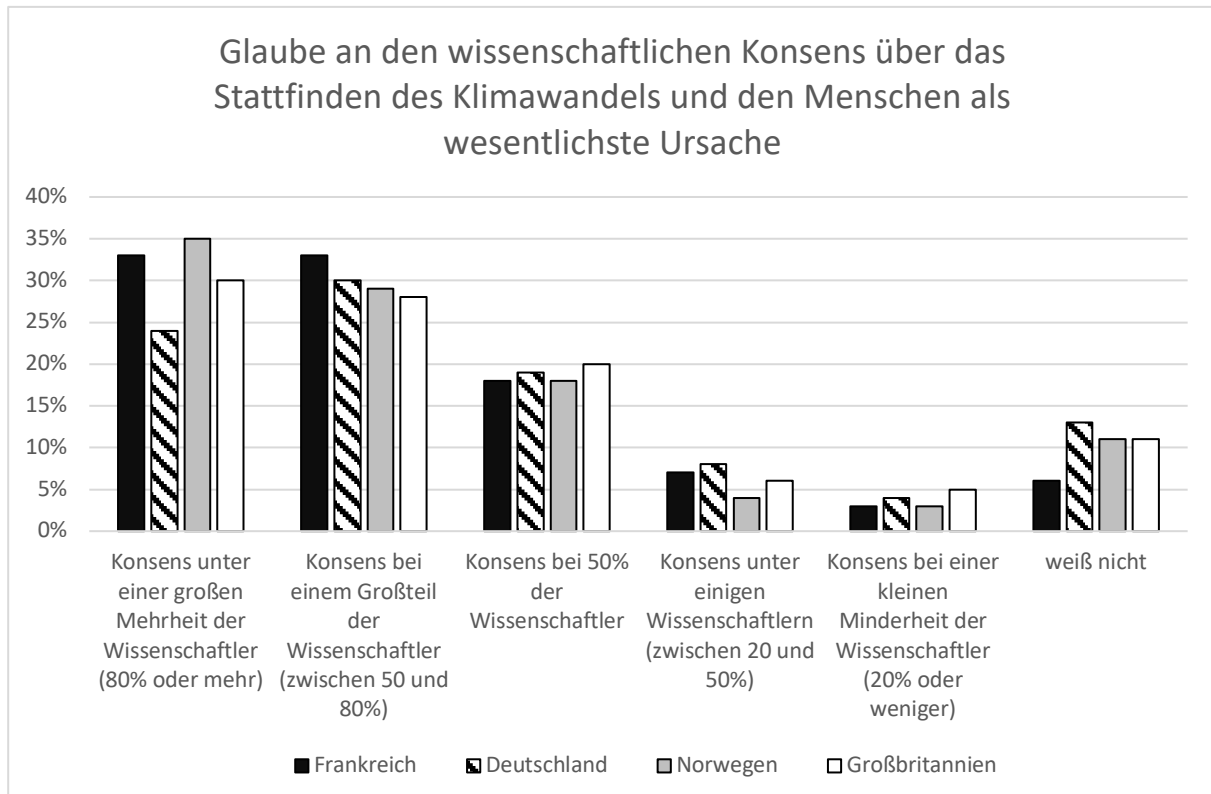


Abbildung 2: Einschätzung der Befragten zum Ausmaß des wissenschaftlichen Konsenses über das Stattfinden des Klimawandels und den Menschen als wesentlichste Ursache (Steentjes et al. 2017, eigene Darstellung).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass – bei deutlichen Länderunterschieden – alle vier Typen des Skeptizismus (auch) in Europa anzutreffen sind.

### **Merkmale von Klimaskeptikern**

Im Kontext dieser Arbeit ist die Frage nach den Merkmalen von Klimaskeptikern von größerer Relevanz, als jene nach der Verbreitung des Klimaskeptizismus. Eine 87 Studien von 1998 bis 2016 umfassende Metastudie (McCright et al. 2016) ergibt für einige Faktoren ein sehr konsistentes Bild. So hat Umweltbewusstsein einen statistisch signifikanten Effekt in die erwartete Richtung (Anerkennung des Klimawandels, Besorgnis wegen des Klimawandels, Unterstützung für die Klimapolitik). Der zweitstärkste Prädiktor ist die politische Orientierung. „In no study reviewed did we find that Right-leaning citizens report stronger pro-climate views than do Left-leaning citizens“ (McCright et al. 2016:182). Wenige Studien untersuchten egalitäre, also von der Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder ausgehende, und individualistische Weltbilder<sup>13</sup> als Prädiktoren. Hinsichtlich der Anerkennung des Klimawandels und der Besorgnis darüber wurde ein positiver Effekt egalitärer Weltbilder festgestellt. Individualistische hingegen hatten in diesen Studien einen negativen oder nicht signifikanten Effekt (McCright et al. 2016). In keiner der untersuchten Studien, wird für Frauen eine klimaskeptischere Haltung als für Männer festgestellt, wobei der Effekt des Geschlechts in etwa einem Drittel der Modelle nicht

<sup>13</sup> Die beiden Dimensionen überlappen sich weitgehend mit ideologischen Dimensionen von „links und rechts“ (McCright et al. 2016).

signifikant ist. Das Geschlecht erklärt eher Besorgnis wegen des Klimawandels (Folgenskeptizismus) als dessen Anerkennung (Trendskeptizismus). In Bezug auf das Alter kommen McCright et al. (2016) zu dem Ergebnis, dass dieses in den meisten Studien keinen statistisch signifikanten Effekt hat. Einige Studien, die die Anerkennung des Klimawandels und die Besorgnis wegen des Klimawandels untersuchen, ergeben allerdings, dass bei jungen Erwachsenen „klimafreundliche“ Ansichten stärker ausgeprägt sind als bei Älteren. Während sich für das Einkommen meist keine signifikanten Effekte feststellen lassen, hat das Bildungsniveau tendenziell einen positiven Effekt auf die Anerkennung des Klimawandels, die Besorgnis darüber, die Unterstützung von Klimapolitik als auch auf die Absicht klimafreundlichen Verhaltens (McCright et al. 2016). Die Absicht klimafreundlichen Verhaltens fällt nicht in die Typologie von Rahmstorf (2004). Diese Fragestellung betrifft das (beabsichtigte tägliche) Verhalten, könnte aber mit „everyday denial“ assoziiert werden.

Die oben dargestellten Ergebnisse basieren auf 78 länderspezifischen Studien, wovon sich 62 auf die USA beziehen und 9 länderübergreifend sind. Die Ergebnisse länderübergreifender und nationaler europäischer Studien sind dazu widerspruchsfrei. Eine vergleichende Studie zwischen westeuropäischen Ländern und ehemals kommunistischen Ländern auf Basis des Eurobarometer 2008<sup>14</sup> kommt zum Ergebnis, dass in den westeuropäischen Ländern „...citizens on the right are less likely than those on the left to believe that anthropogenic climate change is occurring, perceive climate change to be a serious problem, believe we should deal with climate change, express a personal willingness to pay to deal with climate change, and support policies to reduce greenhouse gas emissions“ (McCright, Dunlap und Marquart-Pyatt 2016a). Der Effekt der politischen Orientierung ist allerdings deutlich schwächer als in den USA.

Für Westeuropa gilt wie für die USA, dass Frauen und junge Erwachsene den Klimawandel eher anerkennen, diesen als Bedrohung wahrnehmen und Maßnahmen gegen den Klimawandel eher unterstützen als ihre männlichen bzw. älteren Gegenüber. Whitmarsh (2011) konstatiert für Großbritannien, dass Werte und politische Orientierung die wichtigsten Prädiktoren für Klimaskeptizismus sind. Insbesondere geht höheres Umweltbewusstsein mit weniger Skeptizismus, konservatives Wahlverhalten mit mehr Skeptizismus einher. Demographische Faktoren waren nur signifikante Determinanten, solange umweltbezogene und politische Werte nicht miteinbezogen wurden. Diese Ergebnisse finden sich durch Poortinga et al. (2011) bestätigt. Hervorzuheben ist, dass sich weder eine hohe Selbsteinschätzung des Wissens über den Klimawandel, noch das Bildungsniveau als Prädiktoren für Skeptizismus und Unsicherheit erwiesen haben (Whitmarsh 2011). McCright, Dunlap und Marquart-Pyatt (2016a) kommen in ihrer Studie zum Ergebnis, dass ein höheres Bildungsniveau mit weniger klimaskeptischen Ansichten einhergeht. Allerdings, je höher die Selbsteinschätzung in Bezug auf das Verstehen des Klimawandels ist, desto mehr sind die Befragten der Ansicht, dass verschiedene Gruppen zu viel oder genug (im Gegensatz zu „zu wenig“) im Kampf gegen den Klimawandel unternehmen. Auch McCright et al. (2016b) kommen zu dem Schluss, dass der Effekt der politischen Orientierung (in den USA) so stark ist, dass er den Einfluss anderer Faktoren abschwächt: Bildung, wissenschaftliche Kompetenz und die Selbsteinschätzung des Verständnisses des

---

<sup>14</sup> EU 27 ohne Malta und Zypern.

Klimawandels haben unter Liberalen und bei Anhängern der Demokraten einen positiven Effekt auf „pro-climate views“, unter Konservativen und bei Anhängern der Republikaner einen negativen oder keinen Effekt. Eine Studie für Deutschland (Engels et al. 2013) ergibt, dass soziodemographische Merkmale nur 2,5% der Varianz der Merkmale, die den Klimaskeptizismus beschreiben, erklären.

Fremdenfeindliche („xenoseptic“) Ansichten haben einen verstärkenden Effekt auf Klimaskeptizismus bei konservativen weißen Männern in den USA und auch in Norwegen. Die Leugnung des Klimawandels könnte in dieser Bevölkerungsgruppe Teil der Bemühungen zum Schutz der eigenen Identität und der Rechtfertigung des bestehenden (ölabhängigen) Systems sein (McCright und Dunlap 2011; Krange, Kaltenborn und Hultman 2019).

Ergebnisse des 14 Industrienationen<sup>15</sup> umfassenden International Social Survey Programme konnten wie auch Whitmarsh (2011) bestätigen, dass städtische Bevölkerungen weniger klimaskeptisch sind, als ländliche und dass geringes Vertrauen in Regierungen mit klimaskeptischen Positionen einhergeht (Trantner und Booth 2015).

Auf Länderebene aggregierte Ergebnisse aus den Gallup World Polls sind konsistent mit Erkenntnissen auf individueller Ebene. So steigt das Bewusstsein über den Klimawandel in Ländern mit höherem Wohlstand und höherem Bildungsniveau der Bevölkerung. Die durch den Klimawandel wahrgenommene Bedrohung ist in wohlhabenden Ländern höher, ebenso in Ländern mit einer politisch nach links tendierenden Bevölkerung. Auch anthropogene Ursachen für den Klimawandel werden in Ländern mit politisch nach links tendierender Bevölkerung stärker wahrgenommen (Knight 2016).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die politische Orientierung ein Schlüsselprädiktor für Klimaskeptizismus ist, wobei konservative und rechte Orientierungen die Wahrscheinlichkeit für Klimaskeptizismus erhöhen. Männer, Ältere sowie die Landbevölkerung sind eher klimaskeptisch eingestellt als Frauen, Jüngere und die urbane Bevölkerung. Diese und andere demographische Prädiktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Werte und Ideologien zu Klimaskeptizismus führen.

### **Theoretische Erklärungsansätze für Klimaskeptizismus auf individueller Ebene und in der öffentlichen Meinung**

Anhand der value-beliefs-norms Theorie (Stern et al. 1995; Stern 2000) lässt sich die Bedeutung von Werten, Einstellungen und Überzeugungen für umweltbezogene Entscheidungen und daraus folgendes umweltbezogenes Verhalten im Allgemeinen, wie auch in Bezug auf den Klimawandel, erklären. Umweltbewusstsein ist nach einer umfangreichen Metastudie der einzige Prädiktor, der in allen untersuchten Studien (sofern sie dieses umfassten) einen statistisch signifikanten Effekt in die erwartete Richtung hatte. Unabhängig von der konkreten Erfassung des „Umweltbewusstseins“ hat es in allen Untersuchungen einen positiven Einfluss auf die Anerkennung des Klimawandels, die Besorgnis darüber, die Unterstützung von Klimapolitik sowie die Absicht klimafreundlichen Verhaltens (McCright et al. 2016b). Die value-beliefs-norms (VBN) Theorie verbindet unterschiedliche Theorien über eine kausale Kette von

---

<sup>15</sup> Australien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigte Staaten.

fünf Variablen die zu umweltrelevantem Verhalten führen. Diese Kette führt von Werten (als relativ stabile und zentrale Elemente der Persönlichkeit) zunächst zu Überzeugungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Mensch und Umwelt<sup>16</sup>. Die persönlichen Normen zu handeln werden „ausgelöst“, wenn Umweltzustände, denen man einen Wert beimisst, als bedroht wahrgenommen werden (drittes Element der Kausalkette) und wenn man sich in der Lage fühlt, gegen diese Bedrohung etwas tun zu können (viertes Element). Diese Normen gestalten die generelle Neigung, die umweltbewusstes Verhalten jeder Art beeinflusst (Stern 2000). Jedes Element der beschriebenen Kausalkette beeinflusst das nächste und kann auch spätere direkt beeinflussen. Stern et al. (1995) kommen zum Ergebnis, dass auf die Biosphäre bezogene Werte (Items wie „unity with nature“, „protecting the environment“, „respecting the earth“) und altruistische Werte (Items wie „equality“, „social justice“, „helpful“) signifikant positiv mit der Bereitschaft, für die Umwelt aktiv zu werden, korrelieren. Egoistische Werte (Items sind „authority“, „social power“, „wealth“ und „influential“) korrelieren signifikant negativ damit. Diese Ergebnisse sind widerspruchsfrei zu den zuvor dargestellten Ergebnissen in Bezug darauf, welche Werte Klimaskeptizismus begünstigen. Die VBN-Theorie stützt mit ihrem „grundlegenden Muster“ auch andere theoretische Perspektiven zur Erklärung von Klimaskeptizismus. Das Modell zeigt die Kausalitäten zwischen Werten und umweltbewuststem Verhalten („environmental significant behavior“) auf. Für mögliche Erklärungen von Klimaskeptizismus ist auch relevant, wie und wo die oben beschriebene Kausalkette durchbrochen werden kann und wird.

Die Anti-Reflexivitätsthese besagt, dass Organisationen, Gruppen und Individuen, die politisch rechts orientiert sind, das industriell-kapitalistische System stärker unterstützen als politisch links orientierte. Sie weisen daher Aussagen über Probleme wie den Klimawandel, die dieses System verursacht, eher zurück (McCright et al. 2016b). Jacques (2006) konstatiert, dass der Kampf um den Zustand des Planeten ein Kampf um die dominanten Werte der Gesellschaft ist. Diese „disziplinieren“ die Bürger und institutionalisieren Obligation und Macht. Das aktuelle „dominant social paradigm“ (DSP – die vorherrschenden grundsätzlichen Denkweisen, die unsere gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten) enthält Kernelemente konservativer Ideologie wie den Vorrang individueller Freiheit, das Recht auf Privateigentum, die Anpreisung freien Unternehmertums, die Ablehnung von Regulierung und einen Staat der nicht interveniert (McCright und Dunlap 2000). Mithilfe des DSP kann die Anti-Reflexivitätsthese in die VBN-Theorie integriert werden. Die Zustimmung zum DSP korreliert negativ mit der Zustimmung zum New Ecological<sup>17</sup> Paradigm (NEP) (Dunlap et al. 2000). Die NEP-Skala wird als Maß für eine umweltorientierte bzw. „ökologische“ Weltanschauung herangezogen. Ist in der VBN-Theorie keine Zustimmung zum NEP vorhanden, so ist die Kausalkette durchbrochen und umweltbewusstes Verhalten wird damit unwahrscheinlicher.

Das Geschlecht ist nach dem Umweltbewusstsein und der politischen Orientierung der konsistenteste Prädiktor in Bezug auf Einstellungen zum Klimawandel (McCright et al. 2016b),

---

<sup>16</sup> Zur Erhebung des Umweltbewusstseins bzw. der individuellen Sicht auf das Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt wird das NEP (New Environmental Paradigm) herangezogen.

<sup>17</sup> In der VBN-Theorie wird auf das New Environmental Paradigm als Element in der Kausalkette hin zu umweltorientiertem Verhalten zurückgegriffen. Das New Ecological Paradigm ist dessen überarbeitete Fassung.

wobei Frauen eher wegen des Klimawandels besorgt sind als Männer. Dies stimmt mit der Gender-Sozialisierungstheorie überein. Sie besagt, dass Frauen eher zu einer weiblichen Identität hin sozialisiert sind, die durch Zuneigung, Empathie und Fürsorge geprägt ist. Die männliche Identität hingegen, wird demnach durch Trennung, Kontrolle und Beherrschung geprägt. Unterschiedliche Werte und Überzeugungen von Frauen und Männern implizieren Unterschiede in der Sorge um die Umwelt (Stern et al. 1995) und in Bezug auf den Klimawandel. Die These, dass postmaterielle Werte wie „die Sorge um die Umwelt“ in den Vordergrund treten, nachdem materielle Grundbedürfnisse und Bedürfnisse nach Sicherheit befriedigt wurden, findet in Studien nur teilweise Unterstützung. Alter, Einkommen und Bildungsniveau haben häufig nur schwache oder gemischte Effekte (McCright et al. 2016b). Sie sind damit als Prädiktoren für klimaskeptische Positionen nur eingeschränkt geeignet. Die in Übereinstimmung mit der These postmaterieller Werte zu erwartende Richtung der Effekte wäre, dass „klimafreundliche Standpunkte“<sup>18</sup> von jungen Erwachsenen eher eingenommen werden als von Älteren, außerdem eine formal höhere Bildung und höheres Einkommen diese Standpunkte begünstigen. In den wenigen Studien, in denen Ingleharts Maß postmaterieller Werte verwendet wurde, haben diese einen positiven Effekt auf klimafreundliche Standpunkte (McCright et al. 2016b).

Die Wahrnehmung und Akzeptanz von Risiko (etwa durch den Klimawandel) hängt auch von altruistischen Werten wie der Sorge um nichtmenschliche Objekte ab (Stern 1995). Menschen mit eher hierarchischen oder individualistischen (im Gegensatz zu egalitären und kollektivistischen) Weltanschauungen neigen dazu, Umweltrisiken herunterzuspielen. Insbesondere wenn deren Lösung größere ökonomische Umverteilung oder staatliche Interventionen in Märkte umfassen würde (McCright et al. 2016b).

Die bisher dargestellten Erklärungsansätze bzw. Prädiktoren (die VBN-Theorie, die Anti-Reflexivitätstheorie, das Geschlecht, postmaterielle Werte, Risikowahrnehmung) können als „wertbasierte Ansätze“ beschrieben werden. Letztlich greifen sie alle darauf zurück, dass bestimmte Werte und Einstellungen Klimaskeptizismus begünstigen, während andere klimaskeptische Positionen tendenziell verhindern bzw. unwahrscheinlicher machen. Die VBN-Theorie ist in gewissem Sinn allgemeiner gehalten. Andere wertbasierte Ansätze lassen sich, wie oben für die Anti-Reflexivitätstheorie skizziert wurde, in diese integrieren. Die zweite große Gruppe von Erklärungsansätzen umfasst jene Ansätze, die im weitesten Sinne als psychologische oder soziologische charakterisiert werden können.

Steht das eigene Verhalten (z.B. „der Lebensstil“) im Widerspruch zu eigenen Einstellungen (z.B. „Umweltbewusstsein“) oder wahrgenommenen Informationen (z.B. „der gefährliche menschengemachte Klimawandel“) liegen zwei widersprüchliche Kognitionen vor und es entsteht kognitive Dissonanz. Sie beschreibt einen inneren Spannungszustand, den das Individuum als unangenehm empfindet und daher aufzulösen oder zumindest zu reduzieren versucht (Festinger 1957). Strategien der Dissonanzreduktion stützen eine der beiden Kognitionen (z.B. „mir ist es aber wichtig im Urlaub weit wegzufiegen“), während sie die jeweils andere Kognition abzuschwächen suchen (z.B. „ich glaube nicht, dass das Fliegen einen so großen Beitrag zum

---

<sup>18</sup> „Pro-Climate Views“: Das Anerkennen des Klimawandels, Sorge wegen des Klimawandels, Unterstützung der Klimapolitik und die Absicht sich klimabewusst zu Verhalten.



Klimawandel leistet“). Die Suche nach einseitigen Informationen und die selektive Aufnahme bzw. Interpretation von Informationen sind Beispiele solcher Strategien. Auch Substitution ist eine mögliche Strategie (z.B. „ich fliege zwar viel, dafür esse ich kein Fleisch“) (Fischer, Jander und Krueger 2018). Whitmarsh (2011:698) stellt dazu fest: “Consequently, skepticism expressed about climate change may be interpreted a mechanism of denial to cope with an internal discrepancy at an individual level between the demands to engage with climate change and actual personal behavior”.

In Analogie zur politischen Agenda haben Menschen einen „limited pool of worry“. Sie reihen Umweltthemen gegenüber unmittelbaren wirtschaftlichen Belangen zurück, wenn deren wirtschaftliche Lage schlecht ist. So sind Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit mitbestimmende Faktoren für die Sorge um die Umwelt. Dabei sind Wirtschaftswachstum und die Sorge um die Umwelt positiv assoziiert, während die Arbeitslosenrate negativ mit der Sorge um die Umwelt assoziiert ist (Knight 2016)<sup>19</sup>. Beispielsweise rangiert der Klimawandel aktuell (2016) in den vier untersuchten westeuropäischen Ländern auf die offene Frage „What would you say will be the most important issue facing (France / Germany / Norway / the UK) in the next 20 years?“ (Steentjes et al. 2017:15) mit länderspezifischen Unterschieden deutlich hinter wirtschaftlichen Themen und dem Thema Immigration (Tabelle 1). In Großbritannien haben 2% der Befragten den Klimawandel genannt (Rang 13 der genannten Themen), in Deutschland 3% (Rang 10), in Frankreich 6% (Rang 5) und in Norwegen 10% (Rang 4) (Steentjes et al. 2017).

Frankreich	Deutschland	Norwegen	Großbritannien
1. Arbeitslosigkeit (36%)	1. Flüchtlingskrise (14%)	1. Arbeitslosigkeit (17%)	1. Immigration, Immigranten, Integration (26%)
2. Wirtschaftliche Lage (9%)	2. Immigration (13%)	2. Verschmutzung, Umwelt (11%)	2. Wirtschaftliche Lage (11%)
3. Immigration (7%)	3. Armut, Ungleichheit (9%)	3. Immigration (11%)	3. Staatliche Gesundheitssystem (9%)
4. Verschmutzung, Umwelt (6%)	...	4. Klimawandel (10%)	...
5. Klimawandel (6%)	...	...	...
...	10. Klimawandel (3%)	...	...
...	...	...	...
...	12. Verschmutzung, Umwelt (2%)	...	12. Verschmutzung, Umwelt (2%)
...	...	...	13. Klimawandel (2%)

Tabelle 1: Einschätzung der wichtigsten nationalen Themen in den nächsten 20 Jahren. Prozentwerte entsprechen dem Anteil der Befragten, die das jeweilige Thema nannten (Steentjes et al. 2017, eigene übersetzte Darstellung).

<sup>19</sup> Da „allgemeinhin“ Wirtschaftswachstum als Instrument gegen Arbeitslosigkeit angesehen wird, ist dieser umgekehrte Zusammenhang mit der Sorge um die Umwelt naheliegend.

Die individuelle wie öffentliche Meinungsbildung und Entscheidungsfindung findet insbesondere bei komplexen Inhalten häufig über „Abkürzungen“ statt. Aufrufe oder Hinweise von Eliten („elite cues“) werden aufgegriffen und zur Entscheidungsfindung herangezogen. „Eliten“ sind in diesem Zusammenhang zum Beispiel Experten auf dem betreffenden Gebiet, verfolgen die gleichen politischen Ziele oder ihnen wird ein gutes Urteilsvermögen zugesprochen. Elite cues sind in hochkomplexen Gesellschaften notwendig für die demokratische Teilhabe. Für die Güte der über diese Abkürzung getroffenen Entscheidungen ist es wesentlich, welche elite cues überhaupt angeboten werden, wie breit das Spektrum der Alternativen ist und in welcher inhaltlichen Tiefe diese vorliegen: „It is equally clear, however, that citizens' political decision making falls short of traditional democratic norms, with negative consequences for both individual preference formation and aggregate opinion as well“ (Gilens und Murakawa 2002:43). Die „Balance der Stimmen“ in Bezug auf die Häufigkeit der Wiedergabe in den Medien ist ein kritischer Faktor. Werden vom Mainstream abweichende elite cues entsprechend ihrer „Häufigkeit“ selten dargestellt, erreichen diese weniger Engagierte nicht. Sind sie „überrepräsentiert“, wird es für viele schwieriger die geeigneten Eliten zu identifizieren. Die journalistische Norm ausgeglichener Berichterstattung kann zu einer verzerrten Darstellung führen, wie dies Boykoff und Boykoff (2004) für den Fall des wissenschaftlichen Konsenses über die globale Erwärmung zeigen. Gleichzeitig übt die Berichterstattung in den Medien zwar einen wesentlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung zum Klimawandel aus, ist aber selbst Ergebnis von elite cues die aus dem politischen Diskurs hervorgehen (Carmichael und Brulle 2017).

Das Konzept der psychologischen Distanz kann zur Erklärung nicht stattfindender Verhaltensänderung als auch zur Erklärung von Klimaskeptizismus herangezogen werden. Im Allgemeinen wird der Klimawandel als etwas wahrgenommen, der am wahrscheinlichsten räumlich und zeitlich entfernte Orte und Menschen betrifft. Dazu kommt, dass das eigene Risiko in der Regel als geringer eingeschätzt wird, als das gesellschaftliche (Spence, Poortinga und Pidgeon 2011). Die vierte Dimension psychologischer Distanz neben der räumlichen, zeitlichen und sozialen ist Unsicherheit. Unsicherheit bezieht sich dabei auf das Stattfinden des Klimawandels, auf dessen Folgen als auch auf den wissenschaftlichen Konsens (Spence et al. 2011). Unabhängig davon, ob Klimaskeptizismus (und „klimarelevanten Verhalten“) entlang von Werten, gesellschaftlichen oder psychologischen Erklärungsmustern zu fassen gesucht wird, ist die Beziehung zu menschlichen Bedürfnissen und Ansprüchen relevant: “Through human history, environmental impact has largely been a by-product of human desires for physical comfort, mobility, relief from labor, enjoyment, power, status, personal security, maintenance of tradition and family, and so forth, and of the organizations and technologies humanity has created to meet these desires” (Stern 2000:408).

### **2.3 Neoliberalismus**

Liberalismus ist eine „Weltanschauung, die das Recht auf Freiheit, Eigenverantwortung sowie freie Entfaltung der einzelnen Person in den Mittelpunkt stellt (Individualismus) und eine Kontrolle oder Bevormundung des Einzelnen durch staatliche Einrichtungen vermindern bzw. verhindern will“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2016). Der Wirtschaftsliberalismus geht davon aus, dass das freie Spiel der Kräfte auf den Märkten, Adam Smith's „invisible hand“

(Smith 1937), auch zum größten gesellschaftlichen Wohl führt. Der Wirtschaftsliberalismus befürwortet eine freie Marktwirtschaft in die der Staat nicht eingreift.

Neoliberalismus kann wie folgt beschrieben werden: „Denkrichtung des Liberalismus, die eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit anstrebt, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft jedoch nicht ganz ablehnt, sondern auf ein Minimum beschränken will“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2016). Dabei wird eine Vielzahl an Strömungen und Schulen des Neoliberalismus unterschieden<sup>20</sup>. Staatliche Eingriffe in den Markt werden vom „klassischen Wirtschaftsliberalismus“ vollkommen abgelehnt, vom Neoliberalismus je nach Schule unterschiedlich stark.

Die dem Neoliberalismus zugrundeliegende neoklassische Theorie sieht Märkte als überlegenen Allokationsmechanismus an. Unter Anwendung des Marginalprinzips (Grenzkosten- und Grenznutzenbetrachtung) analysiert sie das Verhalten von Haushalten und Unternehmen („Mikroökonomie“). Die beiden Akteure sind dabei immer um Nutzenmaximierung bemüht und denken in Opportunitätskosten. Sie beziehen in ihre Entscheidungen also stets den entgangenen Nutzen möglicher Alternativen ein. Zentral ist dabei das Modell (oder besser: „Menschenbild“) des homo oeconomicus, eines sich uneingeschränkt rational verhaltenden Nutzenmaximierers. Der homo oeconomicus ist auch Kern der Humankapitaltheorie Gary Beckers, der Radikalisierung innerhalb neoliberaler Konzeptionen. Sie dekliniert die Gesellschaft in allen Bereichen ökonomisch durch (Plehwe und Walpen 1999). Becker erhielt 1992 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften "for having extended the domain of microeconomic analysis to a wide range of human behaviour and interaction, including nonmarket behaviour" (The Nobel Prize<sup>21</sup>).

Neoliberale Politik bedeutet ein konsequentes Zurückdrängen des Staates aus der Wirtschaft und auch „aus dem Leben“ der Bürger. Die neoliberale Epoche ab Mitte der 1970-er Jahre kennzeichnende Trends sind die Finanzialisierung<sup>22</sup> der Ökonomie, die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die Etablierung eines Standortwettbewerbs (Kowall 2013) und das Primat monetärer Stabilität (Plehwe und Walpen 1999). Das Zurückdrängen des Staates, wachsende Ungleichheiten und Standortwettbewerb gehen mit interessenbedingten Widerständen gegen klimapolitische Maßnahmen einher. Diese Interessenslagen sind gleichzeitig eine mögliche Ursache für die Leugnung des Klimawandels und dessen menschliche Verursachung.

### **Neoliberale Vormachtstellung**

Nach Hayek (1949) bedürfen Ideen der institutionellen Vermittlung, denn diese Ideen schaffen das charakteristische Meinungsklima einer Periode, das für die Aufnahme einiger Meinungen günstig und für andere ungünstig ist. Es sei dieses Klima das verändert werden muss, um den

---

<sup>20</sup> Nicht nur die Vielzahl an Strömungen und Schulen, auch die teils schwierige und strittige Zuordnung der „Denker“ des Neoliberalismus verunmöglicht eine stets trennscharfe Verwendung der Begrifflichkeiten. Für den Kontext dieser Arbeit ist es ausreichend, die Grundzüge (neo-)liberaler Weltanschauung zu skizzieren.

<sup>21</sup> <https://www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/1992/summary/>, abgerufen am 7.2.2019.

<sup>22</sup> Unter Finanzialisierung versteht man „den Aufstieg der Finanzwirtschaft zur Leitindustrie und die stufenweise Unterwerfung aller anderen Wirtschaftsbereiche unter die Logik der Finanzbranche“ (Kowall 2013:21).

Liberalismus als Weltanschauung durchzusetzen. Es gehe dabei um eine langfristige Veränderung im Charakter der Menschen<sup>23</sup> (Plehwe und Walpen 1999). Hayek rief daher 1947 die Mont Pelerin Society ins Leben. "The Mont Pelerin Society is composed of persons who [...] see danger in the expansion of government, not least in state welfare, in the power of trade unions and business monopoly, and in the continuing threat and reality of inflation" (Mont Pelerin Society<sup>24</sup>). Mit Blick auf die Gewinnung von Hegemonie ist erwähnenswert, dass zwischen 1974 und 2010 neun Mitglieder der Mont Pelerin Society einen Nobelpreis erhielten. Acht davon, darunter F.A. von Hayek, Milton Friedman, Gary Becker und Vernon Smith<sup>25</sup>, in Ökonomie (Mont Pelerin Society<sup>26</sup>).

Aufgeklärter Liberalismus gestaltet die zentralen Werte unserer Gesellschaft, die unsere Vorstellungen von Erwartungen und Verpflichtungen im Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, anleiten (Jacques 2006). Jacques greift auf Dunlap und Van Liere zurück und nennt als die zentralen Werte: "(1) commitment to limited government. (2) support for free enterprise, (3) devotion to private property rights. (4) emphasis upon individualism, (5) fear of planning and support for the status quo, (6) faith in the efficacy of science and technology. (7) support for economic growth, and (8) faith in future abundance" (1984:1015). Die Vormachtstellung liberaler Werte prägt das „dominant social paradigm“. Dunlap und Van Liere (1984) haben einen negativen Zusammenhang zwischen dem im Zitat durch acht Faktoren beschriebenen „dominant social paradigm“ und „Umweltbewusstsein“ festgestellt (vgl. dazu die obige Diskussion der Anti-Reflexivitätsthese).

### **Neoliberalismus und Rechtspopulismus**

Mudde (2008) unterscheidet innerhalb der radikalen Rechten, je nach ideologischer Kernideologie (Neoliberalismus oder Nationalismus), zwischen neoliberalen Populismus und radikalem Rechtspopulismus. Eine neoliberale Kernideologie ist bei nur wenigen rechtspopulistischen Parteien über in aller Regel nur begrenzte Zeiträume zu beobachten (Mudde 2007). Judis (2016) sieht den Aufschwung des Populismus in den letzten Jahrzehnten als Ausdruck der Unzufriedenheit mit neoliberalen Politiken. Auch sind neoliberale und rechtspopulistische Positionen beispielsweise hinsichtlich des Freihandels<sup>27</sup> oder des Großkapitals konträr. Dennoch können mehrere Gemeinsamkeiten zwischen einer neoliberalen Weltanschauung und dem Rechtspopulismus, mit seinen zentralen Werten Nativismus und Autoritarismus, festgestellt werden. Butterwegge (2018) hält die Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit der Menschen als Grundkonstante beider Geistesströmungen fest. Dazu tritt der Standortnationalismus, der wie eine ideologische Brücke fungiert: „Der neuere Standortnationalismus ist ein auf die

---

<sup>23</sup> Zur wechselseitigen Beeinflussung von Gesellschaftscharakter und dem Charakter des Individuums vgl. z.B. Fromm (1976).

<sup>24</sup> <https://www.montpelerin.org>, abgerufen am 16.5.2019.

<sup>25</sup> Ehrenpräsident des Hayek Instituts in Wien (<https://www.hayek-institut.at/vorstand/smith-vernon/>), abgerufen am 4.6.2019).

<sup>26</sup> <https://www.montpelerin.org/notable-members/>, abgerufen am 16.5.2019.

<sup>27</sup> So lehnt etwa die FPÖ TTIP und CETA unter anderem wegen drohender Souveränitätsverluste, Intransparenz und mangelnder demokratischer Legitimierung ab (FPÖ 2017b).

Weltökonomie angewandter Sozialdarwinismus, welcher unter Berufung auf ‚nationale Tugenden‘ die Überlegenheit des eigenen Industriestandortes gegenüber anderen Volkswirtschaften einklagt. Er kommt – wie bisher noch jede Gefahr für die Demokratie – aus dem Zentrum, also nicht etwa von den ‚Rändern‘ bzw. ‚Randgruppen‘ der Gesellschaft, wobei er die Überzeugung vieler Menschen ausnutzt, einem besonders fleißigen, tüchtigen und intelligenten Volk anzugehören. Was den Standortnationalismus für die Eliten in Wirtschaft, Politik und Verwaltung besonders attraktiv macht, ist die damit verbundene Möglichkeit, den ArbeitnehmerInnen ‚zwecks Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit‘ materielle Opfer abzuverlangen“ (Butterwegge 2001:21). Der Nationalstaat ist im internationalen Wettbewerb ein „konkurrenzgetriebener Betrieb“ und „wir“ stehen im Wettbewerb mit den „anderen“ – ein Klima das Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. Eine weitere Gemeinsamkeit ist der staatskritische Charakter beider Ideologien. Dieser liegt bei den (Rechts)-populisten im generellen Misstrauen gegenüber den (politischen) Eliten begründet, im Neoliberalismus in der Überzeugung von der Überlegenheit der freien Märkte. In diesem Zusammenhang ist beiden auch die Forderung nach weniger Steuern gemein.

Schließlich kann der autoritäre Populismus (Anm. der Autoritarismus rückt hier in den Vordergrund) als die dritte Entwicklungsphase des Neoliberalismus nach der Krise von 2007/08 interpretiert werden: „es ist nicht zu Bemühungen um eine neue Form von Hegemonie gekommen, sondern zu einer Rechtsverschiebung“ (Demirovic 2018:32).

### **Neoliberalismus und organisierter Klimaskeptizismus**

Bei Umweltskeptizismus geht es nicht um Wissenschaft, es geht um Politik. Skeptizismus war von Anfang an Teil eines breiteren Stromes der politisch rechten Bewegung (Jacques 2006). Krange et al. (2019) nehmen an, dass die Leugnung des Klimawandels nur eine Facette einer allgemeineren Ablehnung gegen verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen ist. Etwa im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum, der Globalisierung und den Beziehungen zu anderen sozialen Gruppen. Diese Annahme ist konsistent zur Anti-Reflexivitätsthese. Die prominenteste Manifestation der Anti-Reflexivitätsthese ist das „US-based climate change denial countermovement, which is driven heavily by the conservative movement“ (McCright et al. 2016b:184). Björnberg et al. (2017) unterscheiden in ihrem Überblick zur wissenschaftlichen Literatur zwischen 1990 und 2015 über Klima- und Umweltskeptizismus sechs Gruppen von Akteuren<sup>28</sup>, wobei sie unter den politischen Organisationen CTTs (Conservative Think Tanks) anführen. Diese sind die zentralen Akteure der organisierten Klimawandelleugnung. CTTs können als „...non-profit, public policy research and advocacy organisations that promote core conservative ideals such as ‚free enterprise‘, ‚private property rights‘, ‚limited government‘ and ‚national defense““ beschrieben werden (Jacques, Dunlap und Freeman 2008:355).

In den USA kamen CTTs in den 1970-er Jahren als Antwort der Konservativen auf postmaterielle Bewegungen wie die soziale Bewegung, die Umweltbewegung und die Frauenbewegung, auf. Sie haben dort wesentliche Gestaltungsmacht in der Innen- und Außenpolitik erlangen können (Jacques et al. 2008). CTTs agieren nicht isoliert voneinander, sondern sind breit vernetzt. So bestehen enge Verbindungen zwischen US-amerikanischen, australischen und

---

<sup>28</sup> Wissenschaftler, Regierungen, politische und religiöse Organisationen, die Industrie, Medien, die Öffentlichkeit.

europäischen Think Tanks. Sowohl im globalen Netzwerk neoliberaler Think Tanks der Atlas Foundation als auch im europäischen Stockholm Netzwerk<sup>29</sup> finden sich zahlreiche Think Tanks die klimaskeptisches Material erzeugen oder verteilen (Plehwe 2014; Björnberg et al. 2017).

CTTs werden von Ökonomen, Politikwissenschaftlern und Juristen dominiert. Die wenigen Naturwissenschaftler, die deren Positionen unterstützen, sollen verschleiern, dass die skeptische Position stark mit Konservatismus und den von ihm repräsentierten wirtschaftlichen Interessen, verbündet ist (Jacques et al. 2008). Die Vormachtstellung der Ökonomie als Disziplin ergibt sich nicht zuletzt auch daraus, dass diese für eine normative Debatte bzw. eine politische Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und seinen Folgen geeigneter ist, als Natur- oder Geowissenschaften es sein können<sup>30</sup>.

Die Argumentationsstränge der klimaskeptischen Bewegung sind vielfältig. Skeptizismus tritt dabei als Trend-, Ursachen-, Folgen- oder Konsensskeptizismus in Erscheinung oder argumentiert überhaupt entlang einer anderen Linie und zielt, mit Partikularinteressen (der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, der Konsumenten, der Autofahrer etc.) argumentierend, auf Folgen der Klimapolitik ab. Es lassen sich unterschiedliche Framings beobachten, wenn es um die Opposition zur Klimapolitik geht (Cann und Raymond 2018). Eine Gruppe von Argumenten zielt auf die Wissenschaft bzw. den Wissenschaftsprozess. Sie zweifeln die wissenschaftliche Evidenz für den Klimawandel an, stellen diese als unsicher dar, stellen die Klimawissenschaften als ‚junk‘-Wissenschaften dar oder behaupten, das IPCC wandle seine Berichte absichtlich so ab, dass wissenschaftlicher Konsens dargestellt werden könne. Auch wird der Klimawandel als ein Mythos dargestellt, der von Umweltschützern und politischen Eliten aufrechterhalten wird. Die Klimawissenschaften seien durch politische Agenden korrumpiert (Verschwörungstheorien). Klimaskeptiker nehmen außerdem gerne die Rolle des durch die Mainstreamwissenschaftler ausgeschlossenen Außenseiters – ‚speaking truth to power‘ – ein.

Eine weitere Gruppe von Argumenten zielt auf die Klimapolitik und argumentiert, dass diese mehr schade als nutze. Demnach schade je nach Argumentation Klimapolitik der Wirtschaft, der Industrie oder den Konsumenten. Es findet dabei eine Priorisierung wirtschaftlicher Probleme vor gesellschaftlichen Problemen und Umweltproblemen statt. Weiters wird unter anderem argumentiert, dass Klimapolitik die internationale Souveränität oder die Souveränität auf lokaler Ebene gefährde. Ebenso wird die Förderung unzuverlässiger Energiesysteme seitens der Klimapolitik unterstellt (Björnberg et al. 2017; Cann und Raymond 2018). Cann und Raymond (2018) stellen im Zuge ihrer Fallstudie anhand des Heartland Instituts (einer der führenden klimaskeptischen Think Tanks) eine Verlagerung des Framings hin zu mehr persönlichen Angriffen auf die Integrität von Klimawissenschaftlern fest. Außerdem werden neben den Angriffen auf die Wissenschaft zunehmend negative Effekte der Klimapolitik auf die Durchschnittsbevölkerung hervorgehoben. Aus den vorgebrachten Argumenten heraus, lässt sich

---

<sup>29</sup> Das Stockholm Netzwerk zählte bis zu über 130 Mitglieder. Der Besuch der Homepage ([stockholm-network.org](http://stockholm-network.org), abgerufen am 17.2.2019) lässt keine Aktivitäten seit 2009 erkennen. Laut LobbyControl ([https://lobbypedia.de/wiki/Stockholm\\_Network](https://lobbypedia.de/wiki/Stockholm_Network), abgerufen am 17.2.2019) ist das Netzwerk 2009 zerfallen. Das bedeutet jedoch nicht, dass dessen Mitglieder nicht mehr – z.B. über die Mont Pelerin Society – gut vernetzt sind.

<sup>30</sup> Die Vereinnahmung anderer Sozialwissenschaften durch die Ökonomie (über z.B. die Verallgemeinerung des Kosten-Nutzen-Denkens) wurde zuvor schon angesprochen.

die ablehnende Haltung von Klimaskeptikern gegenüber Regulierungen und gemeinschaftlicher Verantwortung erklären. Diese Haltung wiederum deckt sich mit jener liberaler Programmatik.

Ein weiteres Argumentationsmuster ist die Behauptung oder Klage, dass Umweltbewusstsein und Umweltschutz den Fortschritt und die Entwicklungen, die der „westlichen Modernität“ zugrunde liegen, bedrohen (Jacques et al. 2008). Dieser Argumentation liegt die tiefgehende anthropozentrische Ethik der konservativen umweltskeptischen Bewegung zugrunde. Umweltskeptiker glauben, dass die Moderne aus der Herrschaft über die Natur hervorgegangen ist: „To some, the song of scepticism sounds like a sweet song, laden with the security and power of modernity“ (Jacques 2006:97). Die Menschheit ist aus dieser ethischen Überzeugung heraus von der Natur völlig unabhängig<sup>31</sup>, eine wachsende Distanz zwischen Natur und menschlicher Zivilisation einer guten Gesellschaft inhärent. Die Ausbeutung der (nichtmenschlichen) Natur und nicht-dominanter Gruppen von Menschen wird über das (liberale) dominante soziale Paradigma institutionalisiert (Jacques 2006).

## **2.4 Mögliche Erklärungen zur Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus**

Die Frage nach den Ursachen der Kongruenz zwischen Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus führt je nach Zugang zu unterschiedlichen Erklärungsansätzen. Diese greifen in ihrer Argumentation auf strukturelle Ursachen der beiden Phänomene, auf interessensbasierte Erklärungen sowie auf die ideologischen Inhalte des Rechtspopulismus zurück.

Lockwood (2018) unterscheidet einen strukturellen und einen ideologischen Zugang. Der strukturelle Zugang führt zu im Wesentlichen interessensbasierten Erklärungsansätzen. Er betont die gemeinsamen Ursachen von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus. So haben Globalisierung und technologischer Wandel eine Gruppe von Verlierern hervorgerufen, die Rechtspopulismus unterstützen. Klimapolitik ist ein Element dieses Wandels, der eine Bedrohung darstellt. Daher gehen Feindseligkeit gegenüber der Klimapolitik und Klimaskeptizismus mit Rechtspopulismus einher.

Erklärungen auf Basis eines ideologischen Zugangs werden von Lockwood favorisiert, da der strukturelle Zugang (alleine) zu kurz greift. Die ideologischen Inhalte des Rechtspopulismus kombinieren „authoritarian and nationalistic values with anti-elitism, producing hostility to climate change as a cosmopolitan elite agenda, along with a suspicion of both the complexity of climate science and policy and of the role of climate scientists and environmentalists“ (2018:713).

Unterschiedliche Erklärungsansätze stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern können als sich gegenseitig ergänzend verstanden werden. Oftmals fließen sie auch ineinander über, wie dies an der Verteidigung des Status Quo ersichtlich wird. Sie lässt sich aus der Ideologie ableiten (z.B. dem Autoritarismus, s.u.) aber auch interessensbasiert argumentieren (z.B. CTT's, s.u.). Zudem spiegelt der Status Quo die vorherrschenden Strukturen unserer Gesellschaft und Wirtschaft wider.

---

<sup>31</sup> Aus ökonomischer Sicht bedeutet diese Unabhängigkeit die vollständige Substituierbarkeit von Natur.

In der Folge werden mögliche Erklärungen zur Verbindung von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus aufgeworfen. Diese beziehen sich auf rechtspopulistische Parteien oder auf deren Unterstützer.

### **Nativismus und die Angst vor dem Fremden**

Nativismus ist eine Haltung, wonach sowohl Personen als auch Ideen, die nicht nativ sind, den Nationalstaat grundlegend bedrohen (Mudde 2007). Weder die Bedrohung durch den Klimawandel im Sinne einer „Idee“, noch der daraus abgeleitete Kampf gegen ihn, sind nativ. Grundlage nationaler Klimapolitik sind Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen und Zusagen. Klimapolitik wird damit, durch in zweifacher Weise von außen kommend, als grundlegende Bedrohung für den Nationalstaat wahrgenommen. Rechtspopulistische Parteien weisen Umweltschutz nicht grundsätzlich zurück, er wird in den Kontext der Schönheit der Natur des eigenen Landes (der Nation) gesetzt und ist mit der Vorstellung der Nation als „begrenzt und souverän“ gut vereinbar. Klimapolitik jedoch hat hier keinen Platz, da das Transnationale die Idee der Souveränität untergräbt (Forchtner und Kølvråa 2015). Framings von Klimaskeptikern nehmen auf den Verlust nationaler Souveränität Bezug (Cann und Raymond 2018), fallen bei rechtspopulistischen Parteien auf fruchtbaren Boden und werden von diesen übernommen. Fremdenfeindliche Ansichten haben einen verstärkenden Effekt auf Klimaskeptizismus (McCright und Dunlap 2011; Krange et al. 2018), die Angst vor dem „Fremden“ als Bedrohung für die Nation ist ein Hauptmerkmal des Nativismus.

### **Bedrohungen und Autoritarismus**

Autoritarismus als das zweite Element des ideologischen Kerns rechtspopulistischer Parteien (Mudde 2007) weist einen starken Zusammenhang mit Klimaskeptizismus auf (Whitmarsh 2011; Poortinga et al. 2011). Autoritarismus als der Glaube an eine strenge Gesellschaftsordnung hängt, wie auch „social dominance orientation“ (SDO), mit der Motivation, den Status Quo zu verteidigen, zusammen. SDO wird als „a predisposition to support group-based social hierarchies and intergroup dominance“ (Häkkinen und Akrami 2014:62) definiert.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Bedrohung durch den Klimawandel generell autoritäre Einstellungen verstärkt. Beispielsweise in Form von Aggression gegenüber von der Norm abweichenden Gruppen (Anm.: „the social other“), die als Gefahr für die Gesellschaft (deren Sicherheit, Wohlstand und soziale Stabilität) wahrgenommen werden (Fritzsche et al. 2011). Dies würde bedeuten, dass letztlich die Bedrohung durch den Klimawandel selbst eine der Ursachen für Klimaskeptizismus ist.

### **Rückwärtsgewandtheit und die Bewahrung unserer Lebensweise**

Die zentralen Werte auf denen unsere Gesellschaft und unsere Lebensweise beruhen, sind durch das Aufkommen postmaterieller Werte in Bedrängnis geraten. Die rückwärtsgewandte und soziale Verhältnisse bewahrende Utopie des Rechtspopulismus (Taggart 2004; Priester 2011; Betz und Johnson 2004) ist im Einklang mit der Feststellung „Support for populist authoritarian parties is motivated by a backlash against cultural change“ (Inglehart und Norris 2017:16). Die zentralen Werte unserer Gesellschaft beinhalten Kernelemente konservativer



und neoliberaler Ideologie (Jacques 2006), die das bestehende industriell-kapitalistische System unterstützen. Die Bewahrung „unserer Lebensweise“ wird so zum gemeinsamen Ziel von Rechtspopulisten, Konservativen und Neoliberalen. Da wir von fossilen Energieträgern hochgradig abhängig sind (Suranovic 2013; Brand und Wissen 2016), sind Feindseligkeit gegenüber Klimapolitik und Klimaskeptizismus die Folge.

Das dominante soziale Paradigma ist der regelgebende Rahmen unserer Lebensweise. Jacques (2006) stellt fest, dass die Ausbeutung der (nichtmenschlichen) Natur über dieses institutionalisiert wird. Folglich kann von Umwelt- und Klimaskeptizismus, in Analogie zu Nativismus und Autoritarismus bei Mudde (2010), als „Pathological Normalcy“ gesprochen werden.

### **Vertrauen, Feindbilder und repräsentative Demokratie**

Sowohl innerhalb eines Landes als auch im Vergleich zwischen Ländern korreliert weniger Vertrauen in Regierungen positiv mit Klimaskeptizismus (Trantner 2015). Diese Feststellung trifft eines der Hauptmerkmale des Populismus, den Antagonismus zwischen dem Volk und den politischen Eliten (Mudde 2004), direkt. Soziales Vertrauen und Vertrauen in Regierungen sind auch maßgebliche Faktoren, wenn es um den Willen geht, sich an der Lösung eines kollektiven Problems wie dem Klimawandel zu beteiligen (Poortinga et al. 2014). Das für den Populismus typische Denken in Feindbildern (Decker und Lewandowsky 2009) aber mindert soziales Vertrauen. Darüber hinaus ist die Komplexität der Klimapolitik nicht geeignet, der häufigen Präferenz rechtspopulistischer Parteien für mehr direkte Demokratie zu entsprechen. „Populists also favor direct forms of majoritarian democracy for the expression of the voice of the people“ (Inglehart und Norris 2016).

Die EU-kritische Haltung rechtspopulistischer Parteien hat nicht nur eine nationalistische Komponente, auch hier kommen die feindselige Haltung gegenüber der politischen Elite und das Narrativ der Korrumpierung durch „the social other“ zum Tragen (Ostiguy und Casullo 2017). „The social other“, die als Feindbild dienende Minderheit, sind dabei die Klimawissenschaftler (Lockwood 2018).

Das Denken in Feindbildern ist nicht nur (wie oben erwähnt) hinderlich für soziales Vertrauen. Klimaskeptizismus kann auch als Ausdruck der Feindseligkeit gegenüber liberalen kosmopolitischen Eliten gesehen werden, da der Klimawandel durch und durch deren Thema ist (Lockwood 2018). Diese Interpretation ist im Einklang mit dem heuristischen Modell des Wettkampfes der Parteien bei Inglehart und Norris (2016), in dem sich Populismus und kosmopolitischer Liberalismus gegenüberstehen.

### **Interessenpolitisches Lobbying**

CTTs (Conservative Think Tanks s.o.) betreiben seit Jahrzehnten professionell Umwelt- und Klimaskeptizismus (Plehwe 2014) und werden dafür von der fossilen Industrie unterstützt (Oreskes und Conway 2011; Greenpeace 2011). Laut Carbon Majors Report lassen sich im Zeitraum von 1988 bis 2015 72% aller Treibhausgasemissionen auf die einhundert führenden Produzenten fossiler Energieträger zurückführen (Carbon Majors Report 2017). CTTs als „issue advocates“ (Pielke 2007) finden in Richtung rechtspopulistischer Parteien gleich mehrere Anknüpfungspunkte. Zunächst tragen die Gemeinsamkeiten von Akteuren hinter CTTs

und von Rechtspopulisten (wie die staatskritische Haltung, Standortnationalismus, die Verteidigung des Status Quo) – wenn auch unterschiedlich motiviert – zu einer Ablehnung von Klimapolitik bei. Rechtspopulistische Parteien sind aber für „professionellen Klimaskeptizismus“ möglicherweise auch leichter zugänglich als andere, da ähnliche Kommunikationsmuster vorliegen. Beide positionieren sich gerne als Außenseiter im Kampf gegen eine „Übermacht“ (die mainstream-Wissenschaft bzw. die etablierten Parteien und deren Eliten). Beide sind zugänglich für Verschwörungstheorien (die Klimawissenschaftler und die korrupten Eliten). Die Komplexität des Themas eröffnet den Klimaskeptikern Angriffsflächen (Oreskes und Conway 2011), für Rechtspopulisten ist sie aufgrund der dadurch entstehenden Distanz ein Auslöser von Misstrauen (Lockwood 2018).

Sowohl die in Kapitel 2.2 zunächst dargestellten Erhebungsergebnisse als auch die Bezugnahmen auf die value-beliefs-norms Theorie (Stern et al. 1995; Stern 2000), die Anti-Reflexivitätsthese (McCright et al. 2016) und den Kampf um das „dominant social paradigm“ (Jacques 2006) legen die Vermutung nahe, dass Klimaskeptizismus überwiegend im politisch rechten Spektrum anzutreffen ist. In diesem Zusammenhang hält Lockwood fest „it is also important to note that RWP [right wing populism] is generally climate skeptical and hostile to climate policy, whereas LWP [left wing populism] is not“ (2018:714).

Rechtspopulistische Parteien stellen nur einen Teil der politisch Rechten dar. Diese werden mit den oben erarbeiteten Erklärungsansätzen, die die Ideologie des Rechtspopulismus ins Zentrum rücken, angesprochen. Der ideologische Kern des Rechtspopulismus aber auch seine Kommunikationsstrategien, führen dazu, dass er klimaskeptische Positionen „aus sich selbst heraus“ generiert. Auch übt er eine Art Verstärkerfunktion aus, da etwa über "elite cues" Parteipositionen und Meinungen der Funktionäre von deren Anhängern übernommen werden.

In den späteren Fallstudien wird versucht die hier (Kapitel 2.4) aufgeworfenen Erklärungsansätze, für die die Kapitel 2.1 bis 2.3 die Grundlagen aufbereitet haben, anhand empirischen Materials nachzuvollziehen.

### 3 Rechtspopulistische Parteien in Westeuropa und Klimaskeptizismus

Dieses Kapitel geht der Frage nach der Stärke des Zusammenhangs von Rechtspopulismus einerseits und Klimaskeptizismus andererseits in Westeuropa nach.

Der folgende Überblick umfasst die rechtspopulistischen Parteien aus den EU-15, die entweder in ihren nationalen Parlamenten vertreten sind oder Sitze im Europäischen Parlament innehaben. Die Auswahl der Parteien basiert auf Schellenbergs (2017) Überblick zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in Europa, wobei die als rechtsextrem eingestuften Parteien „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ und „Goldene Morgenröte“ (Griechenland) mangels populistischer Ausrichtung aus der weiteren Darstellung ausgeschlossen wurden. Hinzu kommen die „Unabhängigen Griechen“, eine rechtspopulistische Abspaltung der „Nea Demokratia“ (bpb 2012) sowie die spanische „VOX“.

Die Stärke der Parteien wird anhand ihrer Sitze in den nationalen Parlamenten<sup>32</sup> (CIA World Factbook 2019, sofern nicht anders angegeben) sowie im Europäischen Parlament (EP 2019a; EP 2019b) dargestellt. Diese Darstellung spiegelt deren Gewicht in den Parlamenten wider. Durch die Angabe der Sitze im scheidenden EU-Parlament<sup>33</sup> wird ersichtlich, dass viele der Parteien auf europäischer Ebene durch personelle Fluktuationen und Abspaltungen geprägt sind. Diese Dynamik innerhalb der Parteien wäre durch eine bloße Angabe des zuletzt erzielten Anteils an Wählerstimmen nicht erkennbar.

Schaller und Carius (2019) kategorisieren 21 rechtspopulistische und/oder rechtsextreme Parteien Europas in Bezug auf deren klimaskeptische Haltung auf Basis ihrer Parteiprogramme, Aussagen von Parteifunktionären und -sprechern sowie deren Presseaussendungen. Für diesen Überblick wurden die drei Kategorien wie auch die Zuordnung der Parteien übernommen<sup>34</sup>, wobei die „Unabhängigen Griechen“, die „Alternative Demokratische Reformpartei“ (Luxemburg) sowie die spanische „VOX“ ergänzt wurden. Die drei Kategorien sind:

- Leugner und Skeptiker: ““Denialist | Sceptical” parties cast doubt on the scientific consensus on humaninduced climate change or explicitly reject evidence beyond reasonable doubt” (Schaller und Carius 2019:10).
- Zurückhaltende oder keine Position: ““Disengaged | Cautious” parties either have no position on climate change or attribute little importance to the problem” (Schaller und Carius 2019:11).
- Zustimmende: ““Affirmative” parties support the scientific mainstream and recognise the danger that climate change poses to the world and their own countries” (Schaller und Carius 2019:12).

<sup>32</sup> Stand März 2019. Die danach stattgefundenen Parlamentswahlen in Finnland (14.4.2019), Spanien (28.4.2019), Dänemark (5.6.2019) und Griechenland (7.7.2019) wurden berücksichtigt.

<sup>33</sup> Da die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 im Laufe der Erstellung dieser Arbeit stattfanden, finden sich in der Übersichtstabelle auch deren Ergebnisse.

<sup>34</sup> Die Übernahme erfolgte nachdem die Quellen von Schaller und Carius gründlich nachrecherchiert wurden und die Zuordnung damit nachvollziehbar war.

Untenstehende Tabelle (2) gibt einen Überblick der Ergebnisse, die anschließende Darstellung der Parteien enthält zusätzlich ausgewählte Beispiele ihrer Haltung zum Klimawandel.

Land <sup>35</sup>	Partei	Sitze im nationalen Parlament (von insgesamt)	Sitze <sup>36</sup> im europäischen Parlament und Fraktion <sup>37</sup>	Positionierung zum Klimawandel
BE	Vlaams Belang	3 / 150	2014: 1 NI Zuletzt: 1 ENF 2019: 3 ID	Zurückhaltende oder keine Position
DK	Dänische Volkspartei	16 / 179	2014: 4 EKR Zuletzt: <sup>38</sup> 3 EKR 2019: 1 ID	Leugner und Skeptiker
DE	Alternative für Deutschland	91 <sup>39</sup> / 709	2014: 7 EKR Zuletzt <sup>40</sup> : 1 EFDD 2019: 11 ID	Leugner und Skeptiker
	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	-	2014: 1 NI Zuletzt: 1 NI 2019: 0	nicht erhoben
FI	Die Finnen	39 / 200	2014: 2 EKR Zuletzt: 2 EKR 2019: 2 ID	Zustimmende
FR	Rassemblement National	8 / 577	2014: 23 NI (als Front National) Zuletzt <sup>41</sup> : 14 ENF 2019: 22 ID	Zurückhaltende oder keine Position

<sup>35</sup> BE-Belgien, DK-Dänemark, DE-Deutschland, FI-Finnland, FR-Frankreich, GB-Vereinigtes Königreich, GR-Griechenland, IE-Irland, IT-Italien, LU-Luxemburg, NL-Niederlande, AT-Österreich, PT-Portugal, SE-Schweden, ES-Spanien.

<sup>36</sup> Sitze bei der konstituierenden Sitzung nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 und vorläufige Sitzverteilung (Stand 14.6.2019) nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 (EP 2019b).  
Zuletzt: Sitze im scheidenden Parlament (Stand: April 2019) (EP 2019a; EP 2019b).

<sup>37</sup> EFDD: Europa der Freiheit und der direkten Demokratie, EKR: Europäische Konservative und Reformier, ENF: Europa der Nationen und der Freiheit, ID: Identität und Demokratie (2019 gegründet), NI: Fraktionslos.

<sup>38</sup> Rikke Karlsson wurde für die dänische Volkspartei in das Europäische Parlament gewählt. Sie trat 2015 aus der Partei aus und war zuletzt fraktionslos (<https://www.altinget.dk/artikel/eu-parlamentariker-forlader-df-i-protest>).

<sup>39</sup> Stand März 2019 nach der Abspaltung Frauke Petrys mit der blauen Partei (Deutscher Bundestag 2019e, abgerufen am 12.3.2019 ([www.bundestag.de/parlament/fraktionen?url=L3BhcmxhbWVudC9wbGVudW0vc2I0enZlcnR-laWx1bmdfMTI3cC9zaXR6dmVydGVpbHVuZzE5LTUyOTUyNA==&mod=mod485836](http://www.bundestag.de/parlament/fraktionen?url=L3BhcmxhbWVudC9wbGVudW0vc2I0enZlcnR-laWx1bmdfMTI3cC9zaXR6dmVydGVpbHVuZzE5LTUyOTUyNA==&mod=mod485836))).

<sup>40</sup> Marcus Pretzell wurde für die AfD in das Europäische Parlament gewählt. Er trat 2017 aus der AfD aus (Rathcke und Bialdiga 2017) und gehörte seither der blauen Partei (Fraktion ENF) an. Weitere 5 Parlamentsmitglieder gehören ebenfalls nicht mehr der Alternative für Deutschland an, wobei vier davon fraktionslos sind und eines der Fraktion EKR zugehörig ist.

<sup>41</sup> Neun der ursprünglich 23 für den Front National gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments gehören mittlerweile nicht mehr der als Rassemblement National neubenannten Partei an. Die Abgeordneten gehören unterschiedlichen Fraktionen (5 EFDD, 1 ENF, 3 NI) an und vertreten verschiedene nationale Parteien (2 Front National, 2 Les Patriotes, 2 Debout la France, 1 Rassemblement bleu Marine, 1 Les Français Libres, 1 Unabhängiger).

Land	Partei	Sitze im nationalen Parlament (von insgesamt)	Sitze im europäischen Parlament und Fraktion	Positionierung zum Klimawandel
GR	Goldene Morgenröte	0 / 300	2014: 3 NI Zuletzt <sup>42</sup> : 2 NI 2019: 2 NI	nicht erhoben
	Unabhängige Griechen	Zuletzt: 10 / 300 2019: nicht kandidiert	2014: 1 EKR Zuletzt <sup>43</sup> : 0 2019: 0	nicht zugeordnet
IE	-	-	-	-
IT	Lega Nord/ Lega	123 / 628 <sup>44</sup>	2014: 5 NI Zuletzt <sup>45</sup> : 6 ENF 2019: 28 ID	Zurückhaltende oder keine Position
LU	Alternative Demokratische Reformpartei	4 / 60	-	Zustimmende
NL	Partei für die Freiheit	20 / 150	2014: 4 NI Zuletzt: 4 ENF 2019: 0	Leugner und Skeptiker
AT	Freiheitliche Partei Österreichs	51 / 183	2014: 4 NI Zuletzt: 4 ENF 2019: 3 ID	Leugner und Skeptiker
PT	-	-	-	-
SE	Schwedende-mokraten	62 / 349	2014: 2 EFDD Zuletzt: 2 EKR 2019: 3 EKR	Leugner und Skeptiker
ES	VOX	24/350	2019: 3	nicht zugeordnet
GB	UK Independence Party	0 / 650	2014: 24 EFDD Zuletzt <sup>46</sup> : 3 EFDD, 2 ENF, 1 NI 2019: 0	Leugner und Skeptiker

Tabelle 2: Übersicht rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in den EU-15, ihren Sitzen in den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament sowie die Einstufung ihrer klimapolitischen Positionierung.

<sup>42</sup> Eleftherios Synadinos gehört der „Patriotic Radical Union“ und nicht mehr der Goldenen Morgenröte an.

<sup>43</sup> Der für die unabhängigen Griechen 2014 ins Europäische Parlament gewählte Vertreter (Notis Marias) ist nicht mehr Mitglied der Partei.

<sup>44</sup> Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments (<http://www.camera.it/leg18/46>, abgerufen am 2.6.2019).

<sup>45</sup> Der Abgeordnete Marco Zanni wechselte von der 5-Sterne Bewegung zur Lega Nord.

<sup>46</sup> UKIP befindet sich seit dem erfolgreichen Brexit-Referendum und dem Rücktritt Nigel Farages als Parteichef in einer mit zahlreichen Austritten verbundenen Krise (BBC 2018). Von den ursprünglich 24 Abgeordneten finden sich 12 in der Brexit Party (Fraktion EFDD), 1 in der Conservative Party (Fraktion EKR), 1 bei der Social Democratic Party (Fraktion EFDD) und 7 als unabhängige wieder (5 in der Fraktion EFDD, 1 in der Fraktion ENF, 1 NI).

## Belgien

Vlaams Belang erreichte bei den Wahlen 2014 zur belgischen Abgeordnetenversammlung 3,7% und erhielt damit 3 von 150 Sitzen (CIA World Factbook 2019). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 gewann Vlaams Belang 2 Mandate dazu und hält künftig damit 3 Sitze. Vlaams Belang gehört der Fraktion ID an (EP 2019b).

2014 beklagte Vlaams Belang in einem Newsposting auf seiner Parteihomepage eine einseitige Medienberichterstattung in Bezug auf den Konsens in der Wissenschaft. Die Partei spielte auf eine verborgene Agenda, mit dem Ziel Steuern einzuheben und Budgets zu sanieren, an (Vlaams Belang 2014). 2016 hat sich Vlaams Belang im flämischen Parlament aufgrund von Vorbehalten zur Resolution für „eine starke flämische Klimapolitik“ der Stimme enthalten (Vlaams Belang 2016). Die Partei kritisiert unrealistische Ziele der Klimapolitik und deren Kosten (Vlaams Belang 2017). Nach Schaller und Carius (2019) hat Vlaams Belang keine klare Positionierung zum anthropogen verursachten Klimawandel.

## Dänemark

Die Dänische Volkspartei (DF) hat bei den nationalen Parlamentswahlen im Juni 2019 stark verloren und hält in Zukunft 16 (bisher 37) von 179 Sitzen (Danmarks Statistik<sup>47</sup>). Sie stellte nach den Wahlen 2014 vier Abgeordnete zum Europäischen Parlament (Fraktion EKR). Bei den Wahlen 2019 verlor sie drei Mandate (EP 2019b) und schloss sich der Fraktion ID an.

Die Dänische Volkspartei erkennt in ihrem Arbeitsprogramm 2009 den Klimawandel an, ist aber skeptisch in Bezug auf den anthropogenen Beitrag (Gemenis, Katsanido und Vasilopoulou 2012), also ursachenskeptisch. Dies veranschaulicht eine Aussage ihres Klimasprechers in der er den menschengemachten Klimawandel als eine These bezeichnet und zu dem Schluss kommt, dass es sich solange es keinen wissenschaftlichen Konsens gäbe, dabei um eine Glaubensfrage handle (Friis Wang 2018). Die Partei stellt sich auf nationaler Ebene mit dem Argument der Belastung der Wirtschaft und des Steuerzahlers meist gegen klimapolitische Maßnahmen, ihr Stimmverhalten auf europäischer Ebene ist im Vergleich zu anderen rechtspopulistischen Parteien „klimafreundlich“ (Schaller und Casius 2019).

## Deutschland

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist mit 91 Sitzen drittstärkste Kraft im deutschen Bundestag (Deutscher Bundestag 2019<sup>48</sup>). Im Europäischen Parlament fielen ihr bei den Wahlen 2014 7 Sitze zu, zuletzt hielt sie einen (EP 2019a, EP 2019b). Bei den Wahlen 2019 konnte die AfD die Zahl ihrer Mandate auf 11 ausbauen. Die AfD gehört der Fraktion ID an.

Klimaskeptizismus und Widerstand gegen Klimapolitik gehören zu den Hauptmerkmalen der AfD (Schaller und Carius 2019). Dies verdeutlichen zwei Beispiele: Im Grundsatzprogramm der Partei heißt es etwa „Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulati-

---

<sup>47</sup> <http://www.dst.dk/valg/Valg1684447/valgopg/valgopgHL.htm>, abgerufen am 12.6.2019.

<sup>48</sup> <https://www.bundestag.de/parlament/fraktionen?url=L3BhcmxhbWVudC9wbGVudW0vc2l0enZlcnRlaWx1bmdfMTI3cC9zaXR6dmVydGVpbHVuZzE5LTUyOTUyNA==&mod=mod485836>, abgerufen am 12.3.2019.

onen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens“ (AfD 2016a:156). Der Fraktionsvorsitzende der AfD im deutschen Bundestag, Alexander Gauland, stellt in einer Pressemitteilung vom 13.3.2019 fest: „Der von VW angekündigte Abbau von Arbeitsplätzen zeigt, wohin die immer stärker religiöse Züge tragende Klimahysterie führt, wenn wir nicht endlich zur Vernunft kommen. Der von den Grünen vorangetriebene Kampf gegen den Verbrennungsmotor bedroht das Fundament unserer Wirtschaft und damit unseren Wohlstand“ (AfD 2019b). Die AfD steht dem „Europäischen Institut für Klima und Energie“ (EIKE), einer Organisation von Klimawandelleugnern nahe (Schaller und Carius 2019; ARD 2018<sup>49</sup>).

### **Finnland**

Die Finnen wurden bei den Parlamentswahlen im April 2019 zweitstärkste Kraft und halten 39 von 200 Sitzen im nationalen Parlament (Parlament von Finnland<sup>50</sup>). Im Europäischen Parlament werden die Finnen wie bisher mit zwei Mandaten, nunmehr in der Fraktion ID vertreten sein (EP 2019b).

Die Finnen erkennen den anthropogen verursachten Klimawandel an. Sie opponieren aber meist gegen die nationale wie europäische Klimapolitik (Schaller und Casius 2019).

### **Frankreich**

Rassemblement National (RN) konnte bei den letzten Wahlen 2017 im ersten Wahldurchgang einen Stimmanteil von 13,2% erzielen. Aufgrund des Wahlmodus in Frankreich (ein Mehrheitswahlrecht) ist RN dennoch mit nur 8 von 577 Sitzen in der Nationalversammlung vertreten (CIA World Factbook 2019). Bei den Wahlen zum europäischen Parlament war die damalige Front National mit 24,9% stimmenstärkste Partei Frankreichs und erhielt 23 Mandate. Zuletzt stellte RN 14 Abgeordnete zum Europäischen Parlament in der Fraktion ENF (EP 2019a). Bei den Wahlen 2019 wurde RN mit 23,3% der Stimmen und 22 Mandaten (Fraktion ID) erneut stärkste Fraktion Frankreichs (EP 2019b).

RN äußert sich kaum zum Thema Klimawandel. Klimapolitik wird weitestgehend abgelehnt, jedoch nicht mit klimaskeptischen Argumenten (Schaller und Carius 2019). RN setzt auf Ökonationalismus (Aronoff 2015), während die UNFCCC<sup>51</sup> als kommunistisches Projekt bezeichnet wird (Schaller und Carius 2019). Marine Le Pen, die sich zuvor gelegentlich klimaskeptisch äußerte, anerkannte in ihrem Präsidentschaftswahlkampf einen menschlichen Beitrag zum Klimawandel (Mowat 2017).

### **Griechenland**

Die Unabhängigen Griechen (ANEL) hatten zuletzt 10 von 300 Sitzen im griechischen Parlament inne (CIA World Factbook 2019). Bei den Parlamentswahlen im Juli 2019 kandidierte

---

<sup>49</sup> <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-klimawandel-durch-kosmische-strahlung-klimawandel-leugner-im-parlamentarischen-alltag-100.html>, abgerufen am 3.6.2019.

<sup>50</sup> <https://www.eduskunta.fi/EN/kansanedustajat/eduskuntaryhmät/Pages/default.aspx>, abgerufen am 3.6.2019.

<sup>51</sup> United Nations Framework Convention on Climate Change.

ANEL nicht (Griechisches Innenministerium<sup>52</sup>). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 erhielten sie ein Mandat, in Zukunft sind sie dort nicht mehr vertreten (EP 2019b). In Bezug auf deren Haltung gegenüber dem Klimawandel kann zu ANEL keine gesicherte Aussage getroffen werden<sup>53</sup>.

### **Irland**

In Irland ist zur Zeit keine rechtspopulistische Partei im Unterhaus vertreten (Schellenberg 2017). Auch keiner der 11 irischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament gehört einer rechtspopulistischen Partei an (EP 2019a).

### **Italien**

Die Lega ist Regierungspartei und mit 123 (von 628) Sitzen im Parlament vertreten (Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments 2019<sup>54</sup>). Sie hat bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 34,3% der Stimmen und damit 28 Mandate erhalten. Die Lega gehörte zuletzt der Fraktion ENF an (EP 2019b), nunmehr der Fraktion ID, die von der Lega ins Leben gerufen wurde und deren Fraktionschef Marco Zanni ist.

Während Gemenis et al. (2012) bei der damaligen Lega Nord Ursachenskeptizismus feststellen, konstatieren Schaller und Carius (2019) weitestgehende Absenz des Themas. Die Lega unterstützt nationale Politiken wie etwa eine nachhaltige Energiewende, weist multilaterale Vorgehensweisen jedoch größtenteils zurück. Die Lega hat im Europäischen Parlament gegen die Ratifizierung des Klimaschutzabkommens von Paris gestimmt (Schaller und Carius 2019).

### **Luxemburg**

Die Alternative Demokratische Reformpartei (ADR) ist mit vier Sitzen im luxemburgischen Parlament vertreten (CIA World Factbook 2019). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament konnte sie weder 2014 noch 2019 eines der sechs Mandate erzielen (EP 2019b).

In ihrem Internetauftritt (ADR 2019) äußert sich die ADR gegenüber der Klimapolitik und ihren Zielen in Luxemburg kritisch. Das Grundsatzprogramm der ADR (ADR 2006) sieht Umweltzerstörung und den Klimawandel als Bedrohung für die Zukunft junger Generationen. Im Abschnitt zur Umwelt nennt sie unter anderem die „Stabilisierung des Klimas“ (ADR 2006:9) als Instrument zum Erhalt der Lebensqualität für kommende Generationen. In ihrem Wahlprogramm 2013 tritt die ADR für Umwelt- und Klimaschutz ein. Sie nimmt darin auf den UN-Klimabericht Bezug und stellt fest, dass sich auch Luxemburg seiner Verantwortung nicht entziehen darf (ADR 2013). Die ADR kann der Kategorie „Zustimmende“ zugeordnet werden.

---

<sup>52</sup> <https://ekloges.yypes.gr/current/v/home/en/parties/>, abgerufen am 16.7.2019.

<sup>53</sup> Die Homepage der Partei ist aus sprachlichen Gründen für eine Erhebung nicht heranziehbar, diverse Suchfragen zu ANEL ergaben keinerlei Hinweise auf deren Haltung gegenüber dem Klimawandel. Auf eine Zuordnung wurde hier verzichtet, auch wenn die Kategorie „Zurückhaltende oder keine Position“ naheliegend wäre.

<sup>54</sup> <http://www.camera.it/leg18/46>, abgerufen am 2.6.2019.



### **Niederlande**

Die Partei für die Freiheit (PVV) erreichte bei den Parlamentswahlen 2017 13,1% und erhielt damit 20 von 150 Sitzen im nationalen Parlament (CIA World Factbook 2019). Im Europäischen Parlament war die PVV mit vier Abgeordneten (Fraktion ENF) vertreten, die sie bei den Wahlen 2019 zur Gänze verlor (EP 2019b).

Die PVV bezweifelt den menschlich verursachten Klimawandel als auch die Glaubwürdigkeit des IPCC. Eindrucksvolles Beispiel ist die Rede des PVV-Senators Dannij van der Sluijs in der Ersten Kammer der Generalstaaten zur niederländischen Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens (De Groene Rekenkamer 2017<sup>55</sup>; Erste Kammer der Generalstaaten 2017<sup>56</sup>). Im aktuellen (2017-2021) Programm der Partei (PVV 2018) findet das Thema Klimawandel keine explizite Erwähnung. Parteiführer Gert Wilders setzt den Klimawandel in den Kontext der „Islamisierung“, einem zentralen Thema der Partei: „They worry about climate change. But they will soon be experiencing the Islamic winter“ (PVV 2017). Schaller und Carius (2019) ordnen die PVV der Gruppe der „Skeptiker und Leugner“ zu.

### **Österreich**

Die Freiheitlich Partei Österreichs (FPÖ) war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Regierungspartner der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Sie ist mit 51 von 183 Sitzen als drittstärkste Kraft im Nationalrat vertreten. Ihre zuletzt vier Abgeordneten zum Europäischen Parlament gehörten der Fraktion ENF an (EP 2019b). Bei den Wahlen 2019 verlor die FPÖ ein Mandat. Die künftigen drei Mandatare gehören der Fraktion ID an.

Weder das aktuelle Parteiprogramm (FPÖ 2011) noch das Wahlprogramm 2017 (FPÖ 2017) thematisieren den Klimawandel explizit. Die FPÖ forderte 2011 den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll (FPÖ 2011b) und stimmte im Europäischen Parlament gegen die Ratifizierung des Klimaschutzabkommens von Paris (Schaller und Carius 2019), das FPÖ Generalsekretär Harald Vilimsky als „einen Kniefall vor der Atomlobby“ (Bauer 2017) bezeichnete. Der oberösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbucher erhielt den „Black Globe Award 2016“, der Personen auszeichnet, die ein Vorankommen beim Klimaschutz verhindern oder die globale Erwärmung leugnen (APA-OTS 2016<sup>57</sup>). Zuletzt stellte Heinz-Christian Strache, als damaliger Parteichef und Vizekanzler, im Interview fest „Inwieweit der Mensch das Klima beeinflussen kann, ist eine offene Frage. Klimaveränderungen gibt es seit Jahrtausenden“ (Der Standard 2018).

### **Portugal**

Im portugiesischen Parlament sind keine rechtspopulistischen Parteien vertreten (Schellenberg 2017). Ebenso finden sich im Europäischen Parlament keine Abgeordneten rechtspopulistischer Parteien aus Portugal (EP 2019a; EP 2019b).

---

<sup>55</sup> [www.groenerekenkamer.nl/6333/maiden-speech-pvv-senator-dannij-sluijs-inzake-klimaat-feiten-feiten/](http://www.groenerekenkamer.nl/6333/maiden-speech-pvv-senator-dannij-sluijs-inzake-klimaat-feiten-feiten/), abgerufen am 14.3.2019.

<sup>56</sup> <https://login.spotr.media/eerstekamer/vkevbjtqtefq/ecef971d-8e63-409c-bfae-afba9d69dc2e/0a498ce8-8845-493e-99fb-f6459ca20b15.mp4>, abgerufen am 14.3.2019.

<sup>57</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20161114\\_OTS0055/fpoe-politiker-haimbucher-erhaelt-black-globe-award-2016-bild](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161114_OTS0055/fpoe-politiker-haimbucher-erhaelt-black-globe-award-2016-bild), abgerufen am 3.6.2019.

### **Schweden**

Die Schwedendemokraten (SD) sind mit 62 von 349 Sitzen drittstärkste Partei im nationalen Parlament (CIA World Factbook 2019). Im Europäischen Parlament waren sie bisher mit zwei Abgeordneten (Fraktion EKR) vertreten und konnten bei den Wahlen 2019 ein drittes Mandat dazugewinnen (EP 2019b).

Aufgrund von Aussagen ihres klimapolitischen Sprechers Martin Kinnunen wie ““There seems to be no direct link between increased levels of carbon dioxide in the atmosphere and global warming”” (Schaller und Carius 2019:95) sowie ““curves that measure the amount of greenhouse gas and curves that measure the temperature do not interact in any clear way”” (ebenda) ordnen Schaller und Carius (2019) die Schwedendemokraten der Gruppe der Klimaskeptiker zu. Hultman (2018) stellt fest, dass die Schwedendemokraten ein Beispiel jener rechten europäischen Parteien sind, deren Thema die Leugnung des Klimawandels ist.

### **Spanien**

In Spanien gab es bis zuletzt keine im nationalen oder Europäischen Parlament vertretene rechtspopulistische Partei (Schallenberg 2017; EP 2019a). 2018 allerdings hat die rechtspopulistische „VOX“ bei den Regionalwahlen in Andalusien aus dem Stand 12% der Stimmen gewonnen (Zeit online 2018<sup>58</sup>; Rössler 2018). Bei den Parlamentswahlen im April 2019 zog mit der VOX, die 10,3% der Wählerstimmen erhielt, erstmals seit Jahrzehnten eine rechtspopulistische Partei in das spanische Parlament ein (Frankfurter Allgemeine<sup>59</sup>). Wie bereits Umfragen (Föderalist 2019<sup>60</sup>) erwarten ließen, zieht VOX nach den Wahlen im Mai 2019 in das Europäische Parlament ein (EP 2019b). Die Partei konnte drei Mandate erzielen.

Zur Haltung von VOX gegenüber dem Klimawandel kann keine gesicherte Aussage getroffen werden<sup>61</sup>.

### **Vereinigtes Königreich**

Bei den Europawahlen 2014 war die UK Independence Party (UKIP) mit beinahe 28% der Stimmen stärkste Kraft im Vereinigten Königreich und zog mit 24 Abgeordneten in das Europäische Parlament ein (EP 2019b). UKIP befindet sich seit 2016 in der Krise (BBC 2018<sup>62</sup>) und hielt zuletzt 7 Mandate in unterschiedlichen Fraktionen (EP 2019a). Bei den Europawahlen 2019 konnte UKIP wie auch bei den letzten Unterhauswahlen 2017 kein Mandat erzielen (CIA World Factbook 2019; EP 2019b).

---

<sup>58</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-12/spanien-regionalwahl-andalusien-vox-rechtspopulismus>, abgerufen am 28.3.2019.

<sup>59</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahl-in-spanien-sozialisten-siegen-ohne-eigene-mehrheit-16162021.html>, abgerufen am 25.5.2019.

<sup>60</sup> <https://www.foederalist.eu/p/europawahl-umfragen.html>, abgerufen am 21.3.2019.

<sup>61</sup> Wie bei ANEL ist die Homepage der Partei aus sprachlichen Gründen für eine Erhebung nicht heranziehbar. Auch bei VOX ergaben diverse Suchabfragen keinerlei Hinweise auf deren Haltung gegenüber dem Klimawandel. Auf eine Zuordnung wurde hier verzichtet, auch wenn die Kategorie „Zurückhaltende oder keine Position“ naheliegender wäre.

<sup>62</sup> <https://www.bbc.com/news/uk-politics-45593648>, abgerufen am 12.3.2019.

In ihrem interimistischen Manifest bezeichnet UKIP den anthropogen verursachten Klimawandel als Dogma: "We should separate the dogma of anthropogenic (man-made) climate change from environmentalism" (UKIP 2018). Die Partei tritt auch für die „Verschrottung“ des Climate Change Act aus dem Jahr 2008 ein (UKIP 2018). Die ehemaligen Parteichefs Paul Nuttall und Nigel Farage stellten den wissenschaftlichen Konsens in Frage (Schaller und Carius 2019). Der UKIP-Europaabgeordnete John Stuart Agnew ist überzeugter Klimawandelleugner. Er sorgte 2018 als Berichterstatter für den Agrarausschuss mit der Leugnung des anthropogen verursachten Klimawandels für Aufsehen (ARD 2018<sup>63</sup>). Prominentes Mitglied der Partei ist Christopher Monckton, bekannter Akteur der Klimawandelleugnerszene (McCarthy 2007; ARD 2018). UKIP ist neben der „Alternative für Deutschland“ die zweite Partei zu deren Hauptmerkmalen Klimaskeptizismus und Widerstand gegen Klimapolitik gehören (Schaller und Carius 2019).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in 11 Ländern der EU-15 rechtspopulistische Parteien in den nationalen Parlamenten vertreten sind. Keine Vertretung finden sie in Portugal, Irland, dem Vereinigten Königreich und seit den Wahlen im Juli 2019 in Griechenland. In 5 Ländern halten die Parteien mehr als 10% der Parlamentssitze, wobei die österreichische FPÖ mit knapp unter 28% der Sitze (51 von 183) die stärkste rechtspopulistische Kraft gemessen an ihrer Vertretung im nationalen Parlament ist.

Im Europäischen Parlament waren in der letzten Legislaturperiode 11 der 13 Parteien vertreten. Nicht vertreten waren die luxemburgische „Alternative Demokratische Reformpartei“ (ADR) und die spanische VOX, die 2014 nicht kandidierte. Nach den Europawahlen 2019 sind die Unabhängigen Griechen, UKIP und die niederländische PVV nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten, während die spanische VOX neu einzieht. Die Parlamentarier der rechtspopulistischen Parteien gehörten zuletzt überwiegend der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) an, die nach den Wahlen 2019 zur Gänze in der neu gegründeten Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) aufging. Sie finden sich aber auch in den Fraktionen „Europäische Konservative und Reformen“ (EKR) und „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) wieder, wobei die Fraktion EFDD nach den Europawahlen 2019 nicht mehr zustande kam (EP 2019b).

Klimaskeptizismus und Widerstand gegen (multilaterale) Klimapolitik prägen die Positionierung der Parteien zum Klimawandel. Der Gruppe „Leugner und Skeptiker“ gehören sechs von 11 Parteien<sup>64</sup> an. Es sind die Parteien aus Dänemark (DF), Deutschland (AfD), den Niederlanden (PVV), Österreich (FPÖ), Schweden (SD) und dem Vereinigten Königreich (UKIP). Bis auf UKIP sind alle in den nationalen Parlamenten stark (mehr als 10% der Sitze) vertreten. Die rechtspopulistischen Parteien aus Belgien (VB), Frankreich (RN) und Italien (Lega) sind in der Gruppe „Zurückhaltende oder keine Position“ zu finden. Alle drei Parteien unterstützen die europäische Klimapolitik nicht (Schaller und Carius 2019). Nur die beiden Parteien aus Finnland („Die Finnen“) und Luxemburg (ADR) fallen in die Gruppe der „Zustimmenden“.

<sup>63</sup> <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-klimawandel-durch-kosmische-strahlung-klimawandel-leugner-im-parlamentarischen-alltag-100.html>, abgerufen am 3.6.2019.

<sup>64</sup> Die Unabhängigen Griechen (ANEL) und die spanische VOX wurden keiner Gruppe zugeordnet (vgl. oben).

## 4 Fallstudien

Klimaskeptizismus ist, wie die wissenschaftliche Literatur zum Thema und der zuvor gegebene Überblick für die EU-15 zeigen, ein Merkmal rechtspopulistischer Parteien. Die folgenden Fallstudien zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und zur Alternative für Deutschland (AfD) gehen der Frage nach der Erklärung und der Entwicklung des Zusammenhangs zwischen Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus nach. Dabei wird auf die in Kapitel 2.4 des konzeptuellen Rahmens aufgeworfenen Erklärungsansätze für diesen Zusammenhang fokussiert.

### 4.1 FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs

Die FPÖ wurde 1956<sup>65</sup> als Nachfolgerin des VdU (Verband der Unabhängigen) gegründet. Sie ist im Unterschied zu den meisten anderen als rechtspopulistisch eingeordneten europäischen Parteien eine alte Partei mit lange zurückreichender Kontinuität (Pelinka 2002). Pelinka charakterisiert die FPÖ daher auch als Traditionspartei und merkt an "Teil dieser Tradition ist auch die österreichische NSDAP" (Pelinka 2002:281). Die Partei wird in der Wissenschaft teilweise als rechtsextrem eingestuft (Schellenberg 2017).

Nationalismus und Liberalismus bilden die beiden ideengeschichtlichen Säulen freiheitlicher Programmatik und Politik (Neurieser 2008). Befand sich die Partei bis etwa 1970 in der Tradition und Kontinuität des Nationalsozialismus, so kann ab 1970 bis 1986 von einer "liberalen Zwischenphase" gesprochen werden (Pelinka 2002). Mit der Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann 1986 trat die Partei in ihre rechtspopulistische Phase ein. Sie stieg unter ihm von einer Kleinst- bis Kleinpartei zu einer politischen Kraft auf, die schließlich bei den Nationalratswahlen 1999 mit 26,91% der Stimmen auf Platz zwei hinter der SPÖ zu liegen kam<sup>66</sup>. Die folgende Regierungsbeteiligung endete mit der Spaltung der Partei und der Gründung des "Bündnis Zukunft Österreich" (BZÖ) im April 2005 mit dem das Kabinett Schüssel II fortgeführt wurde.

Unter Parteiobmann Heinz-Christian Strache ab 2005 gelang es der Partei mit der Selbstdarstellung als "soziale Heimatpartei" ihren Fortbestand zu sichern und sich als Oppositionspartei zu positionieren. Begleitet durch einen populistischen Stil, erlebte sie mit ihren zentralen Themen Heimat und Identität, Islamisierung, Zuwanderung und Asyl, Sicherheit und EU-Skepsis, einen Aufstieg wie zuvor unter Jörg Haider. Bei den Nationalratswahlen 2017 erzielte sie schließlich einen Anteil von 25,97% (BMI<sup>67</sup>) der Stimmen. Die FPÖ befand sich von Dezember 2017 bis Mai 2019 als Koalitionspartner in der Bundesregierung Sebastian Kurz (ÖVP) und stellte mit ihrem Parteiobmann Heinz-Christian Strache deren Vizekanzler. Im Mai 2019 ist die Koalition mit der ÖVP geplatzt. Norbert Hofer wurde nach dem Rücktritt Heinz-Christian Straches designierter Bundesparteiobmann der FPÖ.

<sup>65</sup> Konstituierende Sitzung 1955, Gründungsparteitag 1956.

<sup>66</sup> Vgl. [https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_1999/start.aspx](https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1999/start.aspx), abgerufen am 4.4.2019.

<sup>67</sup> Vgl. [https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2017/start.aspx](https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx), abgerufen am 4.4.2019.

#### 4.1.1 Parteiprogrammatik der FPÖ zum Klimawandel

Im Folgenden werden zunächst die Parteiprogramme der FPÖ aus den Jahren 1985, 1997 (in der Fassung von 2005) sowie 2011 analysiert. Ergänzung findet diese Analyse durch das Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017 sowie das Freiheitliche Wirtschaftsprogramm 2017. Dabei werden die wesentlichsten Inhalte der Dokumente thematisch zusammengefasst. Die gemeinsame Diskussion der Dokumente erfolgt im Zuge der Fallanalyse (Kapitel 4.1.3). Zusätzlich zur Programmatik werden das Handbuch freiheitlicher Politik (FPÖ 2013) sowie das von Norbert Hofer herausgegebene Buch "Energie und Lebensmittel - Grundlagen zur Freiheit" (Hofer 2015) als Datenmaterial herangezogen.

##### Parteiprogramm 1985

Das Parteiprogramm 1985 (FPÖ 1985) mit dem Titel "Österreich politisch erneuern" wurde einige Jahre bevor der Klimawandel, infolge des Erdgipfels von Rio<sup>68</sup> 1992 und dem Inkrafttreten der UNFCCC 1994 (UN 1992), auf die politische Agenda der Parteien rückte und ein Jahr bevor Jörg Haider die Führung der Partei übernehmen sollte, verabschiedet. Das Programm entstammt damit noch einer Zeit vor der Klimapolitik. Seine Inhalte und Zugänge hinsichtlich Umweltfragen sind vor allem im Vergleich zu den nachfolgenden Parteiprogrammen von Interesse.

Das Programm gliedert sich in zwei Teile "Teil I: Grundlegung" und "Teil II: Lebensbereiche". Teil 1 beinhaltet 10 Unterkapitel, darunter ein Kapitel zur Umwelt. Dieses leitet mit dem Bekenntnis zur "ökologischen Schicksalsgemeinschaft alles Lebendigen auf unserer Erde" und der "Erhaltung eines für alles Leben günstigen Gleichgewichts in der natürlichen Biosphäre" (FPÖ 1985:4) als wichtigstem ökologischen Ziel freiheitlicher Politik ein. Es thematisiert die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen und fordert dazu auf, das Ökosystem Erde als Partner zu behandeln. Der Schutz unserer Lebensgrundlagen wird als globale Aufgabe gesehen, internationale Zusammenarbeit bejaht. Eine starke Positionierung für den Schutz der Umwelt macht das Programm mit der Aussage "Der Ökologie muß solange Vorrangstellung eingeräumt werden, bis das Gleichgewicht mit der bisher bevorzugten Ökonomie wieder hergestellt ist". Weiter wird dazu ausgeführt, dass Umweltschutz auch Opfer wie den "Verzicht auf überkommene Lebensgewohnheiten und auf gewisse materielle Vorteile" (FPÖ 1985:5) fordern kann, wobei das ökologische Problem nur durch auf Leistung beruhende Wirtschaftspolitik gelöst werden könne. Im Unterkapitel zu "Eigentum und Marktwirtschaft" bekennt sich die Partei zur Leistungsgesellschaft und zum Privateigentum. Diese würden eine "Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt der Freie Markt steht" (FPÖ 1985:4) erfordern. Der Wunsch nach einer liberalen Marktwirtschaft im Rahmen sozialer und ökologischer Vorgaben wird damit verknüpft. Weiters hält die FPÖ in ihrem damaligen Programm fest, dass "Die natürliche Entsprechung der Marktwirtschaft auf internationaler Ebene der Freihandel ist" (FPÖ 1984:4). Dieser müsse auf weltweiter Partnerschaft beruhen und dürfe nicht durch Protektionismus zerstört werden.

---

<sup>68</sup> Konferenz der Veinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED).

Im zweiten Teil finden sich unter den 13 Kapiteln ein Kapitel "Umweltpolitik" sowie ein eigenes Kapitel "Rohstoffe und Energie". Im Kapitel zur Umweltpolitik wird zunächst die Bedeutung des Vorsorgeprinzips betont. Soziale wie auch ökologische Grundwerte werden als die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Marktwirtschaft angesehen. Die Marktwirtschaft muss dem Programm zu Folge durch ordnende Eingriffe, bei Unvoreingenommenheit gegenüber verschiedenen umweltpolitischen Instrumenten, überall dort gesteuert werden, wo sie negative ökologische Folgen hat (FPÖ 1985). In weiterer Folge wird auf einzelne Themenbereiche wie den Schutz des Waldes, Natur- und Landschaftsschutz sowie Tier- und Pflanzenschutz eingegangen. Dabei werden der saure Regen und das Artensterben als Umweltprobleme angesprochen und anerkannt. Beim Thema Wasser wird die Situation der Weltmeere und die Einschränkung ihrer Funktion als (unter anderem) Klimaregulator problematisiert. Beim Thema Luft wird die Bedeutung internationaler Maßnahmen hervorgehoben und ein weltweites Verbot von Fluorkohlenwasserstoffen als Treibgas in Spraydosen wegen der Auswirkungen auf die Ozonschicht gefordert. Im schließenden Teil des Kapitels "Umweltschutz und freiheitliches Denken" wird das Erfordernis rascher und einschneidender Maßnahmen festgestellt. Diese müssten soweit möglich im Einklang mit der Bevölkerung vollzogen werden: "Keinesfalls darf die Durchführung umweltpolitischer Maßnahmen zu einer Bedrohung des sozialen Friedens führen" (FPÖ 1985:27).

Im Kapitel "Rohstoffe und Energie" wird als oberstes Ziel freiheitlicher Rohstoffpolitik "die Verwendung nicht erneuerbarer Rohstoffe möglichst kurzfristig und möglichst weitgehend zu reduzieren" (FPÖ 1985:24), formuliert. Die Importabhängigkeit wird als Gefahr für die Unabhängigkeit gesehen. Vor dem Hintergrund der Endlichkeit insbesondere fossiler Energieträger, der Importabhängigkeit Österreichs und aus Umweltschutzgründen tritt die FPÖ in ihrem Programm für eine Verlagerung hin zu erneuerbaren Primärenergiequellen ein. In Bezug auf die Biomasse wird das Ziel einer energieautarken Landwirtschaft formuliert.

### **Parteiprogramm 1997 / 2005**

Das Parteiprogramm 1997 mit den 2005 beschlossenen Änderungen (FPÖ 2005) umfasst 17 Kapitel, darunter Kapitel 13 "Umwelt" gefolgt vom Kapitel "Freie Bauern - Landeskultur". Im drei kurze Seiten umfassenden Kapitel Umwelt wird zur Absicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ein „ökologischer Generationenvertrag“ als Ziel formuliert. Die Menschheit wird als „Teil der Natur“ bezeichnet, die „Erhaltung der intakten Umwelt als Überlebensprinzip“ (FPÖ 2005:25). Artikel 2 des Kapitels sieht als Mittel zum Erhalt langfristig stabiler Ökosysteme eine marktconforme Bepreisung von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung. Man müsse die „Marktmechanismen für die Umwelt wirksam werden lassen“ (FPÖ 2005:25). Als erster Schritt um entsprechende Kostenanreize zu schaffen, wird die Etablierung eines ökologischen Steuersystems gesehen. Darüber hinaus ergäbe sich durch eine erweiterte Berechnung des Bruttosozialprodukts (BSP) „zwingend der Einsatz von Lenkungsmaßnahmen“ (FPÖ 2005:26). Im folgenden Kapitel "Freie Bauern - Landeskultur" wird der Weiterbestand des Bauerntums als "Voraussetzung der natürlichen Existenzgrundlagen (Luft, Wasser, Boden, Pflanzen- und Tierwelt) und der gewachsenen Landeskultur" (FPÖ 2005:26) gesehen. Die land-

und forstwirtschaftlichen EU-Zuständigkeiten sollen renationalisiert werden. Das Ziel naturnaher Produktion ohne massiven Einsatz von Chemie und Genmanipulation wird formuliert. Ein öffentliches Interesse am Erhalt alter bäuerlicher Tierrassen und Pflanzensorten festgestellt. Kapitel 10 "Freie Marktwirtschaft" leitet mit der Feststellung "Faire Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung" (FPÖ 2005:19) ein. Faire Marktwirtschaft wird als Antwort auf den "schrackenlosen Kapitalismus, der Mensch und Natur ausbeutet" (FPÖ 2005:19) verstanden. Eine umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens steigere die Wettbewerbsfähigkeit und sei Garant für die Prosperität der Wirtschaft und die Stabilität des Arbeitsmarktes. Kostenwahrheit und Verursacherprinzip werden als Grundsätze fairer Marktbedingungen gesehen. Besteuerung solle daher auf den Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe verlagert werden.

### **Parteiprogramm 2011**

Das aktuelle Parteiprogramm aus dem Jahr 2011 (FPÖ 2011a) "Österreich zuerst" formuliert 10 Leitsätze freiheitlicher Politik. Der zweite Leitsatz unter dem Titel "Heimat, Identität und Umwelt" lautet "Wir sind dem Schutz unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet" (FPÖ 2011a:5). Eine Heimat, die ein selbstbestimmtes Leben in einer intakten Umwelt ermöglicht, soll für nachfolgende Generationen bewahrt werden. In einem (eigenen) Absatz werden Umwelt- und Energie thematisiert: "Der Schutz unserer natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage für unsere Heimat Österreich, eine nachhaltige und schonende Bewirtschaftung und die biologische Vielfalt haben für uns hohe Bedeutung. Die Nutzung von Kernkraft zur Energiegewinnung lehnen wir ab" (FPÖ 2011a:6).

In Leitsatz 5 des Programms unter dem Titel "Wohlstand und soziales Gleichgewicht" bekennt sich die Partei zu "Leistung in einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung" (FPÖ 2011a:10) und dem Schutz des Privateigentums. Niedrige Steuern und Leistungsanreize werden als Voraussetzung erfolgreichen Wirtschaftens gesehen und seien Subventionen und Umverteilung vorzuziehen.

### **Handbuch freiheitlicher Politik 2013**

Der Untertitel des Handbuchs freiheitlicher Politik ist "Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ 2013:1). Sein Aufbau folgt in der Kapitelstruktur dem Parteiprogramm 2011. Kapitel 2 "Heimat und Identität" beinhaltet den Abschnitt "2.2) Saubere Umwelt - sichere Energieversorgung" (FPÖ 2013:54). Neben der Zielformulierung der Eigenversorgungsfähigkeit finden sich in diesem Dokument einzelne Passagen, die auf die Klimapolitik Bezug nehmen. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Erneuerbare-Energie-Gesetz: "Wir wenden uns aber auch gegen alle Bestrebungen, unter dem Deckmantel des Klimaschutzes den Menschen in diesem Land das Geld aus der Tasche zu ziehen" (FPÖ 2013:56). Unter dem Titel "Klimaschutzgipfel und deren Folgen" lehnt die Partei "einen globalen Emissionsrechtehandel und die Finanzierung von sogenannter Umweltförderung im Ausland ab", weil diese "eine versteckte Auslandshilfe ohne entsprechende Kontrollmöglichkeiten darstellen" (FPÖ 2013:56). Der Emissionszertifikatehandel wird in den Kontext der Finanzkrise gestellt (Bailer 2016) und als "Abzocke" (FPÖ 2013:60) bezeichnet, die in

Folge einer weltweiten "Kampagne, mit der einer unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe begegnet werden sollte" (FPÖ 2013:60) entstand. Die FPÖ spricht sich in diesem Zusammenhang auch "gegen die Unterzeichnung von Klimaschutzabkommen aus, die zu ungerechtfertigten Strafzahlungen Österreichs führen" (FPÖ 2013:56). Der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele sei der Einsatz heimischer, erneuerbarer Energieformen. Zum Thema CO<sub>2</sub>-Sequestrierung wird festgehalten, dass Mittel aus dem Klimaschutzfonds als "Ziel von Begehrlichkeiten" (FPÖ 2013:62) nicht für diese missbraucht werden dürften.

### **Wahlprogramm 2017 und Wirtschaftsprogramm 2017**

Das Wahlprogramm zu den Nationalratswahlen 2017 "Österreicher verdienen Fairness" (FPÖ 2017a) thematisiert Umweltschutz unter dem Titel "Unsere Umwelt und unser Wasser schützen". Die Souveränität in Energiefragen sowie in Bezug auf die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln schütze die Freiheit unserer Staatsbürger und deren vitale Lebensinteressen. "Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele" (FPÖ 2017a:21). Die FPÖ positioniert sich in ihrem Wahlprogramm außerdem für den Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke und lehnt die Nutzung der Kernkraft ab. Österreich müsse seine Abhängigkeit von den endlichen fossilen Ressourcen drastisch verringern.

Im freiheitlichen Wirtschaftsprogramm 2017 unter dem Titel "Fairness. Freiheit. Fortschritt." (FPÖ 2017b) wird insgesamt ein Bekenntnis zur Standort- und Wettbewerbsfähigkeit abgelegt. Die Partei wirbt mit der Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren (z.B. bei der Umweltverträglichkeitsprüfung - UVP), mit der Reduktion von Veröffentlichungspflichten im Zuge einer neuen Gewerbeordnung "z. B. bei IPPC-Anlagen, Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen, Abfallwirtschaftsgesetz etc" (FPÖ 2017b:27)<sup>69</sup>. Unter dem Titel "Energiepolitik im Interesse des Standortes und der Umwelt" (FPÖ2017b:22) wird festgestellt, dass das Verbrennen von Öl und Erdgas keine Zukunft habe und in den kommenden Jahrzehnten der Nutzung erneuerbarer Energieträger weichen werde und weiter "Österreich muss im Bereich der Energie die Abhängigkeit zu anderen Staaten senken" (FPÖ 2017b:22).

#### **4.1.2 Tagespolitische Positionierung der FPÖ zum Klimawandel**

Im Folgenden werden Fundstellen aus Aussendungen, Interviews und Parlamentsreden chronologisch analysiert und interpretiert. Eine zusammenfassende Analyse und Interpretation erfolgt unten im Zuge der Fallanalyse (Kapitel 4.1.3).

2002 hat das österreichische Parlament dem Abschluss des Staatsvertrages betreffend des Kyoto-Protokolls einstimmig zugestimmt. Alle Abgeordneten der FPÖ, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Regierung befand, zeigten sich dem Kyoto-Protokoll gegenüber positiv. Der freiheitliche Abgeordnete Herbert Graf zeigte sich erfreut über dieses "historische Dokument" und stellte fest: "Insbesondere die Tatsache, dass sich jetzt alle Parteien zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls bekennen, ist ein wirklicher Durchbruch" (Sten Prot NR 2002:147). Der Abgeordnete Franz Hornegger (FPÖ) meinte "Der Schutz des globalen Klimas ist eine der größten

---

<sup>69</sup> IPPC: Integrated Pollution Prevention and Control.



Herausforderungen, denen sich die nationale und internationale Umweltpolitik zu stellen hat" (Sten Prot NR 2002:143). In der folgenden, die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls behandelnden Sitzung des Bundesrates (Sten Prot BR 2002), stimmten auch die Bundesräte der FPÖ zu. Bundesrat John Gudenus (FPÖ Wien) äußerte, dass er gewisse Zweifel daran habe, "dass das alles so richtig ist" (Sten Prot 2002:198). Aber in diesem Zweifel müsse er "als Vorsorge für unser Volk, unsere Bevölkerung und unseren Staat diesem Kyoto-Abkommen zustimmen" (Sten Prot 2002:198). John Gudenus äußerte in der Debatte, dass er selbst nicht sagen könne, was falsch sei und entschied sich für das "Vorsorgeprinzip". Seine Positionierung zeigt Unsicherheit betreffend der Thematik und deutet nur auf eine "schwach ausgeprägte" klimaskeptische Haltung hin. Im Oktober 2006 forderte die FPÖ (während des Zeitraumes der Regierungsverhandlungen) von einer neuen österreichischen Bundesregierung die Einhaltung der Kyoto-Klimaschutzziele (FPÖ 2006).

Im September 2010 kritisierte der Konsumentensprecher des freiheitlichen Parlamentsklubs Gerhard Deimek in einer Presseaussendung (FPÖ 2010) das Verbot von Glühbirnen zugunsten von Energiesparlampen als auf Klimahysterie rückführbar. Er argumentierte, dass es in der Erdgeschichte immer wieder Veränderungen des Klimas gegeben habe und es über die Ursachen verschiedene wissenschaftliche Theorien wie z.B. Aktivitäten der Sonne gäbe. Ob und in welchem Ausmaß der menschliche Ausstoß von CO<sub>2</sub> Auswirkungen auf den Klimawandel habe, sei derzeit noch nicht einwandfrei wissenschaftlich bewiesen und noch im Stadium der Theorie. "Unter dem Deckmantel, dass der behauptete vom Menschen verursachte Klimawandel gestoppt werden kann, nimmt man die Verwendung von erwiesenen giftigen Stoffen in Kauf" (FPÖ 2010:1). Deimek leugnet in der Aussendung den anthropogen verursachten Klimawandel. Er nutzt für seine Argumentation, wie dies für Ursachenleugner als charakteristisch bezeichnet werden kann, Veränderungen des Klimas in der Erdgeschichte und dessen (mögliche) Ursachen. Indem er die Maßnahme als hinter einem Deckmantel (das Stoppen des Klimawandels) bezeichnet, weist er auf eine verborgene Agenda hin, die er aber nicht genauer definiert.

Nach dem Ausstieg Kanadas fordert im Dezember 2011 der FPÖ Nationalratsabgeordnete und Umweltsprecher Norbert Hofer den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll (FPÖ 2011b). Diese Aussendung beinhaltet keine klimaskeptische Positionierung. Argument für den Ausstieg sind die mit dem Abkommen verbundenen Kosten sowie das Scheitern des Abkommens, da es von großen Industrienationen nicht mitgetragen würde. Heimisches Steuergeld solle besser in erneuerbare Energieträger investiert werden, als es um sich freizukaufen ins Ausland zu verschieben. Investitionen in erneuerbare Energien hätten das Potential die großen Klimasünder zu stoppen und um Österreichs Abhängigkeit von Öl und Gas zu reduzieren. Das Argument der Abhängigkeit fußt auf der Idee nationaler Souveränität. Dass in der Aussendung von "Klimasündern" gesprochen wird, impliziert das Anerkennen eines relevanten Beitrages des Menschen zum Klimawandel.

In Verbindung mit der Kritik an der bei der Klimakonferenz in Doha 2012 beschlossenen Verlängerung des Kyoto-Abkommens bis 2020, bekräftigt Norbert Hofer im Dezember 2012 (FPÖ

2012a) die Forderung nach dem Ausbau heimischer erneuerbarer Energieträger. In Verbindung mit dem Abkommen wird von "dubiose[n] Investitionsmaßnahmen im Ausland" und "sinnlose[n] Verträge[n] mit enormen Belastungen für unsere Bürger" (FPÖ 2012a:1) gesprochen. Die Aussendung beinhaltet wie im Jahr zuvor keine klimaskeptischen Inhalte.

In der ORF Auseinandersetzung zur Nationalratswahl mit Michael Spindelegger im September 2013 fordert FPÖ Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll. Die Klimawandeldiskussion sei endlich ehrlich zu führen. Heinz-Christian Strache spricht, ohne konkret zu werden, in diesem Zusammenhang von Schindluder und Geschäftemacherei. Der Klimawandel sei immer schon eine Entwicklung dieses Planeten der auch jetzt "natürlich gegeben stattfindet, zum Teil, und nicht nur auf diese Entwicklungen [Anmerkung: Bezug unklar] zurückzuführen ist" und weiter "wir werden den Klimawandel, den die Natur vorgibt, nicht verhindern können" (ORF 2013:min31). Die Maßnahmen die gesetzt werden, seien Augenauswischerei, machen unseren Standort kaputt und vertreiben Betriebe wie die VOEST und andere mit ihren Investitionen. Wie zuvor 2010 Gerhard Deimek verfolgt er damit eine trend- und ursachenleugnende Argumentationslinie. Er relativiert aber den menschlich verursachten Klimawandel, ohne diesen offensiv anzuzweifeln oder den Konsens darüber in Frage zu stellen. Er macht sich über Klimaschutzmaßnahmen insofern lustig, als dass er während Michael Spindelegger am Wort zu entsprechenden Maßnahmen ist, einwirft: "die Atmung anhalten der Menschheit" (ORF 2013:min32). In Bezug auf das Ziel des Ausbaues Erneuerbarer Energieträger stellt Strache fest, mit dessen Befürwortung auf gemeinsamer Linie mit der ÖVP zu sein.

Der oberösterreichische Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner fordert im September 2014 einen raschen Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll. Dessen Ziele seien nicht erreichbar und würden Standort, Wirtschaft und Arbeitsplätze bedrohen (FPÖ 2014a). Im Oktober 2014 erneuert Gerhard Deimek anlässlich der bevorstehenden Klimakonferenz in Lima die Forderung nach einem Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll (FPÖ 2014b). Er argumentiert mit dem Schutz von Arbeitsplätzen und der Gefahr einer Deindustrialisierung Europas. Außerdem bedeute eine Verlagerung der Industrie weg von Europa niedrigere Standards und damit mehr Umweltverschmutzung. Zum Thema Klimawandel äußert er sich nicht direkt.

Bei der Nationalratsdebatte zum Antrag auf Beschluss eines ambitionierten Klimaschutzmaßnahmenprogramms im Juli 2015 (Sten Prot NR 2015a) eröffnet die Umweltsprecherin der FPÖ Susanne Winter mit einem Zitat von Prof. Paul Reiter, wonach die Aufregung um die globale Erwärmung als Wissenschaft daherkäme, aber keine Wissenschaft, sondern Propaganda sei. Paul Reiter wird auch auf der Homepage des klimaskeptischen EIKE<sup>70</sup> (Böhmer Christiansen 2012) zitiert und war Vortragender auf der zweiten internationalen Konferenz über den Klimawandel 2009 des Heartland-Instituts (Heartland-Institut 2013), einem der prominentesten klimaskeptischen Conservative Think Tanks (CTTs). Susanne Winter stellt in ihrem Statement

---

<sup>70</sup> Europäisches Institut für Klima & Energie.

fest, dass es keinen wissenschaftlichen Beweis für den vom Menschen verursachten Klimawandel gibt, dass das IPCC ein zutiefst politisches Gremium ist, dass es "keinen wissenschaftlichen Beweis für einen kausalen Zusammenhang zwischen CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft und der Veränderung des Klimas gibt" (Sten Prot NR 2015a:257), dass es im Hochmittelalter wärmer war als heute und "dass sich das globale Klima seit dem Jahr 1998 nicht mehr erwärmt hat" (Sten Prot NR 2015a:257). Im Abschlussstatement fasst Susanne Winter den Standpunkt der FPÖ wie folgt zusammen: "Ja zum Umweltschutz, Ja zu Tierschutz, Ja zu Heimatschutz und Ja zu Bestrebungen Österreichs und Europas, energie- und lebensmittelautark zu werden, und Nein zu allen ideologischen Pseudowissenschaften" (Sten Prot NR 2015a:257). Winter diskreditiert die Klimawissenschaften sowie das IPCC. Sie leugnet nicht nur den menschlich verursachten Klimawandel, sondern auch den Trend globaler Erwärmung. Sie beruft sich dabei auf selektive Daten und Referenzen.

In der aktuellen Stunde "Road to Paris - am Weg zu einem internationalen Klimaabkommen" (Sten Prot NR 2015b) im österreichischen Parlament stellt der FPÖ Abgeordnete Gerhard Deimek fest, dass es den Klimawandel schon seit jeher gegeben habe, und dass wir Menschen damit leben gelernt hätten. Er leugnet damit den Trend der globalen Erwärmung ebenso wie dessen Auswirkungen. In weiterer Folge spricht Deimek von der Gefahr einer Deindustrialisierung, wenn der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter reduziert werde. Man müsse in Summe auf Österreich schauen, die Industrie und die Arbeitsplätze, natürlich auch auf das österreichische Klima. Österreich solle nicht alleine Vorreiter sein.

In der gleichen Parlamentsdebatte (Sten Prot NR 2015b) stellt FPÖ Umweltsprecher Walter Rauch am Eingang seines Beitrages fest, dass es den Klimaschutz ebenso wie den Klimawandel immer schon gegeben habe. Die Klimakonferenzen seien zahnlose Tiger ohne Ergebnisse, Sanktionspolitik lehne die FPÖ ab. Er spricht sich für konkrete Ziele bei den erneuerbaren Energien sowie Energieautarkie im Sinne des Klimaschutzes aus, lehnt den Emissionshandel und die "Finanzierung von sogenannten Umweltförderungen im Ausland" (Sten Prot NR 2015b:50) ab. Er schließt sein Statement mit "Umweltschutz ist Heimatschutz!" (Sten Prot NR 2015b:50). Rauch äußert keinen Klimaskeptizismus, ansonsten ist sein Redebeitrag neben der Feindseligkeit gegenüber den internationalen Klimakonferenzen von den Themen Autarkie und Identität besetzt.

Im April 2017 bezieht der oberösterreichische FPÖ Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner im Fernsehinterview (ATV 2017) Stellung zum Klimaschutz. Auf die Frage, ob er sich als Gegner des Klimaschutzes sehe, antwortet er, dass er der Meinung sei, man könne das Klima „so nicht schützen“ (ATV 2017:min1). Er richte sich danach was man messen kann wie saubere Luft, sauberes Wasser oder die Schonung von Ressourcen. Er sei dafür von fossilen Energieträgern unabhängiger zu werden, auch dafür, dass wir international unabhängiger werden. Er sei gegen Klimaschutzvorschriften die man beinahe nicht mehr einhalten könne und dagegen, die eigene saubere Industrie zu ruinieren und in Asien, in Osteuropa in eine unsaubere Industrie zu investieren. Auf die Frage, ob der menschengemachte Klimawandel für ihn evident sei, antwortet er: "Es gibt einen Klimawandel das ist ja überhaupt keine Frage" und weiter "man weiß nicht, wie weit dass der Mensch daran schuld ist" (ATV 2017:min2). Im

weiteren Verlauf des Gespräches hält er nochmals fest den Klimawandel nicht zu bestreiten, jedoch dass man den genauen Anteil des Menschen daran nachweisen könne. Damit positioniert sich Haimbuchner klar als Ursachenleugner. Er wiederholt, es gehe ihm immer darum, was man messen kann "aber dass man da eine Religion betreibt in manchen Bereichen, das halte ich für absurd. Ich will es nicht religiös betreiben" (ATV 2017:min3). Nachdem der Moderator den wissenschaftlichen Konsens zum anthropogen verursachten Klimawandel anspricht, meint Haimbuchner er solle bei Professor Lüdecke, einem der bekanntesten Physiker in Deutschland, nachlesen. Haimbuchner vertraue Professor Lüdecke, der den Klimawandel auch nicht bestreite, sehr wohl aber die Möglichkeit der Bezeichnung des genauen menschlichen Anteils daran. Der emeritierte Physiker Horst-Joachim Lüdecke, auf den sich Haimbuchner im Interview bezieht, ist Pressesprecher des bereits oben angesprochenen klimaskeptischen EIKE (EIKE Impressum 2019<sup>71</sup>). Die Frage des Moderators, ob er glaube, dass die oberösterreichische Industrie Mitverantwortung für den Klimawandel trage, beantwortet Haimbuchner konsequenterweise als eine hypothetische: "wenn sie vom menschengemachten Klimawandel ausgehen, dann frage ich sie ob sie glauben, dass Brasilien, Pakistan, Indien, China, Russland, die USA oder Kanada" (ATV 2017:min4) mehr verursacht als das kleine Österreich, dass hier nicht viel beitragen könne und mit der VOEST das sauberste Stahlwerk der Welt habe. Er sei als Politiker dazu da, dass Arbeitsplätze gesichert werden, dass die saubere Industrie nicht abwandert. Zusammenfassend kann zu diesem Interview festgehalten werden, dass sich Haimbuchner als Ursachenleugner positioniert, mit selektiven Daten (das Klimaoptimum im Mittelalter) und selektiven Referenzen (Horst-Joachim Lüdecke) argumentiert, den Klimawandel indirekt als nicht messbar bezeichnet und den Klimaschutz als Religion. Er argumentiert für die "saubere Industrie" und die Arbeitsplätze am Standort. Aufgrund damit verbundener Souveränität äußert er sich positiv zu erneuerbaren Energieträgern.

Im Nationalratswahljahr 2017 leugnete FPÖ-Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache mehrfach die menschliche Verursachung des Klimawandels wie auch den Konsens darüber. So im Interview mit der Tageszeitung "Der Standard" (Der Standard 2017), im O1-"Mittagsjournal" (Die Presse 2017) und in der Wahlkampfauseinandersetzung mit SPÖ-Spitzenkandidat Christian Kern (Kurier 2017).

Im O1 Mittagsjournal stellte Strache fest, dass es keineswegs erwiesen sei, dass der Mensch eine große Mitschuld am Klimawandel trägt. Es gäbe hier unterschiedliche wissenschaftliche Bewertungen wie etwa jene, dass der menschliche Einfluss prozentuell so klein sei, dass es vom Menschen nicht abhängen werde. "Viele Wissenschaftler meinen, dass der Klimawandel immer stattgefunden hat. [...] Das sind natürliche Entwicklungen. Grönland war einmal ein grünes Land mit Weinanbau. Das ist nicht von Menschenhand entstanden" (Die Presse 2017). Auch verwies Strache auf Studien die zunehmende Sonneneruptionen als Ursache für die Erwärmung der Erde behaupten.

In der Wahlkampfauseinandersetzung mit Christian Kern bestritt Strache den Klimawandel nicht, stellte jedoch fest, dass sich über den Anteil des Menschen daran "trefflich streiten" (Kurier 2017:1) ließe. Klima- und Umweltschutz spielten im FPÖ-Programm eine wichtige

---

<sup>71</sup> <https://www.eike-klima-energie.eu/ueber-uns/impressum/>, abgerufen am 2.4.2019.

Rolle, da diese auch Heimatschutz und Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskinde bedeuten. Strache verbindet hier das Thema Klima- und Umweltschutz mit Heimat und Identität. Ebenso mit dem traditionellen Wert der Familie.

Im Interview mit der Tageszeitung "Der Standard" bestritt Strache den wissenschaftlichen Konsens über den menschlichen Beitrag zum Klimawandel. Er berief sich dabei als Beispiel (wie auch im Wahlduell mit Christian Kern) auf den Physiker Werner Gruber. Werner Gruber zeigte sich in einem Gespräch mit der Umweltschutzorganisation Global 2000 darüber verärgert und erklärte falsch zitiert worden zu sein (Global 2000 2017<sup>72</sup>). Auch kritisiert Strache im Interview das Klimaschutzabkommen von Paris aufgrund mangelnder rechtlicher Verbindlichkeit und den Emissionszertifikatehandel weil dahinter große Konzerninteressen der Atomlobby stünden. Strache verbindet dadurch das Thema mit in der Regel negativ assoziierten Begriffen wie "Konzerninteressen" und "Atomlobby".

Nachdem Herbert Kickl (geschäftsführender Klubobmann der FPÖ, Stand 4.6.2019) bereits 2017 feststellte, dass der Klimawandel niemals ein anerkannter Asylgrund werden dürfe (FPÖ 2017c), greift EU-Parlamentsabgeordneter Harald Vilimsky in Reaktion auf einen diesbezüglichen Vorstoß der deutschen Grünen im August 2018 das Thema auf (Vilimsky 2018). Die Idee des Klimaflüchtlings suggeriere, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen einem Klimaereignis und einer Bevölkerungsbewegung gäbe, wobei die Zusammenhänge wesentlich komplexer seien. Vilimsky sieht dahinter den "Versuch, einen möglichen Klimawandel für weitere offene Grenzen zu instrumentalisieren" (Vilimsky 2018), entgegen den Interessen der eigenen Bevölkerung. Die Schuld für einen möglichen Klimawandel an der EU festzumachen, passe in die Argumentationslinie grüner Migrationspolitik. Vilimsky stellt mit der allgemein gehaltenen Formulierung "möglicher Klimawandel" diesen grundsätzlich in Frage. In seinem Beitrag übernehmen "Die Grünen" die Rolle des Feindbildes, die aufgrund ihrer Migrationspolitik eine Gefahr darstellen. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel würde ständig die Apokalypse beschworen, die dann ausbleibe, wie Vilimsky an einem Einzelbeispiel festmacht.

Im Dezember 2018 antwortet Heinz-Christian Strache im Interview auf die Frage, ob er vorhabe, gegen den Klimawandel anzukämpfen: "Umweltschutz ist Heimatschutz!" (Der Standard 2018:14) und spricht in der Folge das Plastiksackerlverbot an. Auf die anschließende Frage, was die Regierung gegen den Klimawandel tun wolle, antwortet er mit der Aussage, dass es eine offene Frage sei, inwieweit der Mensch den Klimawandel beeinflussen könne. Klimaveränderungen gäbe es seit Jahrtausenden. Wohin wir uns bei den Zackenbewegungen von Er-kältung und Erwärmung entwickeln, wisse auch die Wissenschaft nicht. Nachdem ihm die Interviewerin widerspricht und feststellt, dass es wissenschaftlich erwiesen sei, dass der Mensch die Hauptursache des momentanen Temperaturanstieges sei, hält Heinz-Christian Strache fest: "Alles, was mit Treibhausgasen zu tun hat, wollen wir reduzieren. Die Frage ist, wie groß der Anteil ist, das zu beeinflussen" (Der Standard 2018:14). Strache geht zunächst auf die Frage nach dem Klimaschutz nicht ein und spricht von Umwelt- und Heimatschutz. In der Folge

---

<sup>72</sup> <https://www.global2000.at/news/strache-und-der-klimaschutz>, abgerufen am 2.4.2019.

leugnet er das Wissen um den Menschen als Ursache des Klimawandels. Auch die Antwort auf die dritte und letzte Frage endet mit einer ursachenskeptischen Aussage.

FPÖ Klubchef Johann Gudenus<sup>73</sup> teilt im Interview im Jänner 2019 (Der Standard 2019) die Meinung von Heinz-Christian Strache und sagt, dass die Frage nach dem Beitrag des Menschen zum Klimawandel "für viele [...] eine neue Glaubensfrage zu sein [scheint]". Auch er leugnet den wissenschaftlichen Konsens über den menschlichen Beitrag zum Klimawandel. Zusätzlich stellt er fest, dass es eine Frage wäre, wie groß der menschliche Anteil am CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft sei. Es sei "wichtig, zu diskutieren, aber trotzdem nicht die Wirtschaft so einzuschränken, dass andere einen Wettbewerbsvorteil dadurch erlangen" (Der Standard 2019). Hier greift Gudenus auf das Standortargument und die Interessen der Wirtschaft zurück.

In einem Beitrag vom März 2019 (FPÖ 2019) auf der parteieigenen Homepage zur EU-Wahl stellt die FPÖ fest, dass die "Sozialisten" auf deren nächste Wahlniederlage zusteueren und dies mit deren Forderungskatalog auch noch aktiv unterstützen würden. "Die Forderungen reichten von einer „humaneren Flüchtlingspolitik“, der Verteidigung des Umverteilungsprojekts bis hin zum „verstärkten Kampf“ gegen den Klimawandel und die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen. Genau das, was Europas Bürger heute bewegt" (FPÖ 2019). Die FPÖ weist mit dieser Aussage auf die mangelnde Bürgernähe des Gegenübers hin. Die "Sozialisten" ist (hier) abwertend besetzt und zeigt das Arbeiten mit Feindbildern auf. Horizontale Ausgrenzung findet gegenüber Flüchtlingen und Homosexuellen statt, "Umverteilung" wird wie auch in der Programmatik (FPÖ 2011a) negativ besetzt. Der Kampf gegen den Klimawandel bewege (wie die anderen genannten Themen) Europas Bürger nicht. Das Problem des Klimawandels wird damit marginalisiert.

#### **4.1.3 Fallanalyse FPÖ**

Das Parteiprogramm 1985 unterscheidet sich von den späteren Programmen deutlich. Dies erklärt sich zunächst aus der Geschichte der Partei. Sie war zu diesem Zeitpunkt Regierungspartei in einer Koalition mit der SPÖ und damit in einer anderen Rolle als zum Zeitpunkt des Entstehens der Programme von 1997 und 2011. Ab 1970, und vor allem in der Ära Norbert Steger (1979-1986) war die FPÖ außerdem durch eine "liberale Zwischenphase" geprägt. Erst mit der Ära Jörg Haider als Bundesparteiobmann trat die Partei in ihre "rechtspopulistische Phase" ein, in der die Kontinuität der Partei in ihrer Tradition wieder stärker betont wurde (Pelinka 2002). Der im Vergleich zu den späteren Programmen breite Raum für Umweltthemen ist wohl auch dem Umstand geschuldet, dass sich in den 1980er Jahren das Konzept der ökologischen Modernisierung festsetzte und "Umweltpolitik zu einem permanenten Bestandteil im politischen Prozess geworden ist" (Pesendorfer 2007:237). Umweltschutz hat im Programm von 1985 wie auch in den späteren teils konservierenden Charakter, wobei in allen drei Programmen die Wichtigkeit der Bewahrung der Lebensgrundlagen betont wird. Während im Programm 1985 allerdings "Umweltschutz Teil einer weltweiten Überlebensstrategie" (FPÖ

---

<sup>73</sup> Johann Gudenus trat im Mai 2019 von allen seinen Ämtern zurück und aus der FPÖ aus.

1985:26) sein muss, findet sich die Absicherung der natürlichen Lebensgrundlagen im Programm von 1997 bzw. 2005 im Kontext eines "ökologischen Generationenvertrages" (FPÖ 2005:25) wieder. Im Programm 2011 schließlich bekennt man sich zum "Schutz unserer natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage für unsere Heimat Österreich" (FPÖ 2011:6). Gegenstand des Schutzes ist zunächst die Menschheit, später die folgenden Generationen und im aktuellen Programm "unsere Heimat".

Im Unterschied zu den späteren Programmen ist 1985 noch eine "reiche" Themenvielfalt vom Schutz des Waldes bis zum Schutz der Meere vorzufinden. Auch werden Umweltprobleme wie der saure Regen und die Zerstörung der Ozonschicht angesprochen, Umweltskeptizismus lässt sich im Programm von 1985 nicht verorten.

Das Ziel der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs in der Energieversorgung findet sich bereits im Parteiprogramm von 1985 und auch heute noch im Wahlprogramm 2017. In diesem wird das Ziel der Souveränität in Energiefragen mit Umweltschutzziele (nicht Klimaschutzzielen) verbunden: "Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele" (FPÖ 2017a). Die starke Verknüpfung von Fragen der Energieversorgung mit der Idee von Souveränität und Autarkie zeigt das von Norbert Hofer<sup>74</sup> herausgegebene Buch "Energie und Lebensmittel - Grundlagen zur Freiheit" (Hofer 2015), in dessen Vorwort Bundesparteiobmann Strache die FPÖ als "Naturschutz- und Heimatpartei" (Hofer 2015:6) bezeichnet. Atomkraft wird von der FPÖ in ihren Programmatiken konsequent abgelehnt. Insgesamt unterscheidet sich die FPÖ von anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien in ihrer Haltung gegenüber erneuerbarer Energie und gegenüber Atomenergie (Lockwood 2018). Die oben erwähnte Bezeichnung der FPÖ als "Naturschutz- und Heimatpartei" spiegelt die Kontextualisierung von Umwelt im Parteiprogramm von 2011 wieder, dessen zweiter Leitsatz die Überschrift "Heimat, Identität und Umwelt" (FPÖ 2011:5) trägt.

Die wirtschaftspolitische Positionierung im Parteiprogramm 1985 beinhaltet ein Bekenntnis zum freien Markt, im Parteiprogramm 1997 bzw. 2005 zu fairer Marktwirtschaft und freiem Wettbewerb und schließlich im Programm 2011 zu "Leistung in einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung" (FPÖ 2011:10). Wesentliche Elemente des neoliberalen Gedankengebäudes wie das Anstreben einer Umwandlung vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat, die Orientierung an einer global ausgerichteten Standortpolitik und die Ablehnung wohlfahrtsstaatlicher Verteilungsmaßnahmen (Grimm 2018) spiegeln sich insbesondere im Wahlprogramm 2017 sowie im Wirtschaftsprogramm 2017 wider. Aber auch im aktuellen Parteiprogramm, in dem festgehalten wird, dass "niedrige Steuern und Leistungsanreize [...] Subventionen und Umverteilung vorzuziehen" (FPÖ 2011:10) sind.

Im Handbuch freiheitlicher Politik (FPÖ 2013) wird direkt auf die internationale und europäische Klimapolitik Bezug genommen. Sie wird als intransparent und ungerecht wahrgenommen. Dies spiegelt sich auch im von Schaller und Carius (2019) erhobenen Abstimmungsverhalten der FPÖ Abgeordneten im Europäischen Parlament wider (siehe Kapitel 3). Im Zusam-

---

<sup>74</sup> Zuletzt Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie und vormals langjähriger Umweltsprecher der FPÖ. Seit Mai 2019 designierter Bundesparteiobmann.

menhang mit der Forderung nach einem Erneuerbare-Energie-Gesetz wird Klimaschutz "verdächtig", als Deckmantel benutzt zu werden. Der Emissionszertifikatehandel sei eine Abzocke, der als Maßnahme gegen eine "unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe" (FPÖ 2013:60) gerechtfertigt würde.

Bemerkenswert ist, dass der Klimawandel weder in den Programmen der Partei noch im Wahlprogramm 2017 oder im Wirtschaftsprogramm 2017 erwähnt wird. Das Thema Klimawandel scheint auf der Agenda der FPÖ nicht vorhanden zu sein. Dies könnte darin begründet liegen, dass eine Auseinandersetzung mit dem Klimawandel abgelehnt wird, weil er ein Thema kosmopolitischer Eliten ist (Lockwood 2018). Es kann aber auch als Ausdruck von Leugnung und Skeptizismus interpretiert werden. Denn wenn der Klimawandel nicht stattfindet, nicht beeinflussbar ist oder keine Bedrohung darstellt, dann gibt es auch keinen Anlass dafür, den "Kampf gegen den Klimawandel" auf die politische Agenda zu setzen. Eine allzu offensive Positionierung als Skeptiker oder Leugner wäre gleichzeitig aber riskant, da dafür wohl keine breite Zustimmung in der Bevölkerung zu finden wäre. Eine klimaskeptische Argumentation kann in die Aussagen zum Emissionszertifikatehandel im Handbuch freiheitlicher Politik interpretiert werden. Die dortige Argumentation suggeriert, dass eine angebliche aber nicht eingetretene Klimakatastrophe als Vorwand für die Einführung des Zertifikatehandels benutzt wurde.

Die Programmatik der Partei ist aufgrund der Verknüpfung von Umwelt bzw. Natur, Heimat und Identität als "Ökologie von rechts" (Geden 1999:51) zu bezeichnen. Souveränität und Nationalismus spielen in der Auseinandersetzung mit "Umwelt, Natur und Energie" eine wesentliche Rolle. Die große Bedeutung des "Bewahrenden" in Bezug auf die Umwelt wie auch auf die Bauernschaft (FPÖ 2005; FPÖ 2017a), insbesondere aber auf Kultur, Werte und Identität im Zusammenhang mit dem Islam und der Asylthematik, verweist deutlich auf die im analytischen Rahmen thematisierte rückwärtsgewandte und soziale Verhältnisse bewahrende Utopie.

In der Tagespolitik werden Klimaskeptizismus und -leugnung durch die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache ab 2010 manifest. Dies vor allem in Verbindung mit Forderungen, aus dem Kyoto-Protokoll auszusteigen. Leugnung und klimaskeptische Positionierungen sind von hochrangigen Funktionären der Partei, darunter Heinz-Christian Strache, Manfred Haimbuchner und Harald Vilimsky vorzufinden. Dies hat sich auch während der Regierungsbeteiligung von Dezember 2017 bis Mai 2019 nicht geändert (vgl. oben Heinz-Christian Strache im Dezember 2018). Keine klimaskeptische Positionierung konnte seitens des ab 2019 amtierenden Parteichefs Norbert Hofer gefunden werden. Dies deckt sich mit Hofers Aussage in der aktuellen Stunde des Parlaments zum Klimagipfel von Kopenhagen Ende 2009, als er sagte: „ich bin der Meinung der Mensch **hat** einen Einfluss auf den Klimawandel“ (Sten Prot NR 2009:34, [Anm.: Hervorhebung des stenographischen Protokolls übernommen]) und auch damit, dass er als langjähriger Umweltsprecher der Partei gegenüber der Tageszeitung "Die Presse" 2016 zum Thema einräumte: "da gibt es verschiedene Meinungen [Anm.: in der Partei]" (Auer 2016).

Wie dies auch die vorhergehende Analyse der Programmatik gezeigt hat, wird das Thema "Klimawandel" seitens der FPÖ nicht aktiv auf die Agenda gesetzt. So steht auch in der "FPÖ-



Regierungs-Zwischenbilanz 2.0" zwar, dass Norbert Hofer mitverantwortlich für die Umsetzung der Klimastrategie "#mission2030" sei, der Begriff "Klimawandel" findet sich aber auch dort nicht (FPÖ 2018).

Ebenfalls wurde in den zuvor analysierten Stellungnahmen das Thema fast ausschließlich "extern vorgegeben" (durch Interviewer, Moderatoren oder die Tagesordnung im Parlament). Klimaskeptizismus tritt fast durchgehend als Leugnung oder Skeptizismus gegenüber der menschlichen Verursachung oder den wissenschaftlichen Konsens darüber in Erscheinung (Ursachen- und Konsensskeptizismus).

Der verwendete Slogan "Umweltschutz ist Heimatschutz!" sowie die Bezeichnung der FPÖ als "Naturschutz- und Heimatpartei" weisen ebenso auf die Vorstellung von der begrenzten und souveränen Nation hin, wie die langjährigen Forderungen der Partei (insbesondere Norbert Hofers) im Hinblick auf eine möglichst weitreichende Unabhängigkeit in der Energieversorgung.

Aussagen in Bezug auf die Klimapolitik sind vom mangelnden Vertrauen sowohl in die Europäische Union als auch in das Handeln anderer Länder geprägt. Im diskutierten Beitrag von Harald Vilimsky tritt das Feindbild "der Grünen" hinzu. Sie werden mit Klimapolitik und dem Thema Klimawandel assoziiert. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, wie die Ablehnung gegenüber einem Feindbild und gegenüber der (multilateralen) Klimapolitik auf die Zurückweisung des Klimawandels "als solchen" übertragen wird.

Der Klimaschutz als Reaktion auf den Klimawandel ist ein postmaterieller Wert. Er und die mit ihm verbundene Forderung nach einer "Großen Transformation" (WBGU 2011) bedrohen "unsere Lebensweise" und damit zentrale Werte der FPÖ, wie "Identität" und "Freiheit". Damit wird, wenn auch indirekt, das Anerkennen des vom Menschen verursachten Klimawandels zur Bedrohung. Ursachenskeptizismus- und Leugnung wären, diesem Gedanken folgend, nur eine "logische Konsequenz". Die standortnationalistische Argumentation Manfred Haimbuchners (Bedrohung und Gefahr der Abwanderung der Industrie), bildet die im analytischen Rahmen angesprochene "Brücke" zwischen Nationalismus und Neoliberalismus.

## **4.2 AfD – Alternative für Deutschland**

Die 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) ging aus dem Widerstand gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Eurokrise hervor. Sie konzentrierte sich anfangs weitgehend auf das Euro-Thema und bildete unter Bernd Lucke ein "gemäßigtes ideologisches Profil heraus, das marktwirtschaftlich liberale mit gesellschaftspolitisch konservativen Positionen verband" (Decker 2018a:1). Den Einzug in die Parlamente verfehlte die AfD bei der Bundestagswahl sowie der Landtagswahl in Hessen, beide im September 2013, nur knapp. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 bescherten der Partei allerdings einen großen Erfolg. Sie erhielt 7,1% der Stimmen und konnte damit 7 Abgeordnete entsenden (EP 2019b).

Durch das Abflauen der öffentlichen Debatte zum Eurothema verschoben sich die innerparteilichen Gewichte vom Wirtschaftsliberalismus zum Nationalkonservatismus. Dazu kamen die erfolgreichen Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, die von den dortigen Landesorganisationen als Bestätigung für den von ihnen verfolgten rechtspopulistischen Kurs gesehen wurden. Mit der Niederlage Bernd Luckes gegen Frauke Petry bei der Wahl um den Parteivorsitz im Juli 2015 und dem darauffolgenden Parteiaustritt Luckes sowie den meisten

wesentlichen Vertretern des wirtschaftsliberalen Flügels, vollzog die Partei einen Rechtsruck (Decker 2018a). Im Mai 2016 verabschiedete der Bundesparteitag das erste Grundsatzprogramm der AfD (AfD 2016a). Die marktliberal geprägte Programmatik täuscht nach Decker (2018a; 2018b) über die wahren Kräfteverhältnisse in der AfD hinweg. Die Forderungen nach einer Verschlankung des Wohlfahrtsstaates wurden immer weniger konsensfähig, ostdeutsche Landesverbände favorisieren mehrheitlich einen sozialpopulistischen Kurs (Decker 2018b).

Ab Herbst 2015 gewann die AfD mit ihrem rechtspopulistischen Kurs aufgrund der einsetzenden Flüchtlingskrise und mit „Rückenwind“ durch islamistische Terroranschläge an Popularität. Im Jahr 2016 konnte sie gleich bei fünf Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse erzielen. 2017 setzte sich der Einzug in die Landtage fort, allerdings mit schlechteren Wahlergebnissen. Interne Machtkonflikte und richtungspolitische Auseinandersetzungen sowie eine weiter voranschreitende Radikalisierung prägten das Erscheinungsbild der Partei (Decker 2018c). Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die AfD einen Stimmenanteil von 12,6% (CIA World Factbook 2019) und wurde drittstärkste Kraft im deutschen Bundestag sowie stärkste Oppositionsfraktion (Deutscher Bundestag 2019a<sup>75</sup>). Frauke Petry trat nach der Bundestagswahl aus der AfD aus. Ihr Nachfolger wurde im Dezember 2017 der dem national-konservativen Flügel zuzuordnende Alexander Gauland (Decker 2018d). Er und Jörg Meuthen sind die derzeitigen Bundessprecher der AfD, die seit den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2018 in allen 16 deutschen Landtagen vertreten ist (Fiedler 2018). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 erhielt die AfD 11% der Wählerstimmen, wodurch sich die Zahl ihrer Sitze von 7 auf 11 erhöht (EP 2019b).

#### **4.2.1 Parteiprogrammatik der AfD zum Klimawandel**

Im ersten Teil der Fallstudie werden zunächst wesentliche Inhalte des (ersten und aktuellen) Grundsatzprogramms der AfD aus dem Jahr 2016 sowie des Bundestagswahlprogramms 2017 thematisch zusammengefasst. Da die Verabschiedung der beiden Programme auf Bundesebene relativ zeitnah stattfand (Mai 2016 bzw. April 2017), wird das zur Analyse stehende Material um das Europawahlprogramm 2019 ergänzt. Die gemeinsame Diskussion und Interpretation der Dokumente erfolgt im Zuge der Fallanalyse (Kapitel 4.2.3).

##### **Grundsatzprogramm 2016**

Das Grundsatzprogramm der AfD (AfD 2016a) wurde im Frühjahr 2016 wenige Monate nach dem Klimagipfel von Paris vom Bundesparteitag unter dem Parteivorsitz von Frauke Petry und Jörg Meuthen beschlossen. Das Programm umfasst 14 Kapitel, darunter die für diese Arbeit wesentlichen Kapitel 12 "Energiepolitik", Kapitel 13 "Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft" und Kapitel 14 "Infrastruktur, Wohnen und Verkehr".

Das erste der sechs Unterkapitel zur Energiepolitik trägt den Titel "Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden, Umwelt schützen" (AfD 2016a:156). Es beginnt mit der Feststellung, dass sich das Klima wandelt, seit die Erde existiert. Klimaschutzpolitik beruhe auf "hypothetischen Klima-

---

<sup>75</sup> Die AfD hält 91 der 709 Sitze ([https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung\\_19wp/sitzverteilung19-529524](https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung_19wp/sitzverteilung19-529524), abgerufen am 9.4.2019).

Modellen basierend auf computergestützten Simulationen des IPCC" (AfD 2016a:156). CO<sub>2</sub> sei kein Schadstoff, sondern unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens. Das IPCC versuche, die mittels CO<sub>2</sub>-Emissionen vom Menschen verursachte globale Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit nachzuweisen. Messungen oder Beobachtungen würden die Aussagen der Computermodelle, auf die sich das IPCC beruft, nicht bestätigen. Im Grundsatzzprogramm wird weiter festgestellt, dass wir heute in einer Warmzeit, ähnlich der mittelalterlichen und der römischen, leben. Die IPCC-Modelle würden diese Warmzeiten nicht erklären können. Im Widerspruch zu den IPCC-Prognosen gäbe es trotz steigender CO<sub>2</sub>-Emissionen seit Ende der 1990er Jahre keinen weiteren Temperaturanstieg. Die positive Wirkung des CO<sub>2</sub> auf das Pflanzenwachstum und damit die Welternährung werde vom IPCC und der deutschen Regierung unterschlagen.

Die deutsche Regierung missbrauche die steigende CO<sub>2</sub>-Konzentration unter dem Schlagwort "Klimaneutrales Deutschland 2050" zur "Großen Transformation" der Gesellschaft. Folgen dieser Transformation seien die massive Einschränkung der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit, eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts und eine Senkung des Lebensstandards. Außerdem die Destabilisierung und Verteuerung der Stromversorgung.

Abschließend bekennt sich die AfD zum Umweltschutz, will aber die Klimaschutzpolitik, Pläne zur Dekarbonisierung und zur Transformation der Gesellschaft sowie die Wahrnehmung von CO<sub>2</sub> "nur als Schadstoff" (AfD 2016a:157) beenden. Die AfD lehnt Alleingänge Deutschlands zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ab.

Im folgenden Unterkapitel stellt die AfD fest, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Energiewende die Stromversorgung gefährden und den Strompreis hochtreiben würden. Das EEG sei als staatliche Planwirtschaft eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft. Die staatliche Zwangsvermarktung mittels Vorranginspeisung und Subventionierung sei im Ergebnis eine gigantische Umverteilung von Vermögen von der Bevölkerung und der Wirtschaft hin zu wenigen Subventionsgewinnern. Durch den Ausbau von Anlagen würden sich große Flächen in Industriegebiete verwandeln. Die AfD tritt für eine ersatzlose Abschaffung des EEG ein und will einzelne Energieträger weder bevorzugen noch benachteiligen. Der Ausbau der Windenergie bringe mehr Schaden als Nutzen, da Windenergieanlagen das Bild der Kulturlandschaften zerstören würden und überdies für Vögel eine tödliche Gefahr seien. Anlagen sollen nur noch ausnahmsweise zugelassen werden, wo keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten seien. "Fracking" stehe die AfD zurückhaltend gegenüber, will sich dessen potentielle Möglichkeiten aber offenhalten. Die Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft erachtet die AfD als überhastet, "sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich" (AfD 2016a:164). Sie spricht sich für eine übergangsweise Laufzeitverlängerung sowie das Erlauben von Forschung zu Kernenergie, Reaktor- und Kraftwerkstechnik aus. Weiters will die AfD in der Energiepolitik die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, die dem Klimaschutz dienen sollen, ersatzlos streichen. Diese seien eine staatliche Bevormundung von Eigentümern und Mietern. Zwecks sofortiger Entlastung der Bevölkerung will die AfD außerdem die Stromsteuer streichen.

Unter dem Titel "Freie Nutzung der Verkehrsmittel ohne Schikanen" spricht sich die AfD "strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein Umstieg auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erzwungen werden soll"

(AfD 2016a:173) aus. Sie kritisiert die steigende Zahl nicht nachvollziehbarer Geschwindigkeitsbeschränkungen, die seitens der Kommunen vorrangig als zusätzliche Einnahmequelle genutzt würden. Sie fordert "Freie Fahrt für freie Bürger" (AfD 2016a:183).

### **Bundestagswahlprogramm 2017**

Das Bundestagswahlprogramm 2017 (AfD 2017) entspricht dem Aufbau nach wie auch inhaltlich weitgehend dem Grundsatzprogramm 2016. Zum Thema Klimawandel wird festgestellt, dass das Spurengas CO<sub>2</sub> kein Schadstoff, sondern unverzichtbare Voraussetzung allen Lebens sei. Die Aussagen des IPCC, dass Klimaänderungen vorwiegend vom Menschen verursacht würden, seien wissenschaftlich nicht gesichert. Deutschland habe sich durch den Beitritt zum Pariser Abkommen und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung verpflichtet, "weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen" (AfD 2017:65). Die AfD spricht sich in ihrem Wahlprogramm für die Kündigung des Pariser Klimaabkommens und den Austritt Deutschlands aus allen Klimaschutzorganisationen aus. Klimaschutzorganisationen soll außerdem jede Unterstützung entzogen werden.

Der Ökostrom wird als planwirtschaftlich erzeugt bezeichnet. Er treibe die Strompreise nach oben, die Subventionen flößen zu den Profiteuren der Energiewende, während durch die Belastung der Haushalte eine Umverteilung von unten nach oben stattfände. Die ständige Verschärfung von Verordnungen und Gesetzen resultiere in entsprechend hohen Mieten, die die unteren Einkommensgruppen besonders hart treffen. Die Windenergie wird als "energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv" (AfD 2017:72) angesehen und bringe mehr Schaden als Nutzen.

Die AfD spricht sich für den Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Nutzungsdauer aus und hält außerdem fest, dass Deutschland auf absehbare Zeit auf die Nutzung von Gas- und Kohlekraftwerken nicht verzichten können werde.

Die AfD vertritt den Standpunkt, dass sich die Elektromobilität auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln müsse. Zum Thema Verkehr hält die Partei in ihrem Wahlprogramm fest: "Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, z.B. Dieselfahrzeuge, lehnt die AfD ab" (AfD 2017:69). Sie spricht sich gegen flächendeckende Tempolimits sowie Umweltzonen aus.

In Bezug auf die Schaffung von Wohnraum spricht sich die AfD neben der Ausweisung von mehr Bauland und anderen Maßnahmen auch für eine "Kostenverringerung durch die Beseitigung unnötiger Vorschriften etwa zur Wärmedämmung" (AfD 2017:70) aus.

In einem an die Öffentlichkeit gelangten internen Strategiepapier der AfD für das Wahljahr 2017 (AfD 2016b) werden im Zuge der Abgrenzung von den politischen Gegnern im Parteienspektrum die Grünen als der eigentliche politische Gegner, der noch stärker als bisher frontal angegriffen werden sollte, identifiziert. Die Konfliktfelder mit den Grünen werden dabei als unbegrenzt angesehen. Als zentrale Botschaft zu den Grünen formuliert die AfD in ihrem Strategiepapier: „Die Grünen sind die Erben der 68er Generation. Sie tragen für die Missstände in unserem Land von der unbegrenzten Zuwanderung [...] bis zur Verteuerung der Energie und hohen Steuern die Verantwortung. [...] Hinter ihrem umweltpolitischen Mäntelchen verbergen sich knallharte Interessengruppen und Lobbys. [...] Die Grünen sind das Gegenprogramm zur

AfD“ (AfD 2016b:25). Die Grünen werden im Strategiepapier auch als Feindbild für viele AfD-Anhänger identifiziert.

### **Europawahlprogramm 2019**

Das letzte der 13 Kapitel des Europawahlprogramms 2019 (AfD 2019a) befasst sich mit „Energie, Klima, Technik und Infrastruktur“. Eingangs wird festgehalten, dass die Energiepolitik hoheitliche Aufgabe souveräner Staaten sei. Zur Rolle des Menschen in Bezug auf die globale Erwärmung hält die AfD fest: „Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte“ (AfD 2019a:79). Klimaschutzpolitik sei daher ein Irrweg. Nicht zuletzt der steigende CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre habe zur signifikanten Zunahme der Weltnahrungsernte beigetragen. Das Klimaschutzabkommen von Paris wird unter anderem abgelehnt, weil es eine Verschiebung von Geldmitteln zu unterentwickelten Ländern vorsehe. „Ferner lehnt die AfD alle EU-Maßnahmen ab, welche die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen“ (AfD 2019a:79). Die von der EU und der deutschen Regierung angestrebte Dekarbonisierung, die als „Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ propagiert werde, entwickle „sich zunehmend zu einer illegitimen gesellschaftlichen Wende hin zu einem ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft“ (AfD 2019a:79).

Ein breiter Energiemix wird von der AfD als wesentlich erachtet, wobei Braunkohle als der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung gesehen wird. Der von EU und Bundesregierung angestrebte Kohleausstieg wäre nach dem Abschalten der Kernkraftwerke „das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland“ (AfD 2019a:80). Die Verwendung fossiler Energieträger könne mittel- und langfristig vor allem durch die Weiternutzung der emissionsfreien Kernkraft reduziert werden, die Stromerzeugung durch Kernenergie gehöre heute zu den sichersten Technologien.

Im Abschnitt Verkehr bekennt sich die AfD dazu, die individuelle Mobilität auf keinen Fall einschränken zu wollen. Eine „ideologisch begründete Verbotspolitik“ (AfD 2019a:83) werde es mit ihr nicht geben. Die Bedeutung des Verbrennungsmotors für die deutsche Industrie und dessen behaupteten Vorteile gegenüber der Elektromobilität werden ausgeführt. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million E-Mobile auf deutsche Straßen zu bringen, würde verfehlt: „Trotz millionenschwerer Subventionen und mit Falschmeldungen (Fake News) unterlegter Propaganda gegen die Verbrenner, konnten die Kunden nicht zum Kauf von, für die individuelle Mobilität untauglichen, E-Fahrzeugen überzeugt werden“ (AfD 2019a:84f). Im Zusammenhang mit Verbrennungsmotoren und Dieselfahrzeugen spricht die AfD von der Enteignung von Millionen Diesel-Fahrern und vom Versuch "die seit Jahren sauberer werdende Luft in unseren Städten als gesundheitsgefährdend darzustellen" (AfD 2019a:43).

Auch in Kapitel 7 „Umweltschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ wird der Verbrennungsmotor thematisiert. Regierung, etablierte Parteien und die EU würden verkünden, dass der Verbrennungsmotor schlecht und unzeitgemäß sei und die Zukunft in der Elektromobilität läge. Diese würden mit „umstrittenen, als Umweltschutzverbände getarnten, Abmahnvereinen“ (AfD 2019a:43) zusammenarbeiten. Weiters behauptet die AfD, dass die Elektromobilität keine

Vorteile beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß und der Ressourcenschonung bringe. In diesem Zusammenhang wird auch die Ablehnung der erneuerbaren Energieträger angesprochen: „Der propagierte Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien führt zu einer Vernichtung unserer Natur- und Kulturlandschaft“ (AfD 2019a:43).

#### 4.2.2 Tagespolitische Positionierung der AfD zum Klimawandel

Klimaskeptizismus und -leugnung zählen zu den Hauptmerkmalen der AfD (Schaller und Carius 2019). Klimaskeptische Äußerungen von Parteimitgliedern wurden durch Bernd Lucke (Parteivorsitzender bis Juli 2015) noch relativiert, indem er sie als private Äußerungen bezeichnete und festhielt, dass die AfD natürlich nicht an den wissenschaftlichen Evidenzen zweifle und CO<sub>2</sub> ein Klimakiller sei. Der AfD „gehe es aber darum, eine „kostengünstige“, „international tragfähige und wettbewerbsfähige“ Energiepolitik zu machen“ (Götze und Kirchner 2016:6). Seit Luckes Parteiaustritt und dem Rechtsruck der AfD ist die Leugnung des Klimawandels Parteilinie. Wie oben ersichtlich wurde, leugnet die AfD bereits in ihrer Programmatik den Trend der globalen Erwärmung wie auch dessen anthropogenen Ursachen bzw. die „Bedrohung von Mensch und Natur durch den fortschreitenden Klimawandel“ (Rahmstorf 2016:1). Daher fokussiert die folgende Auseinandersetzung mit der tagespolitischen Positionierung der Partei nicht auf die Suche nach klimaskeptischen Aussagen, sondern auf deren Kontextualisierung und Rhetorik sowie Aktivitäten der Partei. Anhand von Aussagen von AfD-Spitzenpolitikern sowie AfD-Abgeordneten zum deutschen Bundestag in jüngster Vergangenheit, werden die Argumentationsstränge und -muster der Partei charakterisiert.

Im Vorfeld der Klimakonferenz von Paris 2015 stellte die auf Bernd Lucke folgende Parteivorsitzende Frauke Petry fest, dass Panikmache vor dem Klimagipfel fehl am Platz sei (AfD 2015). Der Klimawandel erhitze die Gemüter, während die globale Mitteltemperatur in den letzten 19 Jahren annähernd konstant geblieben sei. Die öffentliche Panikmache verleite zu überhasteten und kopflosen Entscheidungen, wie dies beim Erneuerbare-Energien-Gesetz der Fall gewesen wäre. Man habe sich zum Schaden der Menschen von Panik und Lobbyisten leiten lassen (AfD 2015). Die Behauptung des Gleichbleibens der globalen Mitteltemperatur seit den 1990er Jahren (vgl. Klimafakten.de 2016<sup>76</sup>) und damit die Leugnung des Trends ist ein „klassisches“ Argument der Klimawandelleugner. Die Aussage wie hier von Petry getroffen, dass klimapolitische Maßnahmen irrational, von Lobbyisten beeinflusst und zum Nachteil der Menschen seien, findet sich bei der AfD immer wieder.

In Reaktion auf die Ankündigung des VW-Konzerns, im Zusammenhang mit dem geplanten Umstieg auf die Produktion von Elektroautos in den nächsten Jahren Stellen zu streichen, bezeichnete Alexander Gauland, seit 2017 gemeinsamer Parteivorsitzender mit Jörg Meuthen, die Angstmache vor dem Klimawandel als Bedrohung für den deutschen Wohlstand. Die Klimahysterie trage immer stärker religiöse Züge, der von den Grünen vorangetriebene Kampf

---

<sup>76</sup> <https://www.klimafakten.de/sites/default/files/downloads/faktencheckafd-grundsatzprogramm.pdf>, abgerufen am 30.4.2019.

gegen den Verbrennungsmotor bedrohe das Fundament unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes: „Wenn die deutsche Autoindustrie ins Rutschen kommt, droht das ganze Land in die Krise zu stürzen. Mit schwerwiegenden Folgen: Denn ohne Wohlstand werden wir uns unseren Sozialstaat nicht mehr leisten können. Am Ende müssen wieder einmal die Schwachen die Zeche für diese unverantwortliche Politik zahlen“ (AfD 2019b). Gauland spricht von drohender Krise, „die Grünen“ sind das Feindbild die den Status Quo („den auf der Autoindustrie beruhenden deutschen Wohlstand“) bedrohen. Leidtragende der Klimapolitik seien letztlich die „Schwachen“.

Im deutschen Bundestag betreibt die AfD aktiv Politik gegen den Klimaschutz. Zum Beispiel forderte sie

- im Juni 2018 die Aufgabe der Energie- und Klimaschutzzwischenziele 2030 wegen erwiesener Nutz- und Wirkungslosigkeit. Die AfD begründete ihre Forderung mit dem verschwindend geringen Einfluss der Emissionen Deutschlands auf das „sogenannte Weltklima“ (Deutscher Bundestag 2018:5). In ihrer Begründung zum Antrag argumentiert die AfD mit Zweifel indem sie feststellt, dass der Treibhauseffekt bisher nirgends bewiesen wurde. Außerdem, dass es in der Wissenschaft hoch umstritten sei, welcher Anteil des vom Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in der Atmosphäre verbleibe (Deutscher Bundestag 2018),
- im Juli 2018 die Streichung aller Ausgaben für den „sogenannten Klimaschutz“, da „wir [Anmerkung: die AfD] den Klimawandel als natürliches Phänomen und nicht als menschengemachtes ansehen“ (AfD 2018:27),
- im Februar 2019 „Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Ausstieg aus dem Kohleausstieg“ (Deutscher Bundestag 2019b:1). Der Kohleausstieg sei ein planwirtschaftlicher Eingriff in ein funktionierendes System der die Versorgungssicherheit gefährde, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie mindere und enorme Kosten verursache. Durch den Ausgleich steigender Strompreise über den Bundeshaushalt fände zudem eine bewusste Täuschung der Bürger, ein bewusster Betrug am Steuerzahler statt. Außerdem würde der deutsche Kohleausstieg global betrachtet keinen Unterschied bewirken und es würden „die deutschen Bemühungen um eine vermeintliche Rettung des Weltklimas geradezu lächerlich anmuten“ (Deutscher Bundestag 2019b:4).

„Die Existenz unserer kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetriebe wird auf dem Altar des ‚Klimaschutzes‘ geopfert“ (AfD 2019c), so der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion in einer Pressemeldung auf Novellen der Düngemittelverordnung (mit dem Ziel von Emissionsreduktionen) bezugnehmend. Die Klimaschutzpolitik sei ein Irrweg und CO<sub>2</sub> kein Schadstoff. „Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, desto kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus. Wir dürfen keine weiteren Existenzvernichtungen und Umweltzerstörungen unter dem Deckmantel des ‚Klimaschutzes‘ tolerieren“ (AfD 2019c).

In der aktuellen Stunde vom 15. März 2019 zur „Haltung der Bundesregierung zu den Klimastreiks der Fridays-for-Future-Bewegung und der Petition Scientists for Future“ (Deutscher Bundestag 2019d:10353) waren zwei Redner der AfD am Wort. Götz Frömming zog einen

Vergleich zu Demonstrationen in den 1980er Jahren. Damals hätten viele Angst vor einem Atomtod gehabt. Diese Angst hätte sich genau wie heute die Angst vor dem Klimawandel und seinen Folgen vor allem auf junge Menschen übertragen. Im Unterschied zu heute hätten sich die damaligen Regierungsverantwortlichen aber nicht „von dieser kollektiven Hysterie anstecken lassen“ (Deutscher Bundestag 2019d:10355). Höchste Regierungsvertreter würden aber heute nach Gefühl und öffentlicher Stimmung handeln, für die Bundeskanzlerin und die Justizministerin sei die Missachtung der Schulpflicht plötzlich kein Problem mehr, wenn die Gesinnung stimme. Das Verhalten der Regierung sei schizophren, denn „Demonstrationen mit und nicht gegen die Regierung kennen wir nur aus Diktaturen“ (Deutscher Bundestag 2019d:10356).

Der zweite AfD-Redner Marc Jongen griff zunächst ebenfalls Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre Unterstützung der Bewegung an. In der Folge griff er Greta Thunberg und ihr Umfeld an. Im Hintergrund des Medienhypes um Greta Thunberg, die er als „Mädchen mit dem Habitus einer 12-jährigen“ (Deutscher Bundestag 2019d:10371) bezeichnete, fänden sich geschäftstüchtige Eltern, findige NGOs und die mächtige Klimalobby. Marc Jongen sprach davon, dass ein krankes Kind in einer professionell inszenierten Kampagne missbraucht werde und von wahnhafter Klimarettungspolitik „die immer mehr einer Zivilreligion gleicht mit Greta Thunberg als kindlicher Prophetin an der Spitze“ (Deutscher Bundestag 2019d:10372). In Bezug auf die Erderwärmung habe „sich Greta auch nur das angelesen, was der Weltklimarat auf der Grundlage sehr fehleranfälliger Computermodelle verkündet“. Aber sie tue „die Wahrheit über die Schuld- und Angstreligion, die die Grünen etablieren wollen, um ihre irrationale, für Deutschland zutiefst schädliche Klimapolitik durchzusetzen“ kund (Deutscher Bundestag 2019d:10372). In weiterer Folge rechnete Marc Jongen irreführend und falsch<sup>77</sup> vor, wie gering der Beitrag Deutschlands zum CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre sei. Dafür leiste man sich die Kosten und Risiken (Deindustrialisierung, Blackout) der Energiewende. Vor diesem Hintergrund müsse man sich die Frage, ob das CO<sub>2</sub> für die Erderwärmung mitverantwortlich ist, gar nicht mehr stellen. „Das ist eine wahnhaftige und – auch dafür steht der Fall Greta Thunberg zeichenhaft – eine infantile Politik“ (Deutscher Bundestag 2019d:10372).

Die Redner lenken vom Thema ab indem sie über anderes wie z.B. die Schulpflicht sprechen. Jongen wirft außerdem die „Verschwörungstheorie“ der Instrumentalisierung von Greta Thunberg auf. Klimaschutz wird als Religion, Hysterie und Wahn bezeichnet, insgesamt als irrational und damit als etwas antiaufklärerisches und unwissenschaftliches dargestellt. Die Klimapolitik wird, ebenso wie die Grünen, als Gefahr für Deutschland gesehen.

---

<sup>77</sup> Er bildet das Produkt aus dem Anteil der deutschen Emissionen an den weltweiten Emissionen, dem Anteil des CO<sub>2</sub> anthropogenen Ursprungs am insgesamt in der Atmosphäre vorhandenen CO<sub>2</sub> (dieser Wert ist nicht relevant, da es ja nur um das CO<sub>2</sub> geht, das abseits des natürlichen Kreislaufs in die Atmosphäre gelangt) und dem Anteil des CO<sub>2</sub> in der Luft (dieser Wert ergibt in der Rechnung überhaupt keinen Sinn). Unabhängig von (der hier nicht weiter überprüften) Richtigkeit der jeweiligen Werte, ist das Ergebnis offensichtlich nicht wie behauptet der Anteil des CO<sub>2</sub> in der Luft, das in Deutschland produziert wird.



Der AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse verteilte auf einer Fridays-for-Future Demonstration im März 2019 ein Klimawandelquiz (Hilse, Facebook<sup>78</sup>). Das Quiz beinhaltet acht Fragen. Frage 4 „Wie hoch ist der Anteil des vom Menschen verursachten CO<sub>2</sub> an den Gesamtemissionen von CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre?“ (Hilse, Facebook) setzt den geschlossenen natürlichen CO<sub>2</sub>-Kreislauf mit dem zusätzlich durch den Menschen eingebrachten CO<sub>2</sub> in Relation. Durch dieses Verhältnis soll suggeriert werden, dass der Anteil des Menschen vernachlässigbar sei. Auch Marc Jongen tat dies in seiner Bundestagsrede (siehe oben). Frage 5 lautet: „Seit der letzten großen Eiszeit vor ca. 11.000 Jahren bis zur Industrialisierung vor ca. 150 Jahren war der CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre relativ stabil. Wie verhielten sich die durchschnittlichen Temperaturen in diesem Zeitraum?“ (Hilse, Facebook). In ihrer Antwort darauf behauptet die AfD, dass es „mehrere kleine Eiszeiten und vier Warmzeiten in denen es teilweise mehrere Grad wärmer war als heute“ (Hilse, Facebook) gab. Für die mittlere globale Temperatur trifft dies mit Sicherheit nicht zu (Rahmstorf 2019a). In Frage 7 thematisiert das Quiz die Kosten der Energiewende für Deutschland, die durch Angabe eines Betrages höher erscheinen, als dies in Relation zum BIP der Fall ist (Rahmstorf 2019a). Frage 8 „Welchen konkreten Temperaturwert gibt das IPCC (Weltklimarat) an, von dem aus die Temperatur nicht mehr als 1,5°C bzw. 2°C steigen soll (lt. IPCC vorindustrielle Zeiten)?“ (Hilse, Facebook) ist irreführend. Die richtige Antwort, dass kein konkreter Temperaturwert angegeben wird und die Diskussion um Absolutwerte kann zu Verwirrung und Widersprüchen führen. Tatsächlich ist aber die Veränderung der Temperatur, die sehr genau bekannt ist, relevant (Rahmstorf 2019b). Davon wird hier abgelenkt.

Die Fragen sind teils suggestiv, teils irreführend und teilweise mit falschen (laut AfD richtigen) Antworten versehen (Rahmstorf 2019a). Das gesamte Quiz ist darauf ausgerichtet Unsicherheit und Zweifel an der anthropogen verursachten globalen Erwärmung hervorzurufen, während die Kosten der Klimapolitik bewusst hoch dargestellt werden.

Im Zusammenhang mit den Argumentations- und Vorgehensweisen der Partei und ihrer Akteure, die insgesamt jenen organisierter Klimaskeptiker und -leugner (vgl. vorne zu CTTs) entsprechen, ist die Verbindung der AfD zum „Europäischen Institut für Klima und Energie“ (EIKE) bedeutsam. Der Vizepräsident des EIKE, Michael Limburg, der auf der AfD-Landesliste Brandenburg zur Bundestagswahl 2017 kandidierte (aber kein Mandat erhielt), wirkt wesentlich an der inhaltlichen Positionierung der Partei in Klima- und Energiefragen mit (Kreutzfeldt 2013). Michael Limburgs Wahlspruch „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit“ (afd.de<sup>79</sup>;eike-klima-energie.eu<sup>80</sup>) zeigt, wie das Anerkennen des Klimawandels als Bedrohung erlebt wird. Der Verein EIKE beschreibt sich selbst als „ein Zusammenschluss einer wachsenden Zahl von Natur, Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern, Ingenieuren, Publizisten und Politikern, die die Behauptung eines „menschengemachten Klimawandels“ als natur-

<sup>78</sup> Facebookeintrag vom 15.3.2019. Abgerufen am 7.5.2019 (<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/videos/536419673547670/>).

<sup>79</sup> <https://www.afd.de/person/ing-michael-limburg/>, abgerufen am 8.5.2019.

<sup>80</sup> <https://www.eike-klima-energie.eu>, abgerufen am 8.5.2019.

wissenschaftlich nicht begründbar und daher als Schwindel gegenüber der Bevölkerung ansehen. EIKE lehnt folglich jegliche „Klimapolitik“ als einen Vorwand ab, Wirtschaft und Bevölkerung zu bevormunden und das Volk durch Abgaben zu belasten“ (eike-klima-energie.eu<sup>81</sup>).

Die AfD spricht das Thema Klimawandel und Klimaschutz auch in anderen Zusammenhängen aktiv an. So zum Beispiel bei einer Bundestagsdebatte im März 2019 über den Gesetzesentwurf der Regierung betreffend der Einführung einer Teilzeitmöglichkeit in den Freiwilligendiensten (Deutscher Bundestag 2019c). In dieser stellt AfD-Abgeordneter Martin Reichardt zunächst fest, dass die AfD die extrem linkslastige pädagogische Zwangsbegleitung der Freiwilligendienste ablehne. In seiner Rede kommt er auf die Fridays for Future-Bewegung, den Klimawandel und die Grünen zu sprechen: „Die „Fridays for Future“-Demonstrationen haben gezeigt, dass die Jugend in Deutschland bereit ist, Verantwortung zu tragen und sich zu engagieren. Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik ist es aber, dafür Sorge zu tragen, dass das Engagement der Jugend nicht in die Fänge der grünen Klimasekte gerät, einer Sekte, in der gewissenlose Gurus wie Herr Habeck, Frau Baerbock oder auch Frau Roth unsere Jugend mit irrationalen Klimaängsten für linksextreme Gesellschaftsmodelle gefügig machen wollen“ (Deutscher Bundestag 2019c:10081). Die Grünen dienen als Feindbild und werden als Sekte und als Bedrohung dargestellt. Sie werden diskreditiert und ihnen wird Unehrllichkeit unterstellt, indem das Schüren von irrationalen Klimaängsten als Mittel zum Zweck bezeichnet wird. Mit der Behauptung, den Grünen gehe es um die Umsetzung eines linksextremen Gesellschaftsmodells, wird eine linke Verschwörung bzw. eine „hidden agenda“ angedeutet. Gleichzeitig wird der Klimawandel durch die Bezeichnung der Klimaängste als irrational geleugnet.

### 4.2.3 Fallanalyse AfD

In ihrem Grundsatzprogramm leugnet die AfD den Trend der globalen Erwärmung mit der Aussage, dass es seit Ende der 1990er Jahre keinen weiteren Temperaturanstieg gegeben habe, obwohl die CO<sub>2</sub> Emissionen in diesem Zeitraum gestiegen sind. Diese Aussage findet sich in den beiden Wahlprogrammen nicht wieder. Während im Grundsatzprogramm noch eingefordert wird, CO<sub>2</sub> nicht nur als Schadstoff wahrzunehmen, hält das Wahlprogramm zum Bundestag fest, dass das „Spurengas CO<sub>2</sub>“ kein Schadstoff, sondern unverzichtbare Voraussetzung allen Lebens sei. In allen drei Programmen wird die positive Wirkung des CO<sub>2</sub> auf das Pflanzenwachstum angesprochen, wobei im Europawahlprogramm dessen Beitrag zu steigenden weltweiten Ernten konstatiert wird. CO<sub>2</sub> wird in einen zunehmend positiven Kontext gesetzt, die Verwendung des Begriffes "Spurengas" soll wohl darauf hinweisen, dass es davon ohnehin nicht viel gäbe.

Das konsequente Ansprechen positiver Wirkungen von CO<sub>2</sub> ist unmittelbar mit der Leugnung der anthropogenen Ursache der globalen Erwärmung verbunden. Das IPCC versuche die menschliche Verursachung (durch CO<sub>2</sub>-Emissionen) nachzuweisen. Die diesbezüglichen Aussagen des IPCC seien wissenschaftlich nicht gesichert. Während das IPCC im Europawahl-

---

<sup>81</sup> <https://www.eike-klima-energie.eu/ueber-uns/>, abgerufen am 8.5.2019.

programm nicht angesprochen wird, bleibt die Leugnung der menschlichen Verursachung aufrecht. Den Trend der globalen Erwärmung erkennt die AfD im Europawahlprogramm an. Dies relativiert sich allerdings durch das Fehlen der Angabe eines Zeitraumes (im Unterschied zum Grundsatzprogramm). Eine Veränderung der Position der AfD kann daraus nicht abgeleitet werden. Vielmehr ist es so, dass Trend- und Ursachenleugnung oft gleichzeitig stattfinden. Nicht thematisiert werden in allen drei Programmatiken die Folgen der globalen Erwärmung. Ebenso spricht die AfD den wissenschaftlichen Konsens weder in Bezug auf das Stattfinden der globalen Erwärmung, noch auf deren anthropogene Verursachung oder ihre Folgen an. Die Förderung erneuerbarer Energieträger lehnt die AfD sowohl im Grundsatzprogramm als auch im Bundestagswahlprogramm ab. Sie argumentiert nicht nur mit den damit verbundenen Kosten, sie stellt auch eine Gruppe von "Profiteuren der Energiewende" und eine Umverteilung von unten nach oben in den Raum. Insbesondere die Windenergie wird abgelehnt. Dies unter anderem mit dem Argument des Schutzes der Kulturlandschaft. In diesem Kontext konstatiert Götze (2016), dass die Auffassung von Naturschutz in der AfD von nationalkonservativen Werten geprägt sei. Daher stehe die Pflege von Traditionen im Vordergrund, woraus sich erkläre, dass Windräder im Unterschied zum Kohleabbau als eine Gefahr für die Kulturlandschaft gesehen werden. Im Europawahlprogramm favorisiert die AfD einen breiten Energiemix, wobei Braunkohle als der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger gesehen wird. In Bezug auf die Kernkraft lässt sich eine Verschiebung der Position hin zu einer stärkeren Befürwortung feststellen. In der Energiepolitik kommt eine klar rückwärtsge wandte Haltung zum Ausdruck. Die Ablehnung erneuerbarer Energieträger in Verbindung mit der positiven Einstellung gegenüber der Braunkohle und der Kernenergie impliziert nicht nur die Verteidigung des Status Quo, sondern führt auch zur Forderung nach dem Wiederherstellen eines früheren Zustandes (der Energiepolitik).

Den motorisierten Individualverkehr betreffend, lässt sich wie in der Energiepolitik die Verteidigung des Status Quo in allen drei analysierten Programmen feststellen. Genauer, die Verteidigung der gewohnten (Auto-) Mobilität. Im Zusammenhang mit dem Verbrennungsmotor und Dieselfahrzeugen ist der AfD auch eine umweltskeptische Haltung zuzuschreiben. Von dieser umweltskeptischen Haltung weicht die AfD mit der Ablehnung des Einsatzes von Glyphosat ab. Dass in diesem Fall das Vorsorgeprinzip zur Anwendung kommt, ist wohl eher dem Konsumentenschutz als dem Umweltschutz zuzuordnen.

Die AfD setzt in ihren Programmatiken vielfach auf aggressive Rhetorik und auch auf die Andeutung von Verschwörungen. So etwa wenn im Grundsatzprogramm unterstellt wird, dass die Bundesregierung die steigende CO<sub>2</sub>-Konzentration zur (auch von der EU angestrebten) "Großen Transformation der Gesellschaft" missbrauche. Im Grundsatzprogramm wird diese Transformation als Gefahr dargestellt, da die Folgen massive Einschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit, eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts sowie eine Senkung des Lebensstandards seien. Im Europawahlprogramm wählt die AfD eine noch wesentlich kämpferische Rhetorik und spricht von „einer illegitimen gesellschaftlichen Wende hin zu einem ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft“ (AfD 2019a:79). Hier zeigt sich, dass der Kampf um die "Große Transformation" ideologisch determiniert ist und gleichzeitig auch ein Kampf gegen den kulturellen Wandel ist. Die Leugnung des anthropogen verursachten Klimawandels ist aus dieser Perspektive logische Konsequenz,

da die Aufrechterhaltung "unserer Lebensweise" letztlich mit dem Anerkennen des menschlich verursachten Klimawandels nicht vereinbar ist.

In den dargestellten Programmatiken, beginnend mit dem Grundsatzprogramm 2016, leugnet die AfD sowohl den Trend der globalen Erwärmung als auch seine anthropogenen Ursachen. Zuvor, also bis zum Rechtsruck mit der Wahl Frauke Petrys an die Parteispitze, war die programmatische Positionierung der Partei vergleichsweise zurückhaltend (Götze 2016). So wurde auch im offiziellen AfD-Programm zur Bundestagswahl 2013 der Klimawandel nicht thematisiert (Kreutzfeldt 2013). Allerdings haben sich die Klimaleugner in der AfD zunehmend durchsetzen können und die Leugnung des Klimawandels zu einem der Hauptmerkmale der Partei gemacht.

In diesem Kontext ist auch die Verbindung der AfD zum „Europäischen Institut für Klima und Energie“ (EIKE), insbesondere über dessen Vizepräsident Michael Limburg, bedeutsam. Die Positionen von EIKE zu Klimawandel und Klimapolitik decken sich mit jenen der AfD. Die Auseinandersetzung der AfD mit „wissenschaftlichen Inhalten“ bzw. deren Darstellung sind manipulativ und basieren teils auf selektiven Daten. Argumentationsweisen und Vorgehen der Partei entsprechen insgesamt jenem organisierter Klimaskeptiker und -leugner (vgl. vorne zu CTTs).

Die obige Diskussion der Programmatik hat gezeigt, dass das Bewahrende bzw. das Festhalten an unseren gewohnten Lebensweisen die Positionen der AfD auch in den klimarelevanten Bereichen maßgeblich bestimmt. Dies spiegelt sich in den einschlägigen Anträgen (Abschaffung der Klimaziele, keine Ausgaben für den Klimaschutz, Ausstieg aus dem Kohleausstieg) im deutschen Bundestag wider. Den Widerstand gegen den kulturellen Wandel und gegen das Aufkommen postmaterieller Werte spricht das interne Strategiepapier der AfD für das Wahljahr 2017 direkt an. „Die Grünen“ sind als die Erben der 68er Generation und als die Träger postmaterieller Werte für die AfD „the social Other“ (Ostiguy und Casullo 2017). Klimawandel und der Kampf gegen ihn werden als „Thema der Grünen“ abgelehnt. Eine weitere Determinante der klimapolitischen Position der AfD ist die Ablehnung der Europäischen Union, da sie die Souveränität Deutschlands untergräbt (AfD 2016a:14). Die AfD stellt sich als Vertreterin des unter der Klimapolitik leidenden Volkes gegenüber Bundesregierung und Europäischer Union dar. Leugnung und Klimaskeptizismus der AfD können in diesem Kontext auch als Feindseligkeit gegenüber den Grünen, gegenüber der Bundesregierung und gegenüber der Europäischen Union gesehen werden.

Die Klimapolitik wird von der AfD als Bedrohung gesehen. Als Bedrohung der Industrie und in Verbindung damit von Arbeitsplätzen und Wohlstand, als Bedrohung der Kulturlandschaft (durch Windräder), als Bedrohung des Bauernstandes (s.o.: Existenzvernichtung und Umweltzerstörung unter dem Deckmantel des Klimaschutzes), als Bedrohung der individuellen Mobilität, und nicht zuletzt als Bedrohung der Freiheit des Einzelnen. Die AfD beschwört damit eine durch Klimapolitik verursachte Krise. „Krise“, real oder das Gefühl davon, ist Nährboden für Populismus (Falkenberg 1997; Taggart 2004; Mudde 2004). Bedrohungen verstärken generell autoritäre Einstellungen (Fritsche et al. 2011) die ihrerseits einen starken Zusammenhang mit Klimaskeptizismus aufweisen (Whitmarsh 2011; Poortinga et al. 2011).

Typische Stilmittel des Populismus ziehen sich durch die Argumentation und Rhetorik der AfD in Bezug auf Klimawandel und Klimapolitik: Feindbilder (z.B. die Grünen), Verschwörungstheorien (z.B. Ziel linksextremer Gesellschaftsmodelle), persönliche Angriffe und Unsachlichkeit (z.B. Greta Thunberg). Dadurch wird eine inhaltliche Auseinandersetzung verunmöglicht. Insgesamt ergibt sich auf Grundlage des Gesamtmaterials zum „Fall AfD“ das Bild, dass die Leugnung des Klimawandels und seiner menschlichen Verursachung zu einem erheblichen Teil in der Zurückweisung der Klimapolitik begründet liegt, nicht in wissenschaftlichen Unsicherheiten.

## 5 Vergleich der Fälle

Um die Ergebnisse der beiden Fallanalysen systematisch zu vergleichen, werden in diesem Kapitel die im Zusammenhang mit der Leugnung des Klimawandels relevanten Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen FPÖ und AfD herausgearbeitet. Die Diskussion der Kernergebnisse aus den beiden Fällen und dem Fallvergleich im Lichte des konzeptuellen Rahmens erfolgt in Kapitel 6.

Zunächst kann festgehalten werden, dass die Leugnung des Klimawandels bei der AfD stärker in Erscheinung tritt als bei der FPÖ. Die AfD leugnet den Klimawandel seit ihrer Gründung 2013. Mit dem zunehmenden Rechtsruck der Partei ab 2015 setzten sich die Klimawandel-leugner innerhalb der Partei immer stärker durch. Die Leugnung findet bereits in der Programmatik der Partei statt. Die AfD bearbeitet das Thema aber auch offensiv, indem sie z.B. im deutschen Bundestag einschlägige Anträge einbringt oder bei „Fridays-for-Future“ Demonstrationen durch das Verteilen von Flugzetteln (mit einem „Klimaquiz“) aktiv wird. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur FPÖ, bei der das Thema Klimawandel in den Programmatiken der Partei zur Gänze fehlt. In der Tagespolitik wird der Klimawandel durch die Parteispitze der FPÖ erstmals im Wahlkampf 2013 von Parteiohmann Heinz-Christian Strache gelehnt. Bis zum Rücktritt des Parteiohmanns im Mai 2019 war die Leugnung durch führende Parteifunktionäre der FPÖ wiederholt zu beobachten. Allerdings war die FPÖ dabei reaktiver als die AfD. Sie brachte weder den Klimawandel noch dessen Leugnung aktiv auf die politische Agenda. Dieser Unterschied könnte an der Verflechtung der AfD mit dem Europäischen Institut für Klima und Energie (EIKE), einem Zusammenschluss von Klimaleugnern, liegen. Auch müsste die FPÖ als vergleichsweise große Partei eher als die AfD befürchten, mit einer zu radikalen Position in der Bevölkerung nicht die entsprechende Zustimmung zu finden.

Bei beiden Parteien lassen sich in erster Linie Trend- und Ursachenleugnung beobachten. Aber auch die Leugnung des wissenschaftlichen Konsenses über die globale Erwärmung und den Konsens über deren menschliche Ursachen findet in beiden Parteien statt. Dabei versucht die AfD auch auf „wissenschaftlicher Basis“ zu argumentieren, wobei sie selektive Daten heranzieht und mit suggestiven Darstellungen und Aussagen arbeitet. Die FPÖ bleibt bei eher vagen Aussagen wie „den Klimawandel hat es schon immer gegeben“, und macht keine vermeintlich faktenbasierten Gegendarstellungen.

Liberales Gedankengut spiegelt sich in den Mottos der beiden Parteien „Freiheit gilt uns als höchstes Gut“ (FPÖ 2011a:3) und „Freie Fahrt für freie Bürger“ (AfD 2016a:183) wider. Das Verhältnis der FPÖ zum Neoliberalismus ist ambivalent. Sie möchte den schrankenlosen Kapitalismus eindämmen und tritt gleichzeitig für eine umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens ein. Sie bezeichnet sich selbst als „die soziale Heimatpartei“ und bekennt sich gleichzeitig zum „Prinzip Leistung“: Leistungsanreize, so die FPÖ, sind Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften und sind Umverteilung vorzuziehen (FPÖ 2011a). Festzustellen ist, dass die FPÖ sowohl das „neoliberale Projekt“ Wolfgang Schüssels (ÖVP) Anfang der 2000er als auch jenes von Sebastian Kurz (ÖVP) mitgetragen hat. In diesem Zusammenhang ist auch die Nähe des neoliberalen Hayek-Instituts zur FPÖ wesentlich. Dessen Präsidentin Barbara

Kolm war bei den Koalitionsverhandlungen 2017 im Verhandlungsteam der FPÖ für Finanzen und Steuern zuständig (Horaczek 2019).

Die AfD spricht sich ebenfalls für freien Wettbewerb auf den Märkten und eine möglichst geringe Staatsquote aus, außerdem für eine „Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft“ (AfD 2016a:132). Dabei bezieht sie sich auf Vertreter des Ordoliberalismus wie Walter Eucken und Ludwig Erhard. In der Energiepolitik lehnt die AfD das Erneuerbare-Energien-Gesetz unter anderem mit dem Argument ab, dass dieses ein planwirtschaftlicher Eingriff sei und einen fairen Wettbewerb der Energieträger verhindere.

Beiden Parteien ist mit dem Neoliberalismus gemeinsam, dass sie für einen „schlanken Staat“ eintreten, der sich in die Wirtschaft (die Märkte) und das Privatleben der Bürger möglichst wenig einmischt. Auch stehen beide Parteien für den Schutz des Privateigentums und sehen Leistung und Konkurrenz als wesentliche Grundlagen wirtschaftlichen Erfolges an.

Beide Parteien sind mit der organisierten Klimaleugnerszene vernetzt. Der Klimawandel ist kein zentrales Thema des oben erwähnten FPÖ-nahen Hayek-Instituts, die Leugnung des Klimawandels wird von ihm aber dennoch betrieben (CEO<sup>82</sup> 2010; Plehwe 2014). Ebenso wie das mit der AfD auch personell verwobene EIKE kooperieren das Hayek-Institut und seine Schwesterorganisation, das Austrian Economics Center, mit einer Reihe von konservativen Think Tanks (siehe Kapitel 2.3) wie dem Cato Institute, dem Heartland Institute, der Heritage Foundation und dem Committee for a Constructive Tomorrow (Horaczek 2019; Hayek-Institut 2019<sup>83</sup>).

Zentral ist bei beiden Parteien, dass diese Klimapolitik grundsätzlich als Bedrohung sehen, als Bedrohung für den Wirtschaftsstandort und die Industrie, für „unsere“ Arbeitsplätze und „unseren“ Wohlstand. Die AfD sieht durch die Klimapolitik auch „unsere Freiheit“ bedroht.

Typische populistische Stilmittel wie Feindbilder und Verschwörungstheorien werden in Bezug auf den Klimawandel von der AfD häufiger eingesetzt. Die AfD richtet sich dabei gegen die Grünen, die deutsche Bundesregierung und die EU. So stellt sie zum Beispiel in den Raum, dass der Klimawandel instrumentalisiert werde um eine linke gesellschaftliche Wende herbeizuführen oder um Steuern einzuhoben. Aber auch die FPÖ spricht z.B. vom Versuch der Instrumentalisierung des Klimawandels für offene Grenzen Europas (Klimaflüchtlinge). Auch werden im Zusammenhang mit Maßnahmen der Klimapolitik von beiden Parteien Begriffe wie „Lobbyisten“, „Begehrlichkeiten“ und „Profiteure“ benutzt. Die Klimapolitik wird dadurch als undurchsichtig, suspekt und unmoralisch gezeichnet. Durch Begriffe wie „Hysterie“, „Beschwörung der Apokalypse“, „Religion“, „Sekte“, „Wahn“ werden die Feststellung des Klimawandels und der Klimaschutz von AfD wie auch von FPÖ als etwas Irrationales dargestellt.

---

<sup>82</sup> [http://corporateeurope.org/sites/default/files/sites/default/files/files/article/funding\\_climate\\_deniers.pdf](http://corporateeurope.org/sites/default/files/sites/default/files/files/article/funding_climate_deniers.pdf), abgerufen am 4.6.2019.

<sup>83</sup> <https://www.hayek-institut.at/partner/>, abgerufen am 24.5.2019.

Völlig unterschiedliche Positionen vertreten FPÖ und AfD in der Energiepolitik. Die AfD fordert z.B. die ersatzlose Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und tritt insbesondere gegen die Windenergie auf, die FPÖ hingegen befürwortet den Ausbau erneuerbarer Energieträger. Der FPÖ ging es dabei bisher allerdings nicht um Klimaschutz, ihr Ziel ist es durch eine geringere Importabhängigkeit mehr Souveränität zu erlangen. Aufgrund der nationalen Kohlevorkommen stellt sich die Frage nach der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern in Deutschland anders als in Österreich. Die FPÖ möchte die Abhängigkeit von der Kohle reduzieren, weil Österreich keine Reserven hat. Die AfD möchte die Kohlevorkommen Deutschlands weiter nutzen und fordert den „Ausstieg vom Ausstieg aus der Kohle“.

Die Ablehnung der Kernkraft durch die FPÖ ist einer „österreichischen Tradition“ geschuldet, die auch gesetzlich verankert ist. Die AfD bezeichnete die Kernkraft zuletzt als eine der sichersten Technologien, die darüber hinaus emissionsfrei sei.

Bezugnehmend auf Yin (2009) ist festzustellen, dass die Replikation im eigentlichen Sinne (gegenseitige Absicherung der Ergebnisse der einzelnen Fälle) durch die wesentlich aktivere Leugnung des Klimawandels seitens der AfD zwar überlagert wird, die Ergebnisse aus den beiden Fällen sich über weite Strecken aber dennoch gegenseitig bestätigen (vgl. dazu auch Kapitel 6). Eine theoretische Replikation, also ein unterschiedliches Ergebnis aus vorhersehbaren Gründen, ergab sich in Bezug auf die Energiepolitik betreffend der nicht übereinstimmenden Haltungen gegenüber der Nutzung von Kohle und Kernenergie.



## 6 Diskussion

Im folgenden abschließenden Kapitel werden entlang der Forschungsfragen zum Zusammenhang von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus wesentliche Ergebnisse des empirischen Teils der Arbeit zusammengefasst und Schlussfolgerungen gezogen.

*Wie stark ist aktuell der Zusammenhang von Rechtspopulismus einerseits und Klimaskeptizismus andererseits in Westeuropa?* Dazu kann zunächst festgehalten werden, dass außer in Irland, dem Vereinigten Königreich, Portugal und Griechenland rechtspopulistische Parteien in allen nationalen Parlamenten der EU-15 vertreten sind. In 5 Ländern halten die Parteien mehr als 10% der Parlamentssitze. Die FPÖ ist mit knapp unter 28% der Sitze, gefolgt von „Die Finnen“ mit knapp unter 20% der Sitze, die in ihrem nationalen Parlament stärkste rechtspopulistische Kraft.

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 haben 9 der 13 rechtspopulistischen Parteien Mandate erhalten. Die italienische Lega mit 28 Mandaten und die französische Rassemblement National mit 22 Mandaten sind die beiden stärksten Kräfte, gefolgt von der Alternative für Deutschland (AfD) mit 11 Mandaten. Die bisher mit 24 Mandaten vertretene UKIP (United Kingdom Independence Party), die niederländische „Partei für die Freiheit“ (PVV) und die „Unabhängigen Griechen“ verfehlten den Wiedereinzug, während die spanische VOX neu einzieht.

Von den 13 rechtspopulistischen Parteien in den EU-15 wurden 11 Parteien<sup>84</sup> je nach ihrer Haltung gegenüber dem Klimawandel einer von drei Gruppen zugeordnet:

- **Leugner und Skeptiker:** Mit 6 Parteien die mit Abstand größte Gruppe. Ihr gehören die Dänische Volkspartei (DF), die Alternative für Deutschland (AfD), die niederländische PVV (Partei für die Freiheit), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Schwedendemokraten (SD) und UKIP (United Kingdom Independence Party) an. Bis auf UKIP bilden die Parteien dieser Gruppe in den nationalen Parlamenten Fraktionen mit zumindest mehr als 10% der Abgeordneten.
- **Zurückhaltende oder keine Position:** Die rechtspopulistischen Parteien aus Belgien (Vlaams Belang), Frankreich (Rassemblement National) und Italien (Lega) haben entweder gar keine Position oder messen dem Thema wenig Bedeutung zu. Allerdings unterstützen alle drei Parteien die europäische Klimapolitik nicht (Schaller und Carius 2019).
- **Zustimmende:** Nur die beiden Parteien aus Finnland („Die Finnen“) und Luxemburg (die „Alternative Demokratische Reformpartei“) erkennen den wissenschaftlichen Konsens und die Gefährdung durch den Klimawandel an.

Damit prägen die Leugnung des Klimawandels und der Widerstand gegen die europäische Klimapolitik die Haltung fast aller rechtspopulistischen Parteien in den EU-15.

---

<sup>84</sup> Für die Unabhängigen Griechen (ANEL) und die spanische VOX ergaben die Recherchen keine Hinweise auf deren Haltung gegenüber dem Klimawandel. Die beiden Parteien wurden daher keiner Gruppe zugeordnet.

*Wie hat sich der Zusammenhang von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus im Laufe der Zeit entwickelt/verändert und wie kann er erklärt werden (Art des Zusammenhangs, Wirkmechanismen, Kausalitäten)?* Die Leugnung des Klimawandels war in der erst 2013 gegründeten AfD von Anfang an präsent. In den ersten beiden Jahren wurden klimaskeptische Aussagen von Parteimitgliedern seitens des Parteivorsitzenden Bernd Lucke als private Äußerungen bezeichnet, die programmatische Positionierung der Partei zum Klimawandel war zurückhaltend. Dies wohl nicht zuletzt, weil sich die damals noch liberal geprägte AfD nicht ins politische Abseits stellen wollte. Mit dem Rechtsruck ab der Wahl Frauke Petrys zur Parteivorsitzenden 2015 setzten sich die Klimawandelleugner in der Partei durch. Rückenwind könnte den Klimawandelleugnern die Bekanntgabe der Präsidentschaftskandidatur Donald Trumps Mitte 2015 gegeben haben. Die Ende 2015 stattgefundenen und von vielen als Durchbruch gefeierte Klimakonferenz von Paris könnte die AfD als Gegner der Klimapolitik zusätzlich mobilisiert haben. Beginnend mit dem Grundsatzprogramm 2016 findet sich die Leugnung des Klimawandels als Parteilinie nicht nur in der Programmatik wieder, sie wurde zu einem Hauptmerkmal der AfD.

Klimaskeptizismus und Leugnung sind in der rechtspopulistischen „Traditionspartei“ FPÖ ein relativ junges Phänomen. Die Leugnung des Klimawandels findet sich in der FPÖ-Programmatik nicht, jedoch in Aussagen führender Parteifunktionäre wie dem (zurückgetretenen) langjährigen Parteiobmann Heinz-Christian Strache, dem Landesrat Manfred Haimbuchner und dem EU-Parlamentarier Harald Vilimsky. Das 2002 als Regierungspartei mitbeschlossene Kyoto-Protokoll bezeichnete die FPÖ als Durchbruch und forderte auch 2006, während laufender Regierungsverhandlungen, von der zukünftigen Bundesregierung dessen Einhaltung. 2010 finden sich Klimaskeptizismus und -leugnung in Verbindung mit dem Verbot von Glühbirnen. Ab 2011 fordert die FPÖ den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll unter anderem wegen der damit verbundenen hohen Kosten und der Gefahr der Deindustrialisierung. Allerdings wird zunächst, weder 2011 und 2012 durch Norbert Hofer noch 2014 durch Manfred Haimbuchner, der Klimawandel geleugnet. Im Wahljahr 2013 äußert sich Heinz-Christian Strache erstmals trend- und ursachenskeptisch. Bei einer Parlamentsdebatte zum Klimaschutz im Sommer 2015 leugnet die damalige Umweltsprecherin der FPÖ sowohl den Trend der globalen Erwärmung wie auch dessen anthropogene Verursachung. Ebenso im Vorfeld der Klimakonferenz von Paris leugnet der Nationalratsabgeordnete Gerhard Deimek den Trend der globalen Erwärmung und dessen Auswirkungen. Ab dem Wahljahr 2017 findet sich die Leugnung des Klimawandels durch Heinz-Christian Strache und andere wie Manfred Haimbuchner regelmäßig wieder. Auch bei der FPÖ fällt die zeitliche Nähe der in den Vordergrund tretenden Leugnung des Klimawandels zur Klimakonferenz von Paris und zur Präsidentschaft Donald Trumps auf. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass auch die Verbindung zur AfD die Position der FPÖ beeinflusst hat.

Für den zweiten Teil der Forschungsfrage, also der Frage nach der Erklärung des Zusammenhangs von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus, wurden im konzeptuellen Rahmen (Kapitel 2.4) mehrere Erklärungen aufgeworfen. Diese haben auf die den Rechtspopulismus charakterisierenden Ideologien und Merkmale (vgl. Kapitel 2.1) fokussiert. In der Folge werden

die Erkenntnisse zu den beiden Parteien FPÖ und AfD aus den Fallstudien kurz im Lichte dieser Erklärungsansätze reflektiert.

### 1. Nativismus und die Angst vor dem Fremden

Nativismus ist eine Haltung, wonach sowohl Personen als auch Ideen, die nicht nativ sind, den Nationalstaat grundlegend bedrohen (Mudde 2007). Für die AfD sind der Klimawandel und dessen anthropogene Verursachung eine „Idee“, die das IPCC zu beweisen versucht. Die FPÖ bestreitet den wissenschaftlichen Konsens und greift dabei auf einzelne Wissenschaftler zurück, die diesen nicht teilen („Contrarians“). Der anthropogen verursachte Klimawandel ist für die FPÖ eine These die sie nicht unterstützt, eine These „der Anderen“.

Beide Parteien lehnen die Klimapolitik der Europäischen Union wie auch das Abkommen von Paris (COP 21) ab. Eines der Argumente dafür ist der Verlust nationalstaatlicher Souveränität. Für die FPÖ ist Souveränität (nicht der Klimaschutz) auch das Motiv für die Befürwortung heimischer erneuerbarer Energien.

### 2. Bedrohungen und Autoritarismus

Autoritarismus, als der Glaube an eine strenge Gesellschaftsordnung ist neben dem Nativismus das zweite Element des ideologischen Kerns rechtspopulistischer Parteien. Er hängt mit der Motivation zusammen, den Status Quo zu verteidigen. Auch weist er in der Empirie einen starken Zusammenhang mit Klimaskeptizismus auf (Whitmarsh 2011; Poortinga et al. 2011). In beiden Parteien der Fallstudien sind Autoritarismus, die Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Leugnung des Klimawandels evident. Wie der Autoritarismus und die Leugnung des Klimawandels zusammenhängen, kann auf Grundlage des vorliegenden Materials nicht genauer analysiert werden.

### 3. Rückwärtsgewandtheit und die Bewahrung unserer Lebensweise

Sowohl die FPÖ als auch die AfD streichen vielfach den Schutz unserer Identität, Heimat, Kulturlandschaft, unseres Bauernstandes etc. als Ziel hervor und treten so für den Erhalt des Status Quo ein. Bei der AfD wird die rückwärtsgewandte und soziale Verhältnisse bewahrende Utopie des Rechtspopulismus (Taggart 2004; Priester 2011; Betz und Johnson 2004) im Kontext des Klimawandels bzw. der Klimapolitik besonders deutlich sichtbar. Sie spricht von der Entwicklung der Dekarbonisierung Deutschlands hin zu einer illegitimen gesellschaftlichen Wende, die es zu verhindern gilt. Die Grünen als Vertreter postmaterieller Werte, zu denen auch der Kampf gegen den Klimawandel zählt, sieht die AfD für Missstände (z.B. die unbegrenzte Zuwanderung und die Verteuerung der Energie) in Deutschland verantwortlich.

„Das Bewahrende“ hat in der Programmatik der FPÖ eine zentrale Bedeutung. In diesem Kontext kann auch die Warnung vor einer Deindustrialisierung aufgrund der Klimapolitik gesehen werden, da unsere Produktions- und Wirtschaftsweisen mit unserem Wohlstand und unserer Lebensweise eng verbunden sind. Klimapolitik würde also sowohl strukturellen wie auch kulturellen Wandel, den die FPÖ ablehnt, bedeuten.

#### 4. Vertrauen, Feindbilder und repräsentative Demokratie

Der Antagonismus zwischen dem Volk und den (korrumpierten) politischen Eliten ist eines der Hauptmerkmale des Rechtspopulismus. Fehlendes Vertrauen, Denken in Feindbildern und die Affinität zu mehr direkter Demokratie sind Folge dieses Antagonismus.

Die Leugnung des Klimawandels wie auch die Ablehnung der Klimapolitik seitens der AfD sind durch fehlendes Vertrauen gegenüber dem IPCC, der deutschen Bundesregierung und der EU geprägt. Die AfD bedient auch Verschwörungstheorien, wenn sie behauptet, dass hinter dem Deckmantel des Klimaschutzes eine gesellschaftliche Wende herbeigeführt werden solle. Auch baut die AfD (neben Bundesregierung und EU) das Feindbild der Grünen, die für das Thema Klimawandel stehen, auf.

Im Kontext der Leugnung des Klimawandels spricht die FPÖ das IPCC nicht an. Auch behauptet sie in der Regel keine verborgene Agenda für eine gesellschaftliche Wende. Die FPÖ-Kritik an der fehlenden rechtlichen Verbindlichkeit des Klimaschutzabkommens von Paris allerdings ist Ausdruck fehlenden Vertrauens. Die Verwendung von Begriffen wie „Konzerninteressen“, „Begehrlichkeiten“ und „Geschäftemacherei“ in Verbindung mit klimapolitischen Maßnahmen wie dem Emissionszertifikatehandel oder dem Klima- und Energiefonds entspricht rechtspopulistischer Rhetorik.

#### 5. Interessenpolitisches Lobbying

Sowohl AfD als auch FPÖ sind für „professionellen Klimaskeptizismus“, wie ihn konservative Think Tanks seit Jahrzehnten betreiben, zugänglich. Beide Parteien finden sich in deren Netzwerken wieder. Die FPÖ ist mit diesen vor allem über das Hayek-Institut und das Austrian Economics Center, die AfD über das Europäische Institut für Klima und Energie, verbunden. Diese Vernetzung ist Ausdruck gemeinsamer Interessen von Rechtspopulisten, Konservativen und Neoliberalen. Dies nicht zuletzt auch in Bezug auf die Ablehnung der Klimapolitik.

Für beide Parteien der Fallstudien kann festgehalten werden, dass die Erklärungen zum Zusammenhang von Rechtspopulismus und Klimaskeptizismus aus dem konzeptuellen Rahmen gestützt werden. Damit wird auch die Aussage bestätigt, dass der ideologische Kern des Rechtspopulismus und seine Kommunikationsstrategien klimaskeptische Positionen verstärken und die Leugnung des Klimawandels aus sich selbst heraus generieren. Es wurde kein Material gefunden, das zu diesen Erklärungen im Widerspruch steht.

Eine Antwort auf die Frage nach dem „Warum“ der Verbindung zwischen Ideologien und Merkmalen rechtspopulistischer Parteien einerseits und der Leugnung des Klimawandels andererseits, ist erwartungsgemäß nur durch Interpretation möglich. Teilweise, wie im Falle des Autoritarismus, besteht noch erheblicher Bedarf an fokussierter Forschung.

Eine Abgrenzung zwischen der Leugnung des Klimawandels und der Ablehnung der Klimapolitik wird durch deren „Gleichzeitigkeit“ erschwert. In diesem Zusammenhang lässt sich durchaus begründet behaupten, dass die Leugnung des Klimawandels eines von vielen gegen die Klimapolitik vorgebrachten Argumenten ist. Die Ablehnung möglicher Konsequenzen der Klimapolitik wird so zur Motivation für die Leugnung des Klimawandels.

Wie in der Fallstudie zur FPÖ aufgezeigt, konnten bei den Recherchen keine klimaskeptischen Äußerungen von Norbert Hofer gefunden werden. Im Gegenteil – 2009, bei einer Nationalratsdebatte zum Klimagipfel von Kopenhagen, bekannte er sich zur Ansicht, dass der Mensch einen Einfluss auf den Klimawandel habe. 2016 räumte er ein, dass es in der FPÖ verschiedene Meinungen gäbe. Infolge des Rücktritts von Heinz-Christian Strache wurde Norbert Hofer im Mai 2019 designierter Bundesparteiobmann der FPÖ. In einer aktuellen Presseaussendung zum Weltumwelttag am 5.6.2019 bezieht Norbert Hofer wie folgt Stellung: „Für Norbert Hofer sind Klimaschutz und der vom Mensch herbeigeführte Klimawandel die größten Herausforderungen unserer Zeit“ (FPÖ 2019b). Welche Auswirkungen diese völlig andere Haltung des neuen Bundesparteiobmanns auf die FPÖ als „Partei der Klimawandelleugner“ und auf deren Positionen in der Klimapolitik haben wird, bleibt abzuwarten. Eine Wende weg von der Leugnung des Klimawandels wäre für die FPÖ durchaus möglich, da diese wesentlich durch Heinz-Christian Strache getragen wurde und sich in der Programmatik der Partei nicht wiederfindet. In der AfD hingegen ist die Leugnung des Klimawandels inhaltlich wie personell stark verankert, findet sich in deren Programmatiken wieder und wird als eines ihrer Alleinstellungsmerkmale konsequent aktiv betrieben. Bei ihr ist eine solche Wende daher kaum vorstellbar.

Die Leugnung des Klimawandels wird bei rechtspopulistischen Parteien ideologisch begünstigt, geht aber nicht zwingend mit deren Ideologie einher. Dies zeigt die Flexibilität der FPÖ in ihrer Positionierung zum Klimawandel. Einzelne rechtspopulistische Parteien wie „Die Finnen“ und die luxemburgische „Alternative Demokratische Reformpartei“ erkennen den anthropogen verursachten Klimawandel auch an. Ob der Klimawandel geleugnet wird, hängt stark von einzelnen Akteuren der Parteien ab. Die diesbezügliche Bedeutung der Führungspersönlichkeit und ihrer Positionierung wird am Beispiel des Wechsels des Parteichefs der FPÖ ersichtlich. Ein weiterer möglicher Faktor ist die Größe einer Partei. Stimmenstarke Parteien wie die FPÖ müssten befürchten, mit einer radikalen Position nicht die entsprechende Zustimmung in der Bevölkerung zu finden. Gerade in Zeiten von Klimastreiks dürfte für große rechtspopulistische Parteien die Leugnung des Klimawandels trotz ihrer Ideologie zunehmend schwierig sein.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

Abgeordnetenkommission des italienischen Parlaments. 2019. Parlamentarische Gruppen. Abgerufen am 2.6.2019 (<http://www.camera.it/leg18/46>).

Abromeit, John. 2017. "A Critical Review of Recent Literature on Populism." *Politics and Governance* 5(4):177-186.

ADR – Alternative Demokratische Reformpartei. 2006. *Grundsatzprogramm der ADR*. Abgerufen am 25.5.2019 (<https://adr.lu/wp-content/uploads/2012/10/grundsatzprogramm.pdf>).

----- . 2013. Wahlprogramm Top 29 – Das Klima und die Umwelt schützen. Abgerufen am 25.5.2019 (<https://adr.lu/wp-content/uploads/2013/10/WALPROGRAMM.pdf>).

----- . 2019. Webpage der ADR, Schlagwortsuche „Klima“. Abgerufen am 14.3.2019 (<https://www.adr.lu/?s=Klima>).

AfD – Alternative für Deutschland. 2015. Pressemeldung des AfD Bundesvorstandes vom 30. November. *Petry: Panikmache vor dem Klimagipfel ist fehl am Platz*. Abgerufen am 8.4.2019 (<https://www.afdbayern.de/petry-panikmache-vor-dem-klimagipfel-ist-fehl-am-platz/>).

----- . 2016a. *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*. Abgerufen am 27.9.2018 (<https://www.afd.de/grundsatzprogramm>).

----- . 2016b. *AfD – Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017*. Abgerufen am 8.4.2019 ([http://www.weser-kurier.de/cms\\_media/module\\_ob/2/1389\\_1\\_AfD-Strategie-2017\\_58a5b0701d8dd.pdf](http://www.weser-kurier.de/cms_media/module_ob/2/1389_1_AfD-Strategie-2017_58a5b0701d8dd.pdf)).

----- . 2017. *Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017*. Abgerufen am 4.4.2019 (<https://www.afd.de/wahlprogramm/>).

----- . 2018. *Das erste Jahr im Deutschen Bundestag. Unsere Arbeit – unsere Anträge*. Abgerufen am 1.5.2019 ([https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2019/04/afd\\_btf\\_broschuere\\_abgelehnte\\_antraege\\_web\\_version.pdf](https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2019/04/afd_btf_broschuere_abgelehnte_antraege_web_version.pdf)).

----- . 2019a. *Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019*. Abgerufen am 4.4.2019 (<https://www.afd.de/europawahlprogramm/>).

-----, 2019b. Pressemeldung der AfD-Fraktion im deutschen Bundestag vom 13. März. *Gauland: Klimahysterie bedroht unseren Wohlstand*. Abgerufen am 1.5.2019 (<https://www.afdbundestag.de/gauland-klimahysterie-bedroht-unseren-wohlstand/>).

-----, 2019c. Pressemeldung der AfD-Fraktion im deutschen Bundestag vom 15. März. *Protschka: GroKO fördert da Höfesterben von Familienbetrieben unter dem Deckmantel des Klimaschutzes*. Abgerufen am 2.5.2019 (<https://www.afdbundestag.de/protshka-groko-foerdert-das-hoefesterben-von-familienbetrieben-unter-dem-deckmantel-des-klimaschutzes-2/>).

ARD – Allgemeiner Rundfunk Deutschlands. 2018. „Klimawandel durch kosmische Strahlung? Klimawandel-Leugner im parlamentarischen Alltag.“ Sendung *Monitor* vom 6.12.2018. Abgerufen am 3.6.2019 (<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-klimawandel-durch-kosmische-strahlung-klimawandel-leugner-im-parlamentarischen-alltag-100.html>).

Aronoff, Kate. 2015. "Donald Trump, Marine Le Pen, and the Dangers of 'Eco-Nationalism'." *In These Times*. Abgerufen am 13.3.2019 ([http://inthesetimes.com/article/18676/trump\\_le\\_pen\\_front\\_national\\_paris\\_climate\\_change\\_talks\\_and\\_econationalism](http://inthesetimes.com/article/18676/trump_le_pen_front_national_paris_climate_change_talks_and_econationalism)).

ATV 2017. Sendung Klartext. "Die Blauen in der Regierung" Staffel 6, Folge 6 (Extra). Abgerufen am 1.4.2019 (<https://www.youtube.com/watch?v=JHwNbr0Qfwc&t=9s>).

Auer, Martin. 2016. "Norbert Hofer, der verhinderte Grüne?" *Die Presse* online, 19.5.2016. Abgerufen am 25.3.2019 (<https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4992173/Norbert-Hofer-der-verhinderte-Gruene?>).

Bailer, Brigitte. 2016. Rechtsextremes im Handbuch freiheitlicher Politik - Eine Analyse. Abgerufen am 3.4.2019 (<http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-oesterreich>).

Bauer, Gernot. 2017. "FPÖ a la Trump." *Profil* 20.6.2017. Abgerufen am 3.6.2019 (<https://www.profil.at/shortlist/oesterreich/fpoe-trump-vilimsky-8196559>).

BBC – British Broadcasting Corporation. 2018. „UKIP aiming to be ‘radical, populist’ party – Gerard Batten“ Beitrag vom 21.9.2018. Abgerufen am 12.3.2019 (<https://www.bbc.com/news/uk-politics-45593648>).

Betz, Hans Georg und Carol Johnson. 2004. "Against the current-stemming the tide: the nostalgic ideology of the contemporary radical populist right." *Journal of Political Ideologies* 9(3):311-327.

Björnberg, Karin Edvardsson, Mikael Karlsson, Michael Gilek und Sven Ove Hansson. 2017. "Climate and environmental science denial: A review of the scientific literature published in 1990-2015." *Journal of Cleaner Production* 167:229-241.

BMI – Bundesministerium für Inneres. Ergebnisse der Nationalratswahl 2017. Abgerufen am 4.4.2019 ([https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2017/start.aspx](https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx)).

Boykoff, Maxwell T. und Jules M. Boykoff. 2004. "Balance as bias: global warming and the US prestige press." *Global Environmental Change* 14:125-136.

Böhmer Christiansen, Sonja. 2012. „Wie die Klima-Wissenschaft ihre Unschuld verlor.“ EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie. Abgerufen am 1.4.2019 (<https://www.eike-klima-energie.eu/author/sonja-bhmer-christiansen-1/>).

Brand, Ulrich und Markus Wissen. 2017. *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.

Bundeszentrale für politische Bildung. 2012. „Parlamentswahl in Griechenland: Hohe Verluste für Regierungsparteien.“ Abgerufen am 12.3.2019 (<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/135225/wahl-in-griechenland-07-05-2012>).

-----, 2016. *Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut. Abgerufen am 16.3.2019 (<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus>).

Butterwegge, Christoph. 2001. "Standortnationalismus" S. 19-21 in: Österreichische Armutskonferenz, Hg. *Dokumentation Vierte Österreichische Armutskonferenz: „Und raus bist Du...!“ Soziale und räumliche Ausgrenzung – inmitten einer reichen Gesellschaft*. 23. - 24. Okt. 2000, St. Virgil/Salzburg. Wien.

-----, 2018. "Über den Zusammenhang von Neoliberalismus und Rechtspopulismus." *Junge Welt*, 14. April. Abgerufen am 20.9.2018 (<https://equalrights.blackblogs.org/2018/04/15/ueber-den-zusammenhang-von-neoliberalismus-und-rechtspopulismus/>).

Cann, Heather W. und Raymond Leigh. 2018. "Does climate denialism still matter? The prevalence of alternative frames in opposition to climate policy." *Environmental Politics* 27(3):433-454.

CEO – Corporate Europe Observatory. 2010. „Concealing their sources – who funds Europe’s climate change deniers?“ Abgerufen am 26.5.2019 ([http://corporateeurope.org/sites/default/files/sites/default/files/article/funding\\_climate\\_deniers.pdf](http://corporateeurope.org/sites/default/files/sites/default/files/article/funding_climate_deniers.pdf)).

Centre for Studies of Climate Change Denialism (CEFORCED). Webpage. Abgerufen am 15.5.2019 (<https://www.chalmers.se/en/departments/tme/centres/ceforced/Pages/default.aspx>).



CIA – Central Intelligence Agency. 2019. World Factbook. Abgerufen am 11.3.2019 ([www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/](http://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/)).

Decker, Frank und Marcel Lewandowsky. 2009. "Populismus." Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen am 24.2.2019 (<http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus>).

Decker, Frank. 2018a. Kurz und bündig: Die AfD. Abgerufen am 5.4.2019 (<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/211108/kurz-und-buendig>).

----- . 2018b. Die Programmatik der AfD. Abgerufen am 5.4.2019 (<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273132/programmatik>).

----- . 2018c. Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Abgerufen am 5.4.2019 (<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft>).

----- . 2018d. Etappen der Parteigeschichte der AfD. Abgerufen am 5.4.2019 (<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273130/geschichte>).

De Groene Rekenkamer. 2017. Rede des PVV-Senators Dannij van der Sluijs zum Klimawandel. Homepagebeitrag. Abgerufen am 14.3.2019 ([www.groenerekenkamer.nl/6333/maiden-speech-pvv-senator-dannij-sluijs-inzake-klimaat-feiten-feiten/](http://www.groenerekenkamer.nl/6333/maiden-speech-pvv-senator-dannij-sluijs-inzake-klimaat-feiten-feiten/)).

Demirovic, Alex. 2018. "Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie." *Prokla* 48(190):27-42.

Der Standard 2017. „Ihre Frage an die Spitzenkandidaten im 2+1-Sommergespräch.“ *Der Standard* online, 21.9.2017. Abgerufen am 2.4.2019 (<https://derstandard.at/2000062081170/Ihre-Frage-an-die-Spitzenkandidaten-im-21-Sommergespraech>).

----- . 2018. Interview mit Heinz-Christian Strache „Wir Österreicher sprechen ja nicht zufällig Deutsch.“ *Der Standard*, Wochenendausgabe 7.-9.12.2018:13-14.

----- . 2019. Interview mit Johann Gudenus „Gudenus: "Die Menschenrechtskonvention ist nicht gottgegeben."“ *Der Standard* online, 24.1.2019. Abgerufen am 2.4.2019 (<https://derstandard.at/2000096983292/Gudenus-Die-Menschenrechtskonvention-ist-nicht-gottgegeben>).

Deutscher Bundestag. 2018. Antrag 19/2998 „Aufgabe der Energie- und Klimaschutzzwischenziele 2030 des Energiekonzepts 2010 – Für eine faktenbasierte Klima- und Energiepolitik“. Abgerufen am 1.5.2019 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/029/1902998.pdf>).

----- . 2019a. Sitzverteilung im deutschen Bundestag. Abgerufen am 9.4.2019 ([https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung\\_19wp/sitzverteilung19-529524](https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung_19wp/sitzverteilung19-529524)).

-----, 2019b. Antrag 19/7720 „Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Ausstieg aus dem Kohleausstieg“. Abgerufen am 2.5.2019 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/077/1907720.pdf>).

-----, 2019c. Plenarprotokoll 19/86 vom 14. März 2019. Abgerufen am 2.5.2019 (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19086.pdf>).

-----, 2019d. Plenarprotokoll 19/87 (neu) vom 15. März 2019. Abgerufen am 2.5.2019 (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19087.pdf>).

-----, 2019e. Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag. Abgerufen am 12.3.2019 ([www.bundestag.de/parlament/fraktionen?url=L3BhcmxhbWVudC9wbGVudW0vc2l0enZlcnRlaWx1bmdfMTI3cC9zaXR6dmVydGVpbHVuZzE5LTUyOTUyNA==&mod=mod485836](http://www.bundestag.de/parlament/fraktionen?url=L3BhcmxhbWVudC9wbGVudW0vc2l0enZlcnRlaWx1bmdfMTI3cC9zaXR6dmVydGVpbHVuZzE5LTUyOTUyNA==&mod=mod485836)).

Die Presse 2017. „Strache für ein Ende des Kammerzwangs.“ *Die Presse* online 3.6.2017. Abgerufen am 2.4.2019 (<https://diepresse.com/home/innenpolitik/5229166/Strache-fuer-ein-Ende-des-Kammerzwangs>).

Dunlap, Riley E., Kent D. Van Liere, Angela G. Mertig und Robert Emmet Jones. 2000. "Measuring Endorsement of the New Ecological Paradigm: A Revised NEP Scale." *Journal of Social Issues* 56(3):425-442.

Dunlap, Riley E. 2013. "Climate Change Skepticism an Denial: An Introduction." *American Behavioral Scientist* 57(6):691-698.

EIKE – Europäisches Institut für Klima und Energie. Homepage. Abgerufen am 8.5.2019 (<https://www.eike-klima-energie.eu>).

EK – Europäische Kommission. 2011. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. *A Roadmap for moving to a competitive low carbon economy in 2050*.

Engels, Anita, Otto Hüther, Mike Schaefer und Hermann Held. 2013. "Public climate-change skepticism, energy preferences and political participation." *Global Environmental Change* 23(5):1018-1027.

EP – Europäisches Parlament. 2019a. Members of Parliament. Abgerufen am 11.3.2019 (<http://www.europarl.europa.eu/meps/en/home>).

-----, 2019b. Europawahlergebnisse 2014 und 2019. Abgerufen am 15.6.2019 (<https://europawahlergebnis.eu>).

Erste Kammer der Generalstaaten. 2017. Rede des PVV-Senators Dannij van der Sluijs zum Klimawandel. Abgerufen am 14.3.2019 ([https://www.eerstekamer.nl/debat\\_gemist\\_video?vergaderingid=vkevbjtqtefq&guid=ecef971d-8e63-409c-bfae-afba9d69dc2e&sprkguid=0a498ce8-8845-493e-99fb-f6459ca20b15&autostart=1](https://www.eerstekamer.nl/debat_gemist_video?vergaderingid=vkevbjtqtefq&guid=ecef971d-8e63-409c-bfae-afba9d69dc2e&sprkguid=0a498ce8-8845-493e-99fb-f6459ca20b15&autostart=1)).

Ey, Frank. 2018. "EU-Parlamentswahlen 2019 im Zeichen des autoritären Populismus", Arbeit und Wirtschaft blog. Abgerufen am 24.11.2018 (<https://awblog.at/eu-autoritaerer-populismus/>).

Falkenberg, Susanne. 1997. *Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich*. Dissertation. Universität Duisburg. Abgerufen am 16.3.2019 ([https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico\\_derivate\\_00005116/diss9705.pdf](https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00005116/diss9705.pdf)).

Festinger, Leon. 1957. *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford, CA: Stanford University Press.

Fiedler, Maria. 2018. "Die AfD sitzt jetzt in allen Landtagen." *Tagesspiegel Online*, 28. Oktober. Abgerufen am 29.4.2019 (<https://www.tagesspiegel.de/politik/landtagswahl-in-hessen-die-afd-sitzt-jetzt-in-allen-landtagen/23240552.html>).

Fischer, Peter, Kathrin Jander und Joachim Krueger. 2018. *Sozialpsychologie für Bachelor*. Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.

Forchtner, Bernhard und Christoffer Kølvrå. 2015. „The nature of nationalism: populist radical right parties on countryside and climate." *Nature and Culture* 10(2):199-224.

Föderalist 2019. Sitzprojektion vom 4.3.2019. Abgerufen am 21.3.2019 (<https://www.foederalist.eu/p/europawahl-umfragen.html>).

FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs. 1985. *Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Österreich politisch erneuern*. Abgerufen am 10.2.2019 (<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>).

----- . 2005. *Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Echt freiheitlich*. Abgerufen am 10.2.2019 (<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>).

----- . 2006. Presseaussendung des Büro HC Strache. *Klimaschutz: FPÖ-Lob für Schwarzenegger*. Abgerufen am 4.4.2019 ([http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20061017\\_OTS0090](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061017_OTS0090)).

-----, 2010. Presseaussendung des freiheitlichen Parlamentklubs. *FPÖ Deimek: "Bei Klimawandel nicht in Hysterie verfallen!"*. Abgerufen am 31.3.2019 ([http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20100929\\_OT0237](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100929_OT0237)).

-----, 2011a. *Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Österreich zuerst*. Abgerufen am 10.2.2019 (<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>).

-----, 2011b. Presseaussendung des freiheitlichen Parlamentklubs. *FPÖ fordert Ausstieg Österreichs aus gescheitertem Kyoto-Klimaschutzabkommen*. Abgerufen am 1.4.2019 ([http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20111214\\_OT0080](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20111214_OT0080)).

-----, 2012a. Presseaussendung des freiheitlichen Parlamentklubs. *Hofer: Verlängerung des Kyoto-Abkommens völlig sinnlos*. Abgerufen am 1.4.2019 ([http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20121208\\_OT0038](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121208_OT0038)).

-----, 2013. *Handbuch freiheitlicher Politik*. 4. Auflage. Abgerufen am 31.03.2019 (<https://nfz.fpoe.at/handbuch-freiheitlicher-politik/24728364>).

-----, 2014a. Presseaussendung der FPÖ Landesgruppe OÖ. *LR Dr. Haimbuchner zu VOEST-Eder: "Es ist eine Minute vor Zwölf."* Abgerufen am 27.9.2018 ([http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20140929\\_OT0095](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140929_OT0095)).

-----, 2014b. Presseaussendung des freiheitlichen Parlamentklubs. *FPÖ-Deimek zum Klimagipfel: Arbeitsplätze und Vernunft statt Kyoto!* Abgerufen am 1.4.2019 ([http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20141023\\_OT0109](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141023_OT0109)).

-----, 2017a. *Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017. Österreicher verdienen Fairness*. Abgerufen am 10.2.2019 (<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>).

-----, 2017b. *Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm. Fairness. Freiheit. Fortschritt*. Abgerufen am 10.2.2019 (<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>).

-----, 2017c. Presseaussendung des freiheitlichen Parlamentklubs. *FPÖ-Kickl: Klimawandel darf niemals ein anerkannter Asylgrund werden*. Abgerufen am 2.4.2019 ([https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20170922\\_OT0067](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170922_OT0067)).

-----, 2018. *Endlich Fairness für uns Österreicher - Die FPÖ-Regierungs-Zwischenbilanz 2.0*. Abgerufen am 4.4.2019 (<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>).

------. 2019. „EU-Wahl 2019: Mehr Zentralismus oder mehr nationale Souveränität?“, Homepagebeitrag auf „fpoe.at“. Abgerufen am 2.4.2019 (<https://www.fpoe.at/artikel/eu-wahl-2019-mehr-zentralismus-oder-mehr-nationale-souveraenitaet/>).

------. 2019b. Presseaussendung des freiheitlichen Parlamentklubs. *FP-Hofer: Klimaschutz und Umweltschutz werden starke Schwerpunkte in FPÖ-Programmatik*. Abgerufen am 6.6.2019 ([https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190605\\_OTS0156](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190605_OTS0156)).

Frankfurter Allgemeine. 2019. „Spanien: Sozialisten gewinnen Wahl – keine eigene Mehrheit in Sicht.“ *Frankfurter Allgemeine* 29.4.2019. Abgerufen am 25.5.2019 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahl-in-spanien-sozialisten-siegen-ohne-eigene-mehrheit-16162021.html>).

Friis Wang, Laura. 2018. „DF: Menneskeskabte klimaforandringer er et spørgsmål om tro, og tro hører til i kirken.“ *Information* 11.8.2018. Abgerufen am 13.3.2019 ([www.information.dk/in-land/2018/08/df-menneskeskabte-klimaforandringer-spoergsmaal-tro-tro-hoerer-kirken?vwo\\_exp\\_badges=|32|](http://www.information.dk/in-land/2018/08/df-menneskeskabte-klimaforandringer-spoergsmaal-tro-tro-hoerer-kirken?vwo_exp_badges=|32|)).

Fritsche, Immo, J. Christopher Cohrs, Thomas Kessler und Judith Bauer. 2012. „Global warming is breeding social conflict: The subtle impact of climate change threat on authoritarian tendencies.“ *Journal of Environmental Psychology* 32:1-10.

Fromm, Erich. 1976. *Haben oder Sein*. 39. Auflage 2012. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Geden, Oliver. 1999. *Rechte Ökologie*. Berlin: Elefanten Press.

Gemenis, Kostas, Alexia Katsanidou und Sofia Vasilopoulou. 2012. „The politics of anti-environmentalism: positional issue framing by the European radical right.“ Paper prepared for the MPSA Annual Conference, 12-15 April 2012, Chicago. Abgerufen am 15.3.2019 (<https://ris.utwente.nl/ws/portalfiles/portal/6153509/MPSA.pdf>).

Gilens, Martin und Naomi Murakawa. 2002. „Elite cues and political decision making.“ *Political Decision Making, Deliberation and Participation* 6:15-49.

Global 2000. 2017. News - "Strache und der Klimaschutz", Beitrag vom 13.10.2017. Abgerufen am 2.4.2019 (<https://www.global2000.at/news/strache-und-der-klimaschutz/>).

Grimm, Christian. 2018. "Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf. Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken hinsichtlich neoliberalen Gedankenguts." *momentum quarterly* 7(3):136-154.

Gormsen, Cecilie. 2015. „EU-parlamentariker forlader DF i protest.“ *Altinget*, 13.10.2015. Abgerufen am 11.3.2019 (<https://www.alinget.dk/artikel/eu-parlamentariker-forlader-df-i-protest>).

Götze, Susanne und Sandra Kirchner. 2016. *Die Umweltpolitik der Alternative für Deutschland (AfD)*. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung. E-Paper, abgerufen am 5.4.2019 ([http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/policypaper\\_susanne\\_goetze\\_umwelt-afd.pdf](http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/policypaper_susanne_goetze_umwelt-afd.pdf)).

Greenpeace. 2011. *Koch Industries: Still Fueling Climate Denial, 2011 Update*. Greenpeace USA, Washington DC. Abgerufen am 16.3.2019 (<https://www.greenpeace.org/usa/wp-content/uploads/2011/04/Koch-Industries-Still-Fueling-Climate-Denial-2011-Update-Greenpeace.pdf>).

Griechisches Innenministerium. 2019. National elections – July 2019. Abgerufen am 16.7.2019 (<https://ekloges.yypes.gr/current/v/home/en/parties/>).

Griffin, Paul. 2017. *CDP Carbon Majors Report 2017*, Carbon Disclosure Project Worldwide. Abgerufen am 12.2.2019 (<https://6fefcbb86e61af1b2fc4-c70d8ead6ced550b4d987d7c03fcd1d.ssl.cf3.rackcdn.com/cms/reports/documents/000/002/327/original/Carbon-Majors-Report-2017.pdf?1501833772>).

Häkkinen, Kirsti, Nazar Akrami. 2014. “Ideology and climate change denial.” *Personality and Individual Differences* 70:62-65.

Hayek, Friedrich August von. 1949. “The Intellectuals and Socialism” in: ders., *The Collected Works of F. A. Hayek*, vol. X: *Socialism and War*. Essays, Documents, Reviews. Hgg. v. Bruce Caldwell. London 1997, 221-237.

Hayek-Institut. 2019. Website. Abgerufen am 4.6.2019 (<https://www.hayek-institut.at>).

Heartland-Institut. 2013. Videos – Paul Reiter International Conference on Climate Change. Abgerufen am 1.4.2019 (<https://www.heartland.org/multimedia/videos/paul-reiter-iccc2>).

Hilse, Karsten. Facebookeintrag vom 15.3.2019. Abgerufen am 7.5.2019 (<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/videos/536419673547670/>).

Hobson, Kersty und Simon Niemeyer. 2013. ““What sceptics believe”: The effects of information and deliberation on climate change scepticism.” *Public Understanding of Science* 22(4):396-412.

Hofer, Norbert Hrsg. 2015. *Energie und Lebensmittel - Grundlagen zur Freiheit*. 4. Auflage. Wien: Freiheitliches Bildungsinstitut.

Horaczek, Nina. 2019. „Die Klimawandelleugner-Lobby.“ *Falter*, 9/2019:12-15.

Hultman, Martin. 2018. „Climate change denial strongly linked to right-wing nationalism.“ Chalmers University News vom 19.8.2018. Abgerufen am 19.11.2018 ([www.chalmers.se/en/departments/tme/news/Pages/Climate-change-denial-strongly-linked-to-right-wing-nationalism.aspx](http://www.chalmers.se/en/departments/tme/news/Pages/Climate-change-denial-strongly-linked-to-right-wing-nationalism.aspx)).

Inglehart, Ronald F. und Pippa Norris. 2016. „Trump, Brexit and the rise of populism: economic have-nots and cultural backlash.“ Working Paper 16-026, Harvard Kennedy School. Abgerufen am 6.9.2018 ([www.hks.harvard.edu/publications/trump-brexit-and-rise-populism-economic-have-nots-and-cultural-backlash](http://www.hks.harvard.edu/publications/trump-brexit-and-rise-populism-economic-have-nots-and-cultural-backlash)).

----- . 2017. „Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse.“ *Perspectives on Politics*. 15(2):443-454.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2013. *Climate Change 2013: the Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Stocker, T.F., D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S.K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex and P.M. Midgley (eds.)]. Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA: Cambridge University Press.

Jacques, Peter J. 2006. „The rearguard of modernity: Environmental scepticism as a struggle of citizenship.“ *Global Environmental Politics* 6(1):76-101.

Jacques, Peter J., Riley E. Dunlap und Mark Freeman. 2008. „The organisation of denial: Conservative think tanks and environmental scepticism.“ *Environmental Politics* 17(3):349-385.

Jäger, Anton. 2016. „The Semantic Drift: images of populism in post-war American historiography and their relevance for (European) political science.“ Populismus Working Papers No. 3. Abgerufen am 22.11.2018 (<http://www.populismus.gr/wp-content/uploads/2016/07/WP3-jaeger-final-upload.pdf>).

Judis, John B. 2016. *The populist explosion: How the great recession transformed American and European Politics*. New York, NY: Columbia Global Reports.

Keating, Dave. 2018. „The Paris Climate Agreement Survived Trump. Can It Survive Brazil's Bolsonaro?“ *Forbes* 24.10.2018. Abgerufen am 18.11.2018 (<https://www.forbes.com/sites/davekeating/2018/10/24/the-paris-climate-agreement-survived-trump-can-it-survive-brazils-bolsonaro/> - 1cf20c126435).

Klimafakten.de. 2016. *Was sagt die AfD zum Klimawandel? Was sagen andere Parteien? Und was ist der Stand der Wissenschaft?* Abgerufen am 30.4.2019 (<https://www.klimafakten.de/sites/default/files/downloads/faktencheckafd-grundsatzprogramm.pdf>).

Knight, Kyle W. 2016. "Public awareness and perception of climate change: a quantitative cross-national study." *Environmental Sociology* 2(1):101-113.

Kowall, Nikolaus. 2013. *Das neoliberale Modell. Genese, Politiken, Bilanz*. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft der Arbeiterkammer Wien Nr. 124. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Krange, Olve, Bjørn P. Kaltenborn und Martin Hultman. 2019. "Cool dudes in Norway: climate change denial among conservative Norwegian men." *Environmental Sociology*. 5(1):1-11.

Kreutzfeldt, Malte. 2013. „Energieausschuss der AfD. Sammelbecken der Klimaskeptiker.“ *taz.de*, 27. September. Abgerufen am 29.4.2019 (<http://www.taz.de/!5058290/>).

Kurier 2017. „Strache und der Klimawandel: Alles verhandelbar.“ *Kurier* online, 9.7.2017. Abgerufen am 2.4.2019 (<https://kurier.at/politik/inland/strache-und-der-klimawandel-alles-verhandelbar/284.924.906>).

Levin, Kelly, Benjamin Cashore, Steven Bernstein und Graeme Auld. 2012. „Overcoming the tragedy of super wicked problems: constraining our future selves to ameliorate global climate change.“ *Policy Sci* 45:123–152.

Lockwood, Matthew. 2018. „Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages.“ *Environmental Politics* 27(4):712-732.

McCarthy, Michael. 2007. "Climate deniers to send film to British schools." *Independent* 15.10.2007. Abgerufen am 14.3.2019 (<https://www.independent.co.uk/environment/climate-change/climate-deniers-to-send-film-to-british-schools-396895.html>).

McCright, Aaron M. und Riley E. Dunlap. 2000. "Challenging Global Warming as a Social Problem: An Analysis of the Conservative Movement's Counter Claims." *Social Problems* 47(4):499-522.

-----, 2011. "Cool Dudes: The Denial of Climate Change among Conservative White Males in the United States". *Global Environmental Change* 21(4):1163-1172.

McCright, Aaron M., Riley E. Dunlap und Sandra T. Marquart-Pyatt. 2016a. "Political ideology and views about climate change in the European Union." *Environmental Politics* 25(2):338-358.

McCright, Aaron M., Sandra T. Marquart-Pyatt, Rachael L. Shwom, Steven R. Brechin und Summer Allen. 2016b. "Ideology, capitalism, and climate: explaining public views about climate change in the United States." *Energy Research and Social Science*. 21:180-189.



Moffitt, Benjamin. 2016. *The Global Rise of Populism: Performance, Political Style and Representation*. Stanford, CA: Stanford University Press.

Mont Pelerin Society. Homepage. Abgerufen am 16.5.2019 (montpelerin.org).

Mowat, Laura. 2017. „Le Pen puts herself at odds with Trump - Says humans DO contribute to climate change.“ *Express.co.uk*, 26.1.2017. Abgerufen am 13.3.2019 (<https://www.express.co.uk/news/world/759437/Marine-Le-Pen-believes-climate-change-unlike-Donald-Trump>).

Mudde, Cas. 2004. "The Populist Zeitgeist." *Government and Opposition* 39(4):541-563.

----- . 2007. *Populist Radical Right Parties in Europe*. New York: Cambridge University Press.

----- . 2008. "Radikale Parteien in Europa." *Aus Politik und Zeitgeschehen* 47:12-18.

----- . 2010. "The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy" *West European Politics* 33(6):1167-1186.

Mudde, Cas und Cristobal R. Kaltwasser. 2013. "Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America." *Government and Opposition* 48(2):147-174.

----- . 2017. *Populism: A Very Short Introduction*. New York, NY: Oxford University Press.

Müller, Jan-Werner. 2016. *Was ist Populismus?* Philadelphia, PA: University of Pennsylvania Press.

Neurjeser, Joachim. 2008. "Zwischen Liberalismus und Nationalismus. Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945." Universität Wien, Diplomarbeit. Abgerufen am 4.4.2019 (<http://othes.univie.ac.at/1103/>).

Oreskes, Naomi und Erik Conway. 2011. *Merchants of Doubt*. New York, NY: Bloomsbury Publishing.

ORF - Österreichischer Rundfunk 2013. *Wahl 13: Konfrontation Michael Spindelegger und Heinz-Christian Strache*. Sendung vom 9. September. Abgerufen am 1.4.2019 (<https://www.youtube.com/watch?v=YCylqDiTQWw>).

Parlament von Finnland. Homepage – The parliamentary groups. Abgerufen am 3.6.2019 (<https://www.eduskunta.fi/EN/kansanedustajat/eduskuntaryhmät/Pages/default.aspx>).

Pelinka, Anton. 2002. "Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung." *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 31(3):281-290.

Pesendorfer, Dieter. 2007. *Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Pielke, Roger A. 2007. *The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Plehwe, Dieter und Bernhard Walpen. 1999. "Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus." *Prokla* 29(115):203-235.

Plehwe, Dieter. 2014. "Think tank networks and the knowledge–interest nexus: the case of climate change." *Critical Policy Studies* 8(1):101-115.

Podesta, John und Peter Ogden. 2008. "The Security Implications of Climate Change." *The Washington Quarterly* 31(1):115-138.

Poortinga, Wouter, Alexa Spence, Lorraine Whitmarsh, Stuart Capstick und Nick F. Pidgeon. 2011. "Uncertain climate: an investigation of public scepticism about anthropogenic climate change." *Global Environmental Change*, 21(3):1015-1024.

Poortinga, Wouter, Lorraine Whitmarsh, Gisela Böhm, Linda Steg und Stephen Fisher. 2014. Question Module Design Team (ESS round 8) Application form for new modules. Abgerufen am 17.3.2019 ([https://www.europeansocialsurvey.org/docs/round8/questionnaire/ESS8\\_poortinga\\_proposal.pdf](https://www.europeansocialsurvey.org/docs/round8/questionnaire/ESS8_poortinga_proposal.pdf)).

Poortinga Wouter, Gisela Böhm, Linda Steg, Lorraine Whitmarsh und Charles Ogunbode. 2018. *European Attitudes to Climate Change and Energy: Topline Results from Round 8 of the European Social Survey*. ESS topline Results Series Issue 9, edited by European Social Survey ERIC, London. Abgerufen am 11.10.2018 (<https://www.europeansocialsurvey.org/about/singlenew.html?a=/about/news/essnews0055.html>).

Priester, Karin. 2011. Definitionen und Typologien des Populismus. *Soziale Welt* 62(2):185-198.

----- . 2012. *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

PVV – Partei für die Freiheit. 2017: Rede von Geert Wilders zu Ehren von Dr. Bob Shillman vom 3.8.2017, Newport Beach, USA. Abgerufen am 14.3.2019 (<https://pvv.nl/36-fj-related/geert-wilders/9587-speech-geert-wilders-in-honor-of-dr-bob-shillman-newport-beach-usa-august-3-2017.html>).

----- . 2018. *Konzept Vereinsprogramm 2017-2021*. Abgerufen am 5.12.2018 (<https://www.pvv.nl/visie.html>).

Rahmstorf, Stefan. 2004. „Die Klimaskeptiker“ S. 76-83 in *Wetterkatastrophen und Klimawandel - Sind wir noch zu retten?* Münchner Rückversicherung, Editor. München: pg-verlag.

----- . 2016. „Die AfD und die Klimakrise“ *SciLogs – Blog: Klimalounge*. Abgerufen am 8.4.2019 (<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/die-afd-und-die-klimakrise/>).

----- . 2019a. „Das Schüler-Klimaquiz der AfD: die Auflösung“ *SciLogs – Blog: Klimalounge*. Abgerufen am 8.4.2019 (<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/das-klimaquiz-der-afd-die-aufloesung/>).

----- . 2019b. „Verwirrspiel um die absolute globale Mitteltemperatur“ *SciLogs – Blog: Klimalounge*. Abgerufen am 6.5.2019 (<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/verwirrspiel-um-die-absolute-globale-mitteltemperatur/>).

Rathcke, Julia und Kristen Bialdiga. 2017. „Petry und Pretzell kehren der AfD den Rücken.“ *Rheinische Post online*, 26.9.2017. Abgerufen am 11.3.2019 ([https://rp-online.de/politik/deutschland/frauke-petry-und-marcus-pretzell-kuendigen-austritt-aus-der-afd-an\\_aid-17744563](https://rp-online.de/politik/deutschland/frauke-petry-und-marcus-pretzell-kuendigen-austritt-aus-der-afd-an_aid-17744563)).

Rössler, Hans-Christian. 2018. „Was bleibt von der „iberischen Ausnahme?““ *Frankfurter Allgemeine* 3.12.2018. Abgerufen am 7.3.2019 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/sind-rechtspopulisten-nun-auch-in-spanien-im-aufwind-15922480.html>).

Schaller, Stella und Alexander Carius. 2019. *Convenient Truths: Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe*. Berlin: adelphi.

Schellenberg, Britta. 2017. Rechtspopulismus im europäischen Vergleich – Kernelemente und Unterschiede. Abgerufen am 11.3.2019 (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismusimeuropaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede>).

Schröder, Martin. 2018. "AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich." *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research* 975. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Abgerufen am 5.4.2019 ([https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.595120.de/diw\\_sp0975.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf)).

Smith, Adam. 1937. *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. New York: Modern Library.

Spence, Alexa, Wouter Poortinga und Nick Pidgeon. 2011. „The Psychological Distance of Climate Change.“ *Risk Analysis* 32(6):957-972.

Stanley, Ben. 2008. „The thin ideology of populism.“ *Journal of Political Ideologies* 13(1):95-110.

Stavrakakis, Yannis. 2016. Interview mit *prager frühling*, Ausgabe Juni 2016. Abgerufen am 6.12.2018 (<https://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1309.für-einen-transnationalen-populismus-der-europa-in-eine-progressive-richtung-umorientieren-kann.html>).

Steentjes, Katharine, Nick Pidgeon, Wouter Poortinga, Adam Corner, Annika Arnold, Gisela Böhm, Claire Mays, Marc Poumadère, Michael Ruddat, Dirk Scheer, Marco Sonnberger, Endre Tvinnereim. 2017. *European Perceptions of Climate Change (EPCC): Topline findings of a survey conducted in four European countries in 2016*. Cardiff: Cardiff University.

Sten Prot BR - Bundesrat der Republik Österreich. 2002. Stenographisches Protokoll der 686. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich vom 5. April 2002. Abgerufen am 3.4.2019 ([https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ\\_00686/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00686/)).

Sten Prot NR - Nationalrat der Republik Österreich. 2002. Stenographisches Protokoll der 98. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich vom 21. März 2002, XXI. Gesetzgebungsperiode. Abgerufen am 3.4.2019 (<https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>).

----- . 2009. Stenographisches Protokoll der 45. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich vom 18. November 2009, XXIV. Gesetzgebungsperiode. Abgerufen am 4.4.2019 (<https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>).

----- . 2015a. Stenographisches Protokoll der 85. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich vom 8. Juli 2015, XXV. Gesetzgebungsperiode. Abgerufen am 28.3.2019 (<https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>).

----- . 2015b. Stenographisches Protokoll der 100. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich vom 11. November 2015, XXV. Gesetzgebungsperiode. Abgerufen am 28.3.2019 (<https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>).

Stern, Paul, Thomas Dietz, Linda Kalof, Gregory A. Guagnano. 1995. "Values, Beliefs, and Proenvironmental Action: Attitude Formation Toward Emergent Attitude Objects." *Journal of Applied Social Psychology* 25(18):1611-1636.

Stern, Paul. 2000. "Toward a Coherent Theory of Environmentally Significant Behavior." *Journal of Social Issues* 56(3):407-424.

Stern, Nicholas. 2006. *Stern Review: The Economics of Climate Change*. Abgerufen am 20.11.2018 ([https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern\\_review\\_report.htm](https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm)).

Suranovic, Steven. 2013. "Fossil fuel addiction and the implications for climate change policy." *Global Environmental Change* 23:598-608.

Taggart, Paul. 2000. *Populism*. Buckingham: Open University Press.

-----, 2004. "Populism and representative politics in contemporary Europe." *Journal of Political Ideologies* 9(3):269-288.

The Nobel Prize. Homepage. Abgerufen am 7.2.2019 (<https://www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/1992/summary/>).

Tranter, Bruce und Kate Booth. 2015. "Scepticism in a changing climate: A cross-national study." *Global Environmental Change* 33:154-164.

UKIP – United Kingdom Independence Party. 2018: *Interim Manifesto – Policies for the People*. Abgerufen am 24.9.2018 (<https://www.ukip.org/ukip-manifesto.php>).

UN - Vereinte Nationen. 1992. *United Nations Framework Convention on Climate Change*. Abgerufen am 25.3.2019 (<https://unfccc.int/process/the-convention/what-is-the-united-nations-framework-convention-on-climate-change>).

UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change. 2015. Paris Agreement. Abgerufen am 28.3.2019 (<https://unfccc.int/process/conferences/pastconferences/paris-climate-change-conference-november-2015/paris-agreement>).

Vilimsky, Harald. 2018. Blogbeitrag auf FPÖ – Team Europa. "EU-Staatsbürgerschaft" für „Klimaflüchtlinge?“. Abgerufen am 2.4.2019 (<https://www.fpoe.eu/eu-staatsbuergerschaft-fuer-klimafluechtlinge/>).

Vlaams Belang. 2014. „Klimazensur.“ Homepagebeitrag auf „vlaamsbelang.org“ vom 9.12.2014. Abgerufen am 20.11.2018 (<https://www.vlaamsbelang.org/klimaatcensuur/>).

-----, 2016. „Fundamentale Bedenken hinsichtlich der Klimapolitik.“ Homepagebeitrag auf „vlaamsbelang.org“ vom 24.11.2016. Abgerufen am 13.3.2019 (<https://www.vlaamsbelang.org/voorstel-van-resolutie-voor-sterk-klimaatbeleid-niet-kamerbreed-goedgekeurd-vlaams-belang-onthield-zich-met-fundamentele-bedenkingen/>).

-----, 2017. „Klimapolitik: Vlaams Belang fordert Realismus.“ Homepagebeitrag auf „vlaamsbelang.org“ vom 20.10.2017. Abgerufen am 13.3.2019 (<https://www.vlaamsbelang.org/klimaatbeleid-vlaams-belang-roept-op-tot-realisme/>).

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. 2. Auflage. Berlin: WBGU. Abgerufen am 4.4.2019 (<https://www.wbgu.de/hg2011/>).

Whitmarsh, Lorraine. 2011. "Scepticism and uncertainty about climate change: dimensions, determinants and change over time." *Global Environmental Change* 21(2):690– 700.

Winkler, Heinrich A. 2015. "Populismus: Stunde der Vereinfacher." *Die Zeit*, Nr. 6, 5. Februar 2015.

WMO – World Meteorological Organization. 2014. "WMO: Still Time to Act on Climate Change." Presseausendung Nr. 1004, 19 September 2014. Abgerufen am 17.11.2018 (<https://public.wmo.int/en/media/press-release/no-1004-wmo-still-time-act-climate-change>).

Yin, Robert K. 2009. *Case Study Research. Design and Methods*. 4. Auflage. Thousand Oaks, California.

Zeit online. 2018. "Ultrarechte ziehen ins Parlament von Andalusien ein." *Zeit online* 3.12.2018. Abgerufen am 28.3.2019 (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-12/spanien-regionalwahl-andalusien-vox-rechtspopulismus>).